

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Bierteljährlich 3,50 RM., monatlich 1,10 RM.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inflation-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonien-
zeile oder deren Raum 60 Pf. für
vollständige und gemischte Zeilen-
und Veranlagungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 25. Oktober 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Teuerung
„ein Akt ausgleichender sozialer
Gerechtigkeit“.

In einer der Reden, die der diesjährige Herbstwanderzug
Wilhelms II. gebar, wurde die Trockenheit des letzten Sommers
mit der daraus folgenden Teuerung der Menschen- und Tier-
nahrung eine Prüfung des Himmels genannt. Aus dieser
Charakterisierung ergibt sich die Haltung, die ein hungernder
Musterchrist einzunehmen hat, von selbst: er hat die Prüfung,
ohne zu murren, in Geduld zu ertragen. Schärfer und prä-
gnanter drückt das der Deutsche Landwirtschaftsrat aus,
der in einer am Sonnabend dem Reichstag vorgelegten
„Denkschrift über die Lebensmittelteuerung
1911“ erklärt, es sollte „nur als ein Akt aus-
gleichender sozialer Gerechtigkeit angesehen
werden, das vorübergehend höhere Preisniveau ver-
schiedener Lebensmittel, soweit es in diesem Jahre durch
außergewöhnliche und elementare Ereignisse herbeigeführt ist,
im Interesse der schwer geschädigten Landwirtschaft zu er-
tragen.“

Aus diesem einen Satz schon erfieht man, von welchen
Gesichtspunkten aus der deutsche Landwirtschaftsrat die Teue-
rung betrachtet. Diese Körperschaft umfaßt die Krone des
deutschen, besonders des preussischen Agrariertums, was schon
aus der Tatsache sich ergibt, daß der Präsident des Landwirt-
schaftsrats der konservative Reichstagspräsident Graf Schwerin-
Löwitz ist. Im Verein mit der „Deutschen Tageszeitung“ er-
klären die blaublütigen Herrschaften: Am Hochschutzzollsystem
darf nicht gerüttelt werden! Das wird kein Mensch anders
von ihnen erwartet haben. Keuervoll aber ist immerhin die
Argumentation, daß die hungernden Volksmassen gegen die
ausgleichende soziale Gerechtigkeit verstoßen, wenn sie fordern,
daß alle geeigneten Maßnahmen ergriffen werden sollen, um
die Preise wieder zu senken. Der Landwirtschaftsrat kommt
nun zwar selbst mit seiner ausgleichenden Gerechtigkeit in
Konflikt, insofern auch er empfiehlt, schleunigst alle Maß-
nahmen zu ergreifen, die geeignet sind, den Druck der höheren
Lebensmittelpreise für die Konsumenten erträglich zu gestalten
und den Produzenten die Herstellungskosten möglichst zu
erleichtern. Man nimmt an, der nächste Satz
müsse nun lauten: also Aufhebung der Zölle auf die Nahrung
der Menschen, auf die Futtermittel des Viehes. Aber die
Denkschrift biegt mit einer jähen Wendung rasch wieder in den
ersten Gedankengang von der „ausgleichenden Gerechtigkeit“
ein und bekämpft nicht nur die Abschaffung bzw. Erniedrigung
der Zölle, sondern auch die Beseitigung der Einfuhrzölle
oder die Beschränkung ihrer Verwertbarkeit mit größtem
Nachdruck. Jedes Mittel an dem System der Einfuhrzölle
würde „dem gesamten Agrarschutz eine unheilvolle Wunde
schlagen“.

Verweisen wir einen Augenblick bei den einzelnen wich-
tigsten Feststellungen der Denkschrift. Wie schon der Titel
zeigt, leugnet sie die Teuerung nicht, möchte sie aber als eine
aufs Jahr 1911 beschränkte vorübergehende Erscheinung an-
gesehen wissen. Die Preistabellen aus der amtlichen Statistik
des Reiches und der Bundesstaaten, die beigelegt wurden,
lassen indessen wenig davon merken, daß es sich um eine vor-
übergehende Erscheinung handele. Bei all den Schwankungen,
die z. B. der Getreidepreis infolge der Verfliegenheit der
Ernten erfährt, hat er doch in den letzten zehn
Jahren nie wieder den Tiefstand des Jahres 1900
erreicht; trotz der guten Getreideernte des laufenden
Jahres war der Preis in den ersten acht Monaten 1911 noch
um 15 M. höher als im Durchschnitt des Jahrzehnts 1901/10.
Es ist kaum anzunehmen, daß binnen kurzem ein erheblicher
Abschlag eintritt, vielmehr könnte eine ungünstige Getreide-
ernte im nächsten Jahr wieder zu Preishöhepunkten führen,
wie sie im Jahre 1909 erreicht wurden. Sollten aber etwa
die Fleischpreise eine baldige Verminderung erwarten lassen?
Die Preisliste der letzten 10 Jahre ist kaum geeignet, derartige
Hoffnungen zu erwecken. Im Gegenteil verspricht uns die
Viehknappheit, die die gegenwärtige Futternot im nächsten
Jahre zur Folge haben muß, noch ganz gewaltige weitere
Steigerungen. Ebenso steht's mit anderen wichtigen Nahrungs-
mitteln, von deren gegenwärtigen Großstadtpreisen die Tabellen
übrigens ein sehr unzulängliches Bild geben. So wird für
Wagern ein Preis von 17 Pf. für die Milch als „Durchschnitt“
der letzten 10 Jahre angegeben. Als ob auch nur ein Mensch
daran glauben könnte, daß dieser Durchschnitt in den großen
Bevölkerungszentren je wieder erreicht würde. In Wirklichkeit
führen die Konsumenten zurzeit in München den Kampf
gegen den Preis von 24 Pf., und leider wird mit
diesem Satz die Preistreibelei noch lange nicht ihren Abschluß
gefunden haben. Die Bemerkung von dem „vorüber-
gehenden höheren Preisniveau“ enthält eine zweifelhafte
Deutlichkeit. Einmal wünschen die Agrarier in ihrem persön-
lichen Interesse, das auf jeder Seite der Denkschrift rückwärts-
los in den Vordergrund tritt, gar keine Senkung der Preise,
und zum anderen wissen sie, daß eine solche nicht eintreten
wird, zumal sie ja selbst der Anwendung der wirklich durch-
greifenden Mittel sich widersetzen.

Im weiteren müht sich die Denkschrift ab mit dem Nach-
weis, „daß die deutsche Landwirtschaft für die Steigerung der
Lebensmittelpreise nicht verantwortlich gemacht werden“ könne.
„Die Landwirtschaft“ hat eigentlich auch nie ein denkender
Mensch dafür verantwortlich gemacht. Wohl aber ist die Zoll-
gesetzgebung dafür verantwortlich zu machen. Denn es ist
nicht wahr, daß, wie die Denkschrift behauptet, „das
Deutsche Reich in der Brot- und Fleischversorgung
noch fast ebenso unabhängig vom Auslande
da-steht, wie vor etwa 20 Jahren.“ Vor 20 Jahren
war schon das Deutsche Reich in der Volksernährung
nicht unabhängig und heute noch viel weniger. Die Denkschrift
stützt sich auf ein Wort Debels vom Parteitag in Jena,
wonach Deutschland 100 Millionen Menschen ernähren könnte,
ohne Korn einzuführen, wenn alle technischen Mittel an-
gewendet würden. Könnte! Wie aber steht's mit der Wirk-
lichkeit? Die Denkschrift, so vorsichtig sie auch in der Zahlen-
gruppierung ist, kann nicht hinwegdisputieren, daß die Mehr-
einfuhr an Getreide aller Art von 9,01 Proz. des Verbrauchs
im Jahre 1885 auf 15,72 Proz. im Jahre 1910/11 angewachsen
ist. So erfreulich die Vermehrung der Vobenerträge in dem
genannten Zeitraum ist, so bleibt sie doch hinter der Zunahme
der Bevölkerung erheblich zurück. Die Erntemengen stiegen in
den 25 Jahren von 18 247 319 auf 25 563 884 Tonnen, das
sind etwa 34 Proz., die Mehreinfuhr aber nahm zu von
1 588 361 auf 5 576 740 Tonnen, das sind rund 243 Proz.
Dabei hat sich beim Roggen in den letzten Jahren sogar eine
Mehrausfuhr ergeben, die 1910 den Umsatz von 5 Proz.
des Verbrauchs erreichte. Warum sollten die ostelbischen Roggen-
agrarier auch nicht die Roggenausfuhr pflegen, wenn sie
mit den Einfuhrzöllen einen so ergiebigen Handel treiben
können. Aber die Mehreinfuhr an Roggen muß durch die
Einfuhr anderer Brotgetreidearten erst wieder ausgeglichen
sein, bevor eine Mehreinfuhr sämtlicher Getreidearten festzu-
stellen ist. Rogg also auch die Versorgung des deutschen
Volkes mit Brotgetreide, das der heimische Kulturboden
hervordrachte, ein Ziel sein, aufs innigste zu wünschen, so
sind wir von diesem Ziel doch heute weiter entfernt als vor
einigen Jahrzehnten. Die Zollgesetzgebung hat uns ihm nicht
näher gebracht, die Mittel aber, die das Reich zur weiteren
Steigerung der Ertragsfähigkeit des Grund und Bodens, be-
sonders des parzellierten Kleinbesitzes, dem die Fortschritte
der Technik und der Chemie nur höchst kümmerlich zugute
kommen, und ferner zur Kultivierung unbedauter Flächen
anwenden könnte, werden für unproduktive Zwecke ver-
pulvert. Das deutsche Volk braucht, wie die Dinge nun ein-
mal liegen, zu seiner eigenen Ernährung und zur Förde-
rung seiner Viehzucht große Mengen Getreides vom
Auslande, und die herrschende Teuerung wird in
geradezu verbrecherischer Weise gesteigert, wenn nicht nur auf
jede Tonne des vom Auslande bezogenen Brotgetreides,
sondern auch der gesamten Erntemenge des Inlandes ein
Erlaubnis von 50-55 M. geschlagen wird, der nur zum kleinen
Teil in die Reichskasse, zum weitaus größten in die Taschen
der Großgrundbesitzer fließt. Im Namen der „ausgleichenden
sozialen Gerechtigkeit“ zu fordern, daß die Massen des armen,
Rot und Entbehrung leidenden Volkes diesen Erlaubnis selbst
in den Zeiten der bittersten Teuerung tragen sollen, damit die
„schwer geschädigte Landwirtschaft“, d. h. die auf ein glänzendes
Getreidejahr zurückblickenden Getreideproduzenten, keinen
Pfennig zu opfern braucht, das kommt der Umkehrung aller
Begriffe von Recht, Gerechtigkeit, Humanität, christlicher
Nächstenliebe gleich.

Während die Denkschrift „die Landwirtschaft“, die niemand
beschuldigt hat, von aller Verantwortung freispricht, weist
sie auf die große Spannung zwischen den Groß- und den
Kleinhandelspreisen hin, die bei verschiedenen Lebensmitteln
eine steigende Tendenz zeigt. Die bekannte großagrarische
Taktik: Heiliger St. Florian, verschon' mein Haus, zünd'
andere an! Der Zwischenhandel sei es, der durch die „Aus-
beutung ungewöhnlicher Konjunkturen“ die Notlage verschulde.
Die konservative Mittelstandspolitik dürfte einigermaßen in
die Brüche kommen, wenn von seiten der konservativen
Agrarier dem Händler, dem Bäcker- und Mehrgemeister der
Vorwurf gemacht wird, daß er eine, wie die Denkschrift sagt,
„über die gestiegenen Unkosten der Vermittlung und Ver-
arbeitung hinausgehende“ Ausbeutung der Konsumenten be-
treibe. Aber das mögen die Mittelstandskritiker unter sich
ausmachen. Unsere Aufgabe kann es nicht sein, den
Kleinhandel gegen die Vorwürfe der Agrarier in Schutz
zu nehmen. Wir unterstreichen vielmehr die Tatsache,
daß auch der verteuerte, in unsere Zeit des entwickelten
Verkehrs längst nicht mehr hineinpassende Zwischenhandel mit
seinem irrationalen, kraft- und zeitvergeudenden Kleinbetrieb
sein redlich Teil zur Steigerung der Lebensmittelteuerung bei-
trägt, und wir fordern daher ein Eingreifen von Staat und
Gemeinde, um die Verteilung und Verarbeitung der zur Er-
nährung der Menschen dienenden Rohstoffe mit allen Mitteln
der Technik und des Verkehrs zu modernisieren und zu ver-
billigen. Aber wir wenden uns zugleich gegen den Versuch
der Agrarier, alle Schuld von sich auf den Zwischenhandel
abzuwälzen, damit der Hochschutzzoll unangefastet bleibe.

In ihrer widerspruchsvollen Argumentation greift die
Denkschrift des Landwirtschaftsrats noch zu einem anderen
Mittel, um die Begründung für den „Akt der aus-
gleichenden sozialen Gerechtigkeit“ zu liefern. Sie „er-
kennt auf den ersten Blick, daß die Arbeitslöhne nicht

nur nach ihrem Geldwert, sondern auch nach ihrem Realwert,
d. h. im Verhältnis zu den Preisen aller Verbrauchsgegen-
stände in den letzten 30 Jahren unverhältnismäßig stärker ge-
stiegen sind als die Lebensmittelpreise.“ Mit einer Reihe
von sorgfältig ausgewählten Lohn Tabellen wird diese Be-
hauptung zu belegen versucht. Diese Zahlen würden, ehe
man sie als die Wirklichkeit getreu widerpiegelnd anerkennen
könnte, erst einer genaueren Nachprüfung bedürfen. Aber
nehmen wir sie einmal, wie sie geboten werden. Da pocht
die Denkschrift auf die in Festschrift wiedergegebene
Zahlenreihe, wonach die Zahl der Mitglieder des allgemeinen
Knappschaffensvereins in Bochum, die einen Lohn von mehr als
5 M. hatten, von 16 299 im Jahre 1892 auf 225 292 im Jahre
1909 angewachsen ist. Sie schließt sich aber an der Tatsache
sacht vorbei, daß in derselben Zeit auch die Gesamtzahl der
Mitglieder von 144 947 auf 348 389 gestiegen ist und daß
die Zahl der Empfänger eines Lohnes von mehr als 5 M.
im Jahre 1908 um 14 778 größer war, als im Jahre 1909.
Der Rückgang der Bergarbeiterlöhne im Ruhrrevier hat auch
nach 1909 angehalten, worin die agrarische Denkschrift offen-
bar auch nur einen Akt „ausgleichender Gerechtigkeit“ erblickt.
Die statistischen Nachweise der Denkschrift über die Erhöhung
der Löhne im Vergleich mit der Steigerung der Lebensmittelp-
reise sind unvollständig und tendenziös. Die vom kaiserlichen
Statistischen Amte herausgegebene Bearbeitung von 852 Haus-
haltsrechnungen minderbemittelter Familien, von denen nicht
weniger als 439 mit einem Fehlbetrag abschloßen, er-
geben ein anderes Bild. In ihrer tendenziösen Beweisfüh-
rung zeigt die Denkschrift zugleich, wie sehr die Agrarier von
der Anschauung beherrscht sind, daß der Arbeiter ein Unrecht
auf einen steigenden Anteil an den von ihm selbst geschaffenen
Reichtümern und Kulturgütern nicht habe. Die „ausgleichende
Gerechtigkeit“ bedingt, daß, was der Arbeiter erschafft, nur
dem Volk zufließt.

Das tollste, was sich die Denkschrift leistet, ist aber die
Festklammerung an das Hochschutzzollsystem im Interesse
der bäuerlichen Betriebe! Sie vereint zu diesem Zweck
die Betriebe von 2-100 Hektar zu einer Gruppe. Ein Betrieb
von 100 Hektar — ein „bäuerlicher“! Nicht übel! Der
Bauer mit 2 Hektar und der „Bauer“ mit 100 Hektar haben
genau dasselbe Interesse an der Erhaltung des Schutzoll-
systems! So die Denkschrift! Die Wahrheit ist — und der
verstorbenen Reichskanzler Fürst Hohenlohe hat das be-
stätigt —, daß ein Besitzer von weniger als 5 Hektar vom
Schutzoll keinen Nutzen hat. In ihrer großen Mehrheit
leiden diese Kleinbauern unter dem Zollwucher fast ebenso
wie die städtischen Konsumenten. Von den insgesamt
2 424 420 hauptberuflich selbständigen Landwirten Deutsch-
lands aber besitzen 1 167 667 weniger als 5 Hektar. Weitere
980 145 besitzen 5-20 Hektar. Selbst ein sehr großer Teil
von dieser Gruppe, besonders der die Viehzucht bevorzugende
Teil, hat an dem Schutzollsystem kein Interesse. Weiblich
schließlich übrig 276 608 Besitzer mit 20 Hektar und darüber,
die vorwiegend den Körnerbau betreiben. Im Interesse
dieser „bäuerlichen“ Betriebe ist allerdings die Aufrecht-
erhaltung der wucherischen Lebensmittelpreise gelegen. Wenn
aber der Landwirtschaftsrat lediglich zum Vorteil dieser ver-
schwindenden Minderheit der Großagrarier und zum Nachteil
des gesamten Millionenheeres der Konsumenten und der
Kleinbauern das Festhalten an dem System des agrarischen
Zollwuchers fordert, so darf er sich nicht wundern, wenn ihm
das Volk erwidert: der Akt ausgleichender sozialer Gerechtig-
keit ist in Wirklichkeit ein Akt brutaler junkerlicher
Selbstsucht, ein Verbrechen an der Gesund-
heit und Lebensfähigkeit des Volkes.

Agrarische Varianten.

Eine Fülle von Rednern aus allen Parteien haben sich bei
der Reichstagsdebatte in die Rednerliste eingetragen lassen.
Die Reihenfolge der Fraktionen brachte es mit sich, daß am
zweiten Tage nur Agrarier verschiedener Färbung
zum Wort kamen. Zwischen durch sprach auch der preussische
Landwirtschaftsminister v. Schorlemer, der natürlich aus
diesem Milieu in keiner Weise herausfiel.

Auch die nationalliberale Partei hatte es vorgezogen, einen
Vertreter ihrer agrarischen Richtung vorzuschicken. Der Ab-
geordnete Fuhrmann, der zwar jetzt als Parteisekretär
funktioniert, in früheren Zeiten aber sich als Großgrundbesitzer
ernährte, suchte zwischen dem gemäßigten und dem ungemäßigten
Agrariertum einherzubalancieren. In dieser Kunst haben ja
bekanntlich die ewig eine mittlere Linie suchenden National-
liberalen es zu einer gewissen Fertigkeit gebracht. Da diese Volks-
beglucker ein vollgerüstetes Teil der Schuld an dem herrschenden
Hochschutzzollsystem tragen, war von ihnen ein energischer Vorstoß
gegen dessen gefährliche Wirkungen natürlich nicht zu erwarten.

Völlig im Sinne der reichskanzlerischen Darlegungen be-
wegten sich natürlich die Vertreter der rein agrarischen Parteien
der Rechten. Es wurde von diesen Parteien schlauberweise die
Taktik befolgt, in erster Linie keinen Großgrundbesitzer
sprechen zu lassen. Die Konservativen schidten den bayerischen
Bauern Niederlöchner vor, die Antifemiten den württem-
bergischen Bauern Vogt-Hall, die Preiskonserverativen den elsfässi-
schen Arzt Dr. Höffel, der neuerdings als Hauptredner für
alle möglichen Fragen von dieser Diplomatenfraktion prä-
sentierte wird.

Die Rede des preussischen Landwirtschaftsministers v. Schor-
femer war ganz mit Weismannschen Schlagworten voll-
gepfropft. So mutete seine Darbietung an etwa wie Grüneberger,
der einzige Wein, den uns Ostelbien präsentiert, mit Wasser ver-
seht — Schorle-Morle nennt man eine solche Mischung. Das
ministerielle Heberagrartextum wurde nur noch von Schorlemer
durch einige Nuancen bereichert. So variierte der Herr Baron
das Weismannsche Jugeständnis, daß die Begrenzung der Ein-
fuhrscheine diskutabel sei, dahin, er habe nichts dagegen, daß
diese Frage erörtert werde, aber immer unter dem Vorbehalt, daß
seiner Meinung nach diese Einfuhrschränkung nichts
nützen würde. Allgemeine Heiterkeit auf der Linken quittierte
für dieses überaus gnädige Entgegenkommen.

Erst der Redner, der dann die Tribüne betrat, erweckte wieder
allgemeines Interesse. Es war der Bauerndoktor Heim, der vor-
kurzem erst im bayerischen Landtag mit seinen Zentrumskollegen
Speck und Fische über die Agrarfrage einen Strauß aus-
gefochten hatte, wobei Heim gegenüber dem auch im Zentrum vor-
herrschenden Junkerinteresse das Bauerninteresse verfochten hatte.
Heim befolgte in seinen Ausführungen die Taktik, zunächst bei
den gesamten Agrariern, auf der Rechten und im Zentrum, sich
einen Resonanzboden zu verschaffen, indem er ganz im Sinne
seiner agrarischen Vorgänger, wenn auch mit erheblich mehr Wit
und Sachkenntnis, gegen die Linke polemisierte. Von Aufhebung
der Lebensmittelscholle oder auch nur von deren Einschränkung will
auch er nichts wissen. Dabei dienen ihm die bekannten schu-
pferischen Auslassungen, die in den letzten Jahren die Sozia-
listischen Monatshefte geizert haben, als willkommener Beweis-
material. Die streupellos Heim sich übrigens die Tatsachen für
seine Zwecke zurechtstutzt, geht daraus hervor, daß er die Be-
hauptung aufstellte, die Milch werde tatsächlich unter
den Herstellungskosten verkauft. Als Beweis dafür
diente ihm, daß in einem angeblich unter sozialdemokratischer
Leitung stehenden Sanatorium die Leute früher selbst Milch ge-
holten, aber die Milchwirtschaft aufgegeben haben, weil ihnen bei
dieser Eigenproduktion der Liter Milch auf 28 Pf. zu stehen ge-
kommen sei.

Als ob nicht jedermann bekannt ist, daß jedwede Art gärt-
nerischer oder landwirtschaftlicher Produktion im Nebenberuf die
Produktionskosten weit über das normale Maß hinaus steigert.

Endlich kam dann Herr Heim auch mit seinen eigenen Vor-
schlägen heranz, durch die er sich im Gegensatz nicht nur zu den
übrigen agrarischen Rednern, sondern auch zu seinem fraktions-
kollegen Speck stellte. Heim verlangt nämlich eine Suspension
der Zölle auf Futtermittel und Reis, will aber ge-
wisse Kontrollmaßnahmen durchgeführt haben, die die Ver-
günstigung tatsächlich nur den Futtermittel kaufenden Bauern zu-
gute kommen ließe.

Die Klust, welche er durch diese Vorschläge zwischen sich und
den übrigen Agrariern gegraben hatte, suchte er durch allerhand
Angriffe auf die agrarpolitischen Anschauungen der Sozialdemo-
kraten weit zu machen. Auf der Linken fand er dann wieder Zu-
stimmung, als er sich für Bauernwirtschaften und gegen die Fidei-
kommissäre erklärte. Er gab dieser Forderung dann aber sofort eine
reaktionäre Wendung, indem er hinzusetzte: Aber her mit
Fideikommissen für die Bauern!

Offenbar übersteht der Bauerndoktor oder will es nicht ein-
gesehen, daß die bayerischen Fideikommissäre, wie man sie in Nieder-
schaffen historisch kennen gelernt hat, die Wirkung haben, die wirt-
schaftliche Entwicklung zu verlangsamen und die Bevölkerung zu lassen.
Zum Schluß schüttelt er eine Bülle von Lesebrüsten aus
aller Herren Mäuler über das Haus aus, wobei er in der wider-
sprechendsten Weise vom Standpunkt der Linken auf den der
Rechten und wieder zurück hin und her huscht. Er sorgte aber doch
dafür, daß er mit einigen Knalleffekten abtrat, die ihm die Zu-
stimmung der Rechten und des Zentrums sicherte.

Die Forderung nach Suspension der Futtermittelscholle brachte
noch in später Stunde den Reichssekretär Wermuth auf die
Bühne. Er lehnte sich gegen Heim mit dem Einwand, daß die Ein-
reichung der Schutzollmauern an der einen Stelle immer das ganze
Gebäude gefährde. Dann aber bedrohte diese Forderung auch das
Reich mit einem jährlichen Einnahmeausfall von 80 Millionen
Mark. Damit wäre unser ganzes herrliches Finanzsystem er-
schüttert. Mit diesem ministeriellen Hinweis darauf, daß die an
sich schon genügend schädlichen Lebensmittelscholle obendrein
zur Fütterung des Kriegsmolochs unentbehrlich
seien, schloß die gestrige Debatte. Heute geht sie weiter.

Die chinesische Revolution.

Der Rückzug der Regierungstruppen.

Shanghai, 23. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.)
Konularberichte besagen, daß sich die Regierungstruppen von
Hankau bis zum Kilometer 64 zurückgezogen haben, offenbar
in der Absicht, sich mit Hintschang bei Hsiankan zu vereinigen.
— Die finanzielle Lage in Shanghai bessert sich ständig.

Eroberung von Kiuksiang.

Shanghai, 24. Oktober. Kiuksiang ist in die Hände
der Aufständischen gefallen. Sie haben den Namen
niedergebrannt. Die Ordnung ist anscheinend sonst nicht ge-
stört worden.

Sunhsien.

London, 24. Oktober. Die „Daily News“ aus New York
meldet, ist der chinesische Revolutionär Sunhsien
gestern dort eingetroffen, trotzdem die New Yorker chinesischen Revo-
lutionäre dies ablehnen. Man weiß, daß Sunhsien nur Mel-
dungen aus Peking abwartet, um dann nach China abzu-
reisen, und dem er seit 12 Jahren verbannt ist.

Er soll auch bereits interviewt worden sein. Er soll sich über
die bereits erzielten Resultate sehr befriedigt geäußert haben.

„Ich habe die feste Ueberzeugung, daß unsere Sache mit einem
endgültigen Siege endigen wird. Meine Reise zu den
Komitees in den verschiedenen Staaten Amerikas sowie die Nach-
richten, welche ich aus China erhalten habe, machen mich glauben,
daß die Tage der Mandschudynastie gezählt sind.
Die Einnahme der Städte Wutshang, Hankau und Hanhang gibt
der Revolution festen Boden, und der ganze Jungtschang wird
nach und nach in den Besitz der Rebellen kommen. Eine Schlaucht
ist unmittelbar bevorstehend, sie wird in den nächsten
Tagen 200 Kilometer von Hankau entfernt stattfinden. Die
der Regierung treugebliebenen Truppen zögern immer mehr,
und angesichts des Erfolges, den wir haben, werden sie
zu uns übergehen. Wir haben Anhänger in den
Garnisonen in Peking und diese werden sich auf das erste
Signal erheben, und sich der Stadt bemächtigen. Ich spreche mit
großem Optimismus, ich habe aber alle Mittel studiert, um die
Revolution glänzend durchzuführen.“ Der Korrespondent
fragte Sunhsien, wie er dazu gekommen sei, diese Bewegung ein-
zusetzen und dieser erzählte ihm, daß er diesen Hintschungen
in seiner Jugend mitbeigewohnt habe. Er habe sich mit den An-
gehörigen der Hingerrichten unterhalten und nach und nach ge-
funden, daß sich ein revolutionärer Geist unter der Bevölkerung

geltend macht. Sein erstes Komplot sei gescheitert und er habe
flüchten müssen. Damit er den Schergen der Mandschus nicht in die
Hände falle, habe er sich mit Detektivs umgeben.

Der Krieg.

Das Gefecht bei Tripolis.

Rom, 24. Oktober. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus
Tripolis vom 23. Oktober: Auf den gestrigen Angriff
auf die Vorposten der Italiener folgte bald eine Er-
hebung der Araber der Dase, welche einen Flanken-
angriff auf die Italiener ausübten, der zweifellos
seit einigen Tagen vorbereitet war. Das Vorgehen wurde
eingeleitet durch Scharen arabischer Reiter, die unter den
dunklen Uniformen der Türken durch ihre weißen Mäntel
hervorstachen. Diese Reiter warfen sich mit großer Wucht
gegen die italienischen Linien, wurden aber durch Gewehr-
feuer der Italiener aufgehalten und mit Verlust
zurückgetrieben. Zur selben Zeit griff türkische
reguläre Infanterie auf den anderen Seiten an und
versuchte die Italiener durch heftiges aber nicht sehr
wirksames Feuer zurückzutreiben. Während dieses Kampfes
griffen die Arabertruppen aus der Dase, die sich hinter
Bäumen verborgen gehalten hatten, ein und gingen in einem
Flankenangriff gegen die italienischen Linien vor. Die
Italiener machten, ohne Verluste zu erleiden, auch gegen
diese Seite durch ein schnelles Wandler Front, und es ge-
lang ihnen, einen Teil der aufständischen Araber zu umzingeln
und ihnen große Verluste beizubringen. Nach den Angaben
einer Gefangener betragen die Verluste der Türken
Hundert von Toten und noch viel mehr Verwundete.
Die Italiener haben keine schweren Verluste er-
litten (?). Die Feindseligkeiten der Araber, die sich in der
Dase zerstreut hatten, hörten auch nach dem Kampfe nicht
auf, und man meldete während des ganzen Tages Gewehr-
schüsse an verschiedenen Orten, man hat alle verhaftet, die
man mit der Waffe in der Hand antraf. Die Zahl der vor-
genommenen Verhaftungen beträgt ungefähr drei-
hundert. Ein Erlass setzt die Todesstrafe für alle fest,
die mit Waffen angetroffen werden.

Verluste der Italiener.

Konstantinopel, 24. Oktober. Wie verlautet, hat das Mi-
nisterium des Innern eine Depesche erhalten, nach welcher die
Italiener bei dem Bombardement Derna durch das
Feuer der türkischen Truppen bedeutende Verluste er-
litten haben. Nach dem Bombardement landeten die Italiener
1500 Mann. Die türkischen Truppen und die Einwohner
zogen sich in das Innere zurück, wo sie Verstärkungen
abwarten, um dann einen Angriff auf die Stadt zu
unternehmen.

Die Deputiertenkammer hat nach längerer Be-
ratung über die Opportunität einer Vertagung während des
Krieges beschlossen, dreimal wöchentlich zu tagen.

Das Bombardement von Benghasi.

Walta, 24. Oktober. Nach Briefen aus Benghasi hat
das Bombardement der Italiener dort große Ver-
heerungen angerichtet und eine große Panik hervor-
gerufen. Zahlreiche Wohnhäuser und andere Gebäude sind
zerstört. Die Maleserische ist zum Teil eingestürzt, wobei
acht Personen getötet und zehn verwundet wurden.
Des weiteren wird gemeldet, daß das englische Konsulat
schwer beschädigt und der englische Konsul verletzt wurde.
Ferner wurden mehrere englische Juden, die in das Konsulat
gesücht waren, getötet oder verwundet. Die Briefe
schätzen die Zahl der Getöteten unter den
Eingeborenen auf 4000.

Die italienische Darstellung.

Rom, 24. Oktober. Wie der „Agenzia Stefani“ aus Ben-
ghasi gemeldet wird, sahen sich die italienischen Truppen bei ihrer
Landung einer feindlichen Streitmacht von nicht weniger als 500
oder 600 regulären Soldaten, die durch 4000 oder 5000
Araber verstärkt waren, gegenüber. Die Verluste der Türken
und insbesondere der Araber waren bedeutend. Die Zahl der
Toten beträgt etwa 400, die Angaben über die Zahl der Ver-
wundeten schwanken zwischen 800 und 1200. Die Verluste des
Feindes würden noch größer gewesen sein, wenn der Einbruch der
Dunkelheit nicht seine Flucht in das Innere des Landes begünstigt
hätte. In der Stadt blieben während der Nacht nur
sehr wenig Menschen zurück, welche die Toten be-
statteten und die Verwundeten forschafften. Daraus erklärt es sich,
daß die Italiener am folgenden Morgen, als sie die Stadt besetzten,
fast keinen Widerstand fanden. Der in der Stadt durch das Bom-
bardement angerichtete Materialschaden ist nicht beträchtlich, da die
Zahl der auf die Südseite der Stadt abgegebenen Schüsse gering war.

Ausdehnung des Kriegsschauplatzes.

Rom, 23. Oktober. „Popolo Romano“ bezeichnet die Meldungen
italienischer und ausländischer Blätter über eine Kreuzfahrt
der italienischen Flotte im Ägäischen Meere und eine unumgänglich notwendige Aktion im Archipel und an seinen
Rändern als jeder Begründung entbehrend. (?) Diese
Gerüchte beweisen, sagt das Blatt, daß diejenigen, die sie ver-
breiten, die wirkliche Lage nicht klar erkennen und nicht er-
wägen, ob ein solches Unternehmen in politischer und mili-
tärlicher Beziehung vorteilhaft wäre. In der Tat ist es vom
politischen Standpunkt aus für Italien nur günstig, wenn
der Konflikt auf Tripolitanien beschränkt bleibt und
eine Rückwirkung auf andere Gebiete, insbesondere auf die Küsten
der östlichen Gewässer, so viel wie möglich verhindert wird. Vom
militärischen Gesichtspunkt aus würde es aber unvorteilhaft
sein, die Kräfte jetzt zu zerstückeln, wo die Besetzung der Küste von
Tripolis und der Chrenaisa noch lange nicht vollständig durchgeführt
ist und bevor nicht die italienische Herrschaft sowohl in den Städten
und Dörfern der Küste, als auch im Innern des Landes und unter
den Stämmen festgegründet ist.

Die Tripolisinterpellation im österreichischen Abgeordnetenhause.

Wien, 24. Oktober. Abgeordnetenhause. In Beginn der Sitzung
beantwortete der Ministerpräsident v. Gautsch die Interpellationen
über den Tripolis-Konflikt. Er wandte sich dagegen, daß die Er-
örterung internationaler Verwicklungen als Anlaß zu beleidigenden
Ausfällen gegen eine verbündete Macht benutzt
worden sei. Sodann erklärte er: Die italienisch-türkischen
Differenzen haben die Regierung schon seit längerer
Zeit beschäftigt und sie veranlaßt, sowohl in
Konstantinopel wie in Rom ihre Bemühungen aufzu-
bieten, damit möglichst eine Trübung der Beziehungen beider
Reiche vermieden werde. Die italienische Regierung hat ihr
Interesse an Tripolitanien seit jeher in wirtschaftlichen Momenten
begründet. Die Regierung hat es sich angelegen sein lassen, durch
freundschaftliche Beziehungen in Konstantinopel
dafür zu wirken, daß von türkischer Seite diesem wirtschaftlichen
Interesse Italiens, welches letzteres ja belamtermaßen für die Er-
haltung des status quo am Balkan eingetreten war, in jenem
Teile des Reiches das unüchteste Entgegenkommen erwiesen werde.
Es ist bedauerlich, daß die frühere türkische Re-

gierung unseren rechtzeitigen Vorschlägen kein Verständnis
entgegengebracht hat. Das Italien seine Allianzen von seinen
Wohlfahrt nicht vorher verständig hat, ist auf eine freunds-
chaftliche Rücksichtnahme der italienischen Regierung auf ihre Ver-
bündeten zurückzuführen. Auch war von Anfang an zu erkennen,
daß das Königreich keinesfalls gewillt gewesen wäre, eine fremde
Bermittlung vor Ausbruch der Feindseligkeiten zuzulassen. Aber
auch nach Eintritt des Kriegszustandes war die Re-
gierung bestrebt, eine Grundlage zur Beilegung des Kon-
fliktes ausfindig zu machen. Die Bestrebungen haben
zurzeit allerdings noch zu keinem Resultate geführt, doch
wird die Regierung nicht unterlassen, sobald sich der ent-
sprechende Zeitpunkt hierzu ergibt, auf dieselben zurück-
zukommen. Wir glauben zu wissen, daß unsere Auffassung
über den Konflikt im allgemeinen wie über die Möglichkeit, schon
jetzt erfolgreich zu vermitteln, auch von den anderen Mächten
geteilt wird. Es ist selbstverständlich, daß die Politik
Österreich-Ungarns angesichts der großen Interessen der
Monarchie in der Adria und den angrenzenden Balkanländern das
Hauptgewicht auf die Einschränkung des Kriegszustandes legen mußte.
In dieser Hinsicht hat die italienische Regierung von An-
beginn ihrer Aktion ihre Disposition in der klarsten und un-
zweideutigsten Weise kundgegeben, indem sie ihren
Entschluß bekanntgab, alles vermeiden zu wollen, was eine
unerwünschte Rückwirkung ihres Unternehmens auf
den Balkan auszuüben imstande wäre und die türkischen
Küsten des Adriatischen und Ionischen Meeres
von den kriegerischen Operationen auszuschließen.
Wir haben allen Grund, diesen Entschluß der mit uns befreundeten
und alliierten italienischen Regierung als durchaus ernst und
loyal anzusehen.

Das Haus setzte hierauf die Debatte über die Regierungsvor-
lage betreffend die italienische Rechtsökulität fort.

Eine Anfrage im Unterhause.

London, 25. Oktober. Das Unterhause trat heute zu seiner
Verbstückung wieder zusammen. Der Liberale David Mason
fragte den Premierminister Asquith, warum die britische Re-
gierung Italien und der Türkei nicht ihre guten Dienste zum
Zweck der Beendigung der Feindseligkeiten angeboten habe.
Asquith erwiderte, die Regierung sei nicht der Ansicht, daß
irgend eine öffentliche Mitteilung über den Gegenstand in diesem
Augenblick das durch Masons Frage angezeigte Ziel fördern
würde. (Allgemeiner Beifall.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Oktober 1911.

Die Landtagswahlen in Elsaß-Lothringen.

Nach den Mitteilungen unseres Straßburger Wochensorgans ver-
teilen sich die am 22. Oktober für die verschiedenen Parteien ab-
gegebenen Stimmen — aus einigen wenigen Wahlbezirken fehlen
noch die Angaben — folgendermaßen:

Sozialdemokratie . . .	70 274
Zentrum	117 442
Nationalbündler	1 170
Lothringischer Block	25 006
Unabhängige	11 693
Liberale	55 682
Demokraten	8 525
Wirtschaftliche Vereinigung	684

Im ganzen wurden also 290 000 Stimmen abgegeben. Wenn
man die „Germania“ es so darstellt, als habe das Zentrum
besondere Ursache zur Zufriedenheit über den Wahlausfall, bezogen
den Sozialdemokraten und Liberalen nachsagt, daß sie „schmäh-
lich“ abgelehnt“ hätten, so ist es doch gut, dem Ergebnis der
Landtagswahl das der Reichstagswahlen vom Jahre 1907 gegen-
überzustellen.

Bei den damaligen Reichstagswahlen wurden im ganzen
348 557 Stimmen abgegeben. Die Zahl der abgegebenen Stimmen
blieb also diesmal um 58 000 hinter der Zahl der bei den Reich-
tagswahlen abgegebenen Stimmen zurück. Wenn also auch die Zahl
der sozialdemokratischen Stimmen um mehr als 11 000 hinter der
bei den Reichstagswahlen erreichten Stimmenzahl zurückgeblieben
ist, so ist doch der prozentuale Anteil der sozialdemokratischen
Stimmen von 23,7 diesmal auf mehr als 24,1 Proz. angewachsen.
Im Verhältnis also hat die Sozialdemokratie trotz des für sie
ungünstigeren Wahlsystems, das durch die Bestimmung
der Wählbarkeit gerade viele Arbeiter entzieht, einen
größeren Teil der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Das
Zentrum erhielt bei den Reichstagswahlen 108 845 Stimmen.
Es hat also nicht nur prozentual, sondern auch absolut seine Stimmen
vermehrte. Dabei kommt aber in Betracht, daß zu den Zentrum-
stimmen diesmal ein erheblicher Teil der Stimmen der Nationa-
listen (s. B. sämtliche für Blumenthal und Freix abgegebene
Stimmen) des Lothringischen Blocks und der Unab-
hängigen gerechnet worden ist, die bei der letzten Reichstagswahl
besonders gezählt wurden. Denn während Liberale und Demo-
kraten bei den Reichstagswahlen nur 37 000 Stimmen er-
hielten und auf die übrigen Parteien (außer Zentrum und Sozial-
demokratie) nicht weniger als 118 000 Stimmen entfielen, ist bei den
Landtagswahlen die Zahl der für diese besonderen Parteien
abgegebenen Stimmen auf 38 000 zurückgegangen. Das zeigt deut-
lich, daß die für das Zentrum gebuchten 117 442 Stimmen sich zum
großen Teil aus dem „Schmäh“ zusammensetzen, der diesmal
mit dem Zentrum gemeinsame Sache gemacht hat. Wie
„schmählich“ Sozialdemokraten und Liberale diesmal dem Zentrum
und den ihm nahestehenden Parteien gegenüber abgelehnt haben,
ergibt sich auch daraus, daß bei den Landtagswahlen auf Sozial-
demokraten und Liberale zusammen 46,2 Proz. sämtlicher Stimmen
entfielen gegenüber nur 34,4 Proz. bei den Reichstagswahlen im
Jahre 1907. Das Zentrum hat also wahrhaftig keine Ursache, auf
den Ausfall der Wahlen besonders stolz zu sein!

Zur Lebensmittelsteuerung.

Der Augsburger Stadtmagistrat trat einem Beschluß des Gemein-
dekollegiums bei, nach welchem, entsprechend einem sozialdemokratischen
Antrag, die Summe von 10 000 M. zum Ankauf von Kartoffeln
durch die Stadt bewilligt werden sollen. Die Kartoffeln werden
direkt durch die Stadt in Quanten von 10 bis 300 Fund an die
Konsumenten abgegeben. Die eingeschriebenen Armen erhalten
Teuerungszulagen, indem ihnen unentgeltlich Kartoffeln
verabfolgt werden. Die Frage der besseren Versorgung der Stadt
mit Fleisch und Milch soll in einer besonderen Kom-
mission besprochen und geeignete Maßnahmen in Erwägung ge-
zogen werden.

Die technischen Hilfsbeamten der preussischen Eisenbahn haben
eine gemeinsame Petition an den Eisenbahnminister gerichtet, in der sie
um eine Befoldungszulage in Form einer Unterstützung für alle
technischen Hilfskräfte bitten.

Die Fleischzufuhr aus Argentinien.

Prof. Dr. Jacob, der viele Jahre hindurch als Universitätslehrer
an der medizinischen Fakultät zu Buenos-Aires gewirkt hat, wider-
legt in der „Munch. med. Wochenschrift“ einige Einwände, die gegen
die Fleischzufuhr aus Argentinien gemacht werden. So sind die
Bedenken gegen die hygienischen Verhältnisse unbegründet. Das

argentinische Vieh ist infolge seiner Lebensweise im Freien gesund. Anstehende Krankheiten sind nicht häufiger wie in anderen Ländern und gegenüber Deutschland relativ selten. Bei dem geringen Preis der Tiere sind auch Verheimlichungen von Erkrankungen viel seltener. Kranke Tiere werden aus demselben Grund viel früher getötet. Die veterinärärztliche Überwachung ist außerordentlich streng. Der Staat hat sich schon lange überzeugt, daß hier das rigoroseste Vorgehen aus Gründen des ureigensten allgemeinen Interesses angezeigt ist. Die zahlreichen großartigen Fleischgefrieranstalten geben jedem Besucher den überzeugendsten Eindruck, daß es möglich ist, dort auf rationelle aseptische Weise das Fleisch des frisch geschlachteten und unterrichteten Tieres in den gefrorenen Zustand überzuführen. Von hieraus gelangt es direkt in den Kühlraum des Spezialdampfers. Die Überwachung der Auswahl, Schlachtung und Verarbeitung der Tiere durch deutsche Sachverständige ließe sich ohne weiteres ermöglichen. Das Fleisch müßte aus dem Dampfer direkt in die am Hafen zu errichtenden Gefrierkammern und von da in die Kühlwagen der Bahn verladen, weiter befördert werden. Im Winter bietet dies weniger Schwierigkeit wie im Sommer. Bezüglich des Gefäßmades geht es wie bei den See-fischen, man gewöhnt sich daran und lernt es schließlich schätzen. Will man die Konfervierung vermeiden, so führe man lebendes Vieh ein, schlachte es im Hafen, untersuche es und verschende es daleibst im Kühlwagen. Will man es nicht an Land lebend kommen lassen, so gibt es genügend alte Dampfer, an deren Bord auf der See die Schlachtung und Inspizierung vorgenommen werden kann.

Die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes.

Die Thorer Polizei führt schon jahrelang einen hartnäckigen Kampf gegen die moderne Arbeiterbewegung. Kürzlich fiel es der Polizei ein, Gott weiß, aus welchen Gründen, den Genossen Reumann als Vorsitzenden der Thorer Sozialdemokratie schriftlich aufzufordern, mitzuteilen, wann und wer an Stelle des am 6. Januar 1905 (1) von hier nach Charlottenburg verzogenen früheren Vorsitzers des sozialdemokratischen Wahlvereins den Vorsitz im Vorstande übernommen hat bezw. zum Vereinsvorsitzer gewählt worden ist. Genosse Reumann, der den jetzt amtierenden Vorstand ordnungsgemäß angemeldet hat, konnte den Polizeibehörden nicht erfüllen. Darauf kam eine zweite Aufforderung von der Polizei wegen der Vorstandsänderung von — 1905. Entweder Befriedigung der polizeilichen Willkür, oder es wird gegen Reumann gemäß § 132o des Gesetzes vom 30. Juli 1883 eine Zwangsstrafe von 100 Mark oder eine Woche Haft festgesetzt werden!

Vange machen gilt nicht, dachte Genosse Reumann, und schrieb kühl und kurz an die Polizei zurück, daß die Androhung der Zwangsstrafe nicht zulässig ist, da die Aufforderung, den Vorstandswechsel von 1905 anzumelden, nicht unter das Zwangsverfahren des Landesverwaltungsgesetzes fällt. — Na also!

Die Plage und Mühe der Polizei und ihre betwundernswürdige Fähigkeit im Erkennen immer neuer Mittel, der modernen Arbeiterbewegung das Vereinsrecht zu verflümmern, sind wirklich rührend — viel mehr aber beschämend für Preußen.

Der Stern von Hohen-Tinow.

Undank ist der Welt Lohn. Um sich den Agrariern gefällig zu erweisen, hat Herr v. Weismann Hollweg für seine Anti-Zerrenungsrede im Reichstag große Vorstudien getrieben und beispielsweise sämtliche Jahrgänge der „Deutschen Tageszeitung“ von seinen Geheimräten nach Weissen für die Nützlichkeit hoher Lebensmittelpreise durchsuchen lassen — und nun findet diese wohlvorbereitete schöne Rede selbst bei den extremen Agrariern nicht rückhaltlose Anerkennung, während die liberale Presse sich teils in einer herben Kritik, teils in offenem Spott gefallt.

So schreibt die „Köln. Ztg.“:

„Die Rede des Reichsanzlers hat Macheit geschaffen. Man weiß es jetzt, der Kaiser ist bereit, mit der Konventionen durch-zuhalten. Er hat ihr System, jede Forderung, die das groß-agrarische Vorwimmeln berührt, als nationale Gefahr zu brand-markieren, übernommen, und damit für den schwarzen Vloed eine Wohlparole ausgegeben, die die Form des Wahlkampfes nicht verleiht, aber doch keinen Menschen mehr täuschen wird. In diesem Zeichen wird der schwarze Vloed nicht siegen. Der Wahlkampf ist offiziell eröffnet.“

Die „National-Zeitung“ bemerkt:

„Geschick ist es von Herrn v. Weismann Hollweg wahrlich nicht, daß er, statt sofort zu erklären, was die Regierung zu tun gewillt ist, seine Rede mit einer Polemik gegen die Forderungen der Sozialdemokratie beginnt. Diese scharfe Negation der Aufhebung der Zölle fordert die Linke zu ähnlichen Zwischenrufen heraus, gegen die sich der Reichsanzler mit nicht sehr glücklichen Argumenten wendet. . . Weiter bestreitet Herr v. Weismann Hollweg, daß die Aufhebung der Einfuhrzölle einen günstigen Einfluß auf die Lage haben würde. Diese Verteidigung eines Systems, dessen Verderblichkeit längst überzeugend dargelegt ist, ruft auf der rechten natürlichen laute Zustimmung hervor, — das deutsche Volk muß sie peinlich berühren. Nur die recht beschreibenen Wünsche des Zentrums nach Änderungen des Getreideeinfuhr-scheinstystems findet der Reichsanzler „akzeptabel“, obwohl er — diesmal wohl auch mit Recht — von ihrer Wirksamkeit nicht über-zeugt ist. . . Der Anzler des Deutschen Reiches hat gesprochen, und — alles bleibt beim alten. Die Zerrenungsfrage ist nicht nur nicht gelöst worden, es ist nicht einmal der Versuch gemacht worden, sie zu lösen, und Herrn v. Weismann Hollwegs Aus-führungen sind noch dürftiger ausgefallen, als man ohnehin schon befürchten mußte.“

Wenn die nationalliberale Presse diese Töne anklagt, braucht kaum erwähnt zu werden, daß man weiter nach links noch ganz anders über des Reiches Kanzler von Junkers Gnaden urteilt.

Aber selbst die Reichsparteiler sind nicht mit ihm zufrieden. Die „Post“ trauert angefaßt der Weismannschen Leistung um einen Bismarck, der ganz anders plastische Bilder von den landwirt-schaftlichen Verhältnissen zu formen vermocht habe:

„Durch Herrn v. Weismann Hollweg's Rede dagegen steht sich wieder wie ein roter Faden jener professorale, rein doktrinaire Zug, der seinem ganzen Wesen und Auftreten eigen ist. Und schließlich unterließ ihm, der kein glänzender Debatter ist, denn auch eine kleine Entgegnung, die wir von einem deutschen Reichsanzler lieber nicht vernommen hätten. Das war, als er seinen Appell an die Landwirtschaft richtete, sich der Pflichten gegen die Allgemeinheit bewußt zu sein, und als ihn hierbei ein sozialdemokratischer Zwischenruf unter-brach, da verstand er sich zu dem besser unterstellbaren Wort: „Meine Herren, ich spreche ja ganz in Ihrem Sinne!“ Seiner rednerischen Verantwortung nach würde er deshalb zweifellos besser tun, sich durch gegnerische Einwände und Zwischenrufe nicht auf einen Boden locken zu lassen, auf dem nur ganz gewandte Debatter keine Gefahr laufen, zu straucheln und mit einer Entgegnung den Eindruck der Rede zu mindern.“

Und gar die „Deutsche Tageszeitung“ leistet sich eine verdeckte Mißbilligung:

„Was die Ansichten und Absichten des Herrn Reichsanzlers bezüglich der Abstellung der durch die Dürre des letzten Sommers verursachten Schwierigkeiten anbelangt, so wollen wir daran heute keine Kritik aben. Wir werden im Zusammenhange mit dem weiteren Verlaufe der Debatte darauf zu sprechen kommen.“

Im allgemeinen findet freilich das agrarische Blatt es „er-freulich, daß nach einer längeren Schweigepause von dem Ver-treter der Verbündeten Regierungen ein umfassendes Be-kenntnis zu der allbewährten, vom Fürsten Vidmar inaugurierten Wirtschaftspolitik erfolgt ist.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ hofft, daß dieses Bekenntnis zur Wohl- und Sammelparole der bürgerlichen Parteien werden wird.

Und die großindustrielle „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ akzeptiert den Kampf für die gegenwärtige Zoll- und Wirt-schaftspolitik als brauchbares Wahlinstrument.

Aus Württemberg.

Der Kampf um den ersten württembergischen Reichstagswahlkreis (Stuttgart-Stadt und Um) wird bei der bevorstehenden Wahl mit außerordentlicher Schärfe geführt werden. Die Nationalliberalen haben ihren grössten Wahlmacher, den Oberbürgermeister von Eßlingen Dr. Max Hülberger als Kandidaten aufgestellt. Die Volkspartei unterstützt diese Kandidatur. Im Jahre 1907 siegte Genosse Hildenbrand mit 25 000 Stimmen über den Kandidaten der vereinigten Nationalliberalen und Volks-partei, der 21 442 Stimmen erhielt. Der Wahlkandidat des Zentrums brachte es auf 2400 Stimmen. In der Versammlung am Sonntag, die Herrn Hülberger die Kandidatur übertrug, wurde von liberaler Seite bereits mit Hochdruck auf die Einigung sämtlicher bürgerlichen Parteien vom Zentrum und dem Vorenbund bis zur Volkspartei gegen die Sozialdemokratie hingearbeitet.

Die Kandidatur des Grafen Zeppelin im vier-gehnten Wahlkreis (Ulm) ist ins Wasser gefallen. Zeppelin hat endgültig abgelehnt. Die nationalliberale Partei darauf hin der Volkspartei überlassen, einen geeigneten Sammelkandidaten in Vorschlag zu bringen.

Im Landtagswahlkreis Crailsheim muß eine Nach-wahl stattfinden. Der Inhaber des Mandats Landtagsabgeordneter Ernst Verroth (Wauernbündler) ist gestorben. Bei der letzten Landtagswahl am 5. Dezember 1906 erhielt Verroth 1854 Stimmen, der Volksparteiler 1456, das Zentrum 827 Stimmen, die Sozial-demokratie 319 Stimmen. In der Nachwahl wurde Verroth mit 2516 Stimmen gewählt; der Volksparteiler erhielt 2298 Stimmen.

Im Landtagswahlkreis Ulm rufen vorläufig noch die Nationalliberalen mit der Volkspartei um die Kandidatur. Der Wahlkreis wurde, wie berichtet, bisher vom volksparteilichen Abgeord-neten Dr. Bauer vertreten. Die sozialdemokratische Bezirkskonferenz stellte endgültig den Genossen Robert Fette, Arbeitersekretär in Stuttgart, als Kandidaten auf.

Das Schicksal eines mißhandelten Soldaten

wurde in einer Verhandlung vor dem Dresdener Kriegs-gericht aufgerollt. Im Mai d. J. wurde der Kanonier Fischbach von der 1. Batterie des Artillerieregiments Nr. 64 bei Land nach dem Tode zu einer Meldung, weil er Verschlechterung vom Hauptmann Gutwasser mißhandelt. Der Sol-datener Vorgesetzte erklärte bei einer Unterredung mit dem Sergeanten Schulze erklärte lehrer: „Es ist besser, Sie beschwerten sich! Wenn es erst ein anderer meldet, werden Sie bestraft!“ Darauf erhaltete Fischbach Meldung gegen den bereits wegen Verleumdung Untergebenen bestreiten Hauptmann. Als aber Fischbach vor dem Gerichtsoffizier in der Angelegenheit vernommen werden sollte, sagte der Sergeant zu ihm: „Stürzen Sie mich nicht ins Unglück, es handelt sich um meine Kapitulanten!“ Damit war gemeint, F. solle nicht sagen, daß er zur Beschwerde veranlaßt worden sei. Durch diesen Rück-zug des Sergeanten war F. sehr überrascht und sagte zu einem Kameraden: „Der Sergeant sagt einmal so und einmal so, und schließlich will er nichts wissen und gehen lassen; wenn er mich nicht zur Beschwerde getrieben hätte, würde ich nichts gemeldet haben.“ Darin soll eine verleumderische Verleumdung gegen den Sergeanten liegen. Letzterer bestreitet entschieden, den Soldaten zur Beschwerde veranlaßt zu haben. Inzwischen fand nun die Verhandlung gegen den Hauptmann statt, die mit einer Verurteilung zu 3 Tagen Gefängnis endete. Um den Sergeanten nicht ins Unglück zu stürzen, sagte Fisch-bach in dieser Verhandlung aus, er sei nicht veranlaßt worden, Beschwerde einzulegen. Im Oberkriegs-gericht gab es dann infolgedessen eine Urteilsänderung, als Fischbach seine frühere Aussage wiederholte und auf das bestmögliche erklärte, er sei vom Sergeanten zur Beschwerde getrieben worden. Das Urteil gegen den Hauptmann erfuhr aber keine Abänderung.

In der jetzigen Verhandlung erklärte Fischbach, er habe sich seiner Verleumdung schuldig gemacht, was er zu seinem Kameraden und vor dem Oberkriegsgericht gesagt habe, beruhe auf Wahrheit. (Demnach hätte also der Soldat aus Gutmütigkeit zugunsten des Sergeanten vor dem Kriegsgericht eine falsche Aussage erstatet.) Vor Eintritt in die Beweisaufnahme wurde von allen Seiten auf die Schwierigkeit hingewiesen, die durch eine Verneinung des Sergeanten entstehe, da dieser des Meineids und der Verleumdung dazugewürdigt ist. Das Gericht beschloß schließlich, die Verhandlung auszusetzen, weil Fischbach und auch Schulze wegen Verleumdung der Eidespflicht verdächtig sind. F. wurde in Haft genommen!

Dem Soldaten Fischbach muß man das größte Mitleid entgegenbringen, denn seit Beginn der Mißhandlungsbefälle war er allerlei Treibereien ausgesetzt. Besonders der Hauptmann hat alles in Bewegung gesetzt, um Material gegen F. zu sammeln — weil dieser von dem guten Recht der Beschwerde Gebrauch gemacht hat. Auch ein Vortrag zum Beschwerde-recht.

Frankreich.

Der Skandal von Ubscha.

Paris, 23. Oktober. (Eig. Ber.)

Mit seltener Uebereinstimmung bezeichnen die Blätter aller Richtungen die Affäre von Ubscha mit dem Schlagwort: „Skanda-l“. Wobei freilich der Ausdruck noch keine Identität des Urteils bezeugt. Für die Mehrzahl der bürgerlichen Blätter ist die Tat-sache entscheidend, daß vor den Augen der ihren Namen „Protektion“ gewärtigen Marokkaner die höchsten Beamten der Republik gleich-gemeinen Verbrechern arreliert und zwischen Vajonetten in Bes-fängnis abgeführt wurden. Welche Erskütterung der „Autorität“ der Zivilisationsbringer! Und dazu noch die kompromittierende Enttüllung der Verhältnisse zwischen Zivil- und Militärbehörden, zwischen der Soldateska und der Regierung, vor den anderen „Kulturstaaten“. Am wenigsten bekümmert die Patrioten augen-scheinlich die Frage, ob und welche Rechtswidrigkeiten, Gewalttaten und Mißbräuche dem Konflikt zugrunde liegen.

Es ist allerdings noch nicht möglich, in diese dunkeln Hinter-gründe der Affäre Licht zu bringen, und es ist fraglich, ob dies überhaupt gelingen wird. Denn es ist so gut wie sicher, daß General Loutée für seinen ohne Wissen der Minister voll-brachten Handreich gemacht werden wird. Und dann wird es ja nahezulegen, die verleihte Autorität der Verwaltung wiederher-zustellen und die zweifelhaften Dinge, die jetzt herangezogen worden sind, in den Schuttaben einer Untersuchungskommission zu be-graben. Die demokratische Abneigung gegen die Ueberriffe der Militärgewalt könnte da manchen unsauberen Interessen dienstbar gemacht werden.

Sicherlich, für die Sache des Generals Loutée streitet seine lebenswürdige Vergangenheit. Ein typischer Säbelkrieger, hat er erst im Februar 1910 als Kabinettsdirektor des Kriegs-ministers Brun in der Deputiertenkammer einen solchen Skandal gemacht, daß der Präsident Brissou den Minister ersuchte, seinem Untergebenen den Besuch des Hauses zu untersagen. Loutée hatte damals einen dem Kabinettschef des Ministers attacheden Hauptmann, der ein Scheitfeld dem Minister direkt übergeben hatte, wegen dieser angeblichen Umgehung seiner Kompetenz in einer Weise angefahren, daß die anwesenden Deputierten in Empörung ge-

rieten. Loutée wurde sofort von seiner Funktion entbunden, aber sonderbarerweise fiel er hinaus. Ihm wurde das Kommando der Division von Oran anvertraut, auf welchem Posten er sich durch seinen Uebereifer bei den marokkanischen Grenzoperationen hervortat. Wiederholt mußte er zurückgepfiffen werden, und es scheint, daß sich besonders damals bei ihm der Woll gegen die Zivilbeamten angesammelt hat, auf deren Verichte er den Entschlaf der Regierung, die „Entscheidung“ von Fez von Westen und nicht von Osten her vorzunehmen zu lassen, zurückzuführen glaubte. Ein bis zu bitterer Feindschaft gehender Gegensatz zwischen Zivil- und Militärbehörden ist allerdings überall in den Kolonien vorhanden, und er ist nicht nur im Kastengeist und im Widerspruch ihrer Machtinteressen begründet — wo die Zivilgewalt entscheidend wird, verliert ja die militärische ihre Diktaturrechte — sondern auch in materiellen Interessen. Die Offiziere profitieren von Kriegszu-ständen Avancements, die Zivilbeamten befinden sich im Frieden am wohlsten, wobei sich dann für so manche die Gelegenheit zu allerhand Plündererei ergibt.

Man kann also für den Typus des Soldaten, der im Herren-wohn mit seinem Schwert herumfuchelt, wenig übrig haben und zugleich zugeben, daß Loutée in ein Wespennest kolonialkapitalisti-scher Korruption hineingefallen hat. Wer ein wenig die nicht-offizielle Literatur der internationalen Kolonialpolitik kennt, dem sind die europäischen Beamten, die Hand in Hand mit den ein-heimischen Häuptlingen und Regierungsfunktionären die Ein-geborenen ausplündern, eine wohlvertraute Erscheinung. Ob sich die von Loutée verhafteten französischen und marokkanischen Ver-waltungsfunktionäre durch unsaubere Terrainpekulationen, durch Agiotagekniffe beim Wechsel von französischem und marokkanischem Geld und Profitmacherei in der Kolonialverwaltung oder — was denn doch gar zu stark an das Gebiet der ionischen Oper streift — durch Waffenschmuggel bereichert haben, bleibe dahingestellt. Der schmaubartige, wilde General, der sich über die bürgerlichen Ge-walten erhaben dünkt, und die von ihm behelligten Vertrauens-männer der Firma Etienne und Kompanie sind in jedem Fall natürliche Früchte vom Baum des kapitalistischen Imperialismus.

Die Pulververschöderung.

Paris, 21. Oktober. (Eig. Ber.) Unter diesem wigigen Titel bespricht A. Morizet in der „Humanité“ die dunkeln Mächte, die sich an die Katastrophe der „Liberté“ angeknüpft haben. Kann lag das Opfer, als auch schon die haben niederstiegen. Die Explosion diente nämlich zum Vorwand einer Kampagne gegen das Pulvermonopol. Im „Journal“ erklärte der Senator Charles Humbert, einer der berüchtigtesten Korruptionisten des französischen Parlaments, rundweg, das Monopol sei die Ursache des Unglücks. Im „Petit Journal“ schrieb ein Anonymus in dasselbe Horn und ver kündete, die Aufhebung des Monopols sei für die Sicherheit der Matrosen, der Flotte und der ganzen Nation (!) not-wendig. Hinter dieser Treiberei steht nun der Sprengstoff-Trust, der von drei Gesellschaften gebildet wird: der Société centrale de Dynamite, der Société Dynamite Nobel und der Société générale pour la fabrication de la Dynamite et les produits chimiques. Diese drei Gesell-schaften bilden in Wirklichkeit eine. Jede besitzt Aktien der anderen. Von ihren 23 Verwaltungsräten sind 7 zweien, 2 dreien gemeinsam. Zu den letzteren gehört Herr Paul Clementeau, der Bruder des ehemaligen Ministerpräsidenten, der als Direktor der Société centrale, die 14 Millionen Aktienkapital hat (gegenüber 6 700 000 und 4 000 000 der anderen) der eigentliche Leiter des Trusts ist. Paul Clementeau ist nebenbei Geschäftsführer in Crest, Administrator der Gesellschaft für Gasfabrikation von Petrolchemikalien und Administrator des Syndikats der Kriegsmaterialfabrikanten. . . Die politische Masse Georges Clementeau hat jedenfalls der industriellen Pauls nicht ge-schadet. Andererseits ist es nicht verwunderlich, daß trotz des jämmer-lichen Resultats der Clementeauschen Regierung mächtige Einflüsse wiederum für ihn wirksam sind. Eine Uebersetzung wäscht die andere.

England.

Veränderungen im Ministerium.

London, 21. Oktober. Im Kabinet sind folgende Veränderungen eingetreten: Carrington wurde zum Lordgeheimsekretär ernannt, McKenna über-nahm das Staatssekretariat des Innern, Churchill wurde Erster Lord der Admiralität, Hobhouse Kanzler des Herzog-tums Lancaster, Runciman Landwirtschaftsminister und Pease Unterrichtsminister. Ferner wurden Robertson Wood zum Finanzsekretär im Schahamt, Kelland zum Parlaments-Unterssekretär im Auswärtigen Amt, Emmott zum Parlaments-Unterssekretär im Kolonialamt und Lucas zum Parlaments-Unterssekretär im Landwirtschaftsamt ernannt.

Der Wechsel kommt überraschend, namentlich der der Austausch der Ämter zwischen Churchill und McKenna. In der Presse gehen die Ansichten stark aus-einander. Ein Teil der unionistischen Presse betrachtet die Ernennung Churchills als einen Erfolg der Anhänger der Sparfamkeit im Schiffbau. Andere, wie „Morning Post“, nehmen sie als Zeichen, daß die Regierung den Ernst der Lage in der Weltpolitik erkenne. „Daily Chronicle“ und „Daily News“ führen den Tausch zwischen Churchill und McKenna auf persönliche Gründe zurück. „Daily Chronicle“ sagt, der frühere erste Seelord Fisher habe im Jahre 1908 nach dem Rücktritt des Lord Tweedmouth seinen Einfluß aufgeboden, um Churchill als dessen Nachfolger zu gewinnen. „Morning Leader“ hofft, Churchill werde als Apostel des Sparfamkeitssprinzips Europa ein Beispiel geben.

Rußland.

Auf Newos Spuren.

Die Revision der Kiewer Akten durch den Senator Trussewitsch (die übrigens ausgegangen ist wie das Hornberger Schießen) hat u. a. die pikante Tatsache zutage gefördert, daß Newos noch jetzt in den Diensten der Geheimpolizei steht und in der letzten Zeit enorme Summen für seine „nützliche“ Tätigkeit erhalten hat. — Wie sollte auch Nikolaus II. seinen treuen Golgenlieferanten missen?

Türkei.

Regierungskrise in Areta.

Caen, 21. Oktober. Die kretische Regierung ist nach einer stürmischen Sitzung der Kammer zurück-getreten.

Amerika.

Gegen die russische Unterdrückungspolitik.

New York, 21. Oktober. Das nationale Bürgerkomitee hat den Plan gefaßt, eine Agitation im ganzen Lande zugunsten der Abschaffung des Handelsvertrages mit Rußland einzuleiten, da dieses sich weigert, die Pässe der amerika-nischen Juden zu öffnen. Massenversammlungen sollen in den großen Städten abgehalten, und der Kongress soll kurz und bündig aufgefordert werden, den Handelsvertrag abzuschaffen.

Gewerkschaftliches.

An der Teuerung sind die Arbeiter schuld!

In einer nur zu bekannten Zeitschrift kann man über die Ursachen der Teuerung jetzt das Folgende nachlesen:

„Eine bessere Preisbildung für die Landwirtschaft war erst möglich durch unsere neuzeitliche Wirtschaftspolitik. Erst nachdem die deutsche Landwirtschaft gegen die Konkurrenz des Auslandes einermäßig geschützt war, konnte sie sich mit mehr Intensivität auf die Bewirtschaftung des Bodens und auf die Viehzucht werfen. Die intensivere Wirtschaft bedingt größeres Betriebskapital zur Beschaffung von Maschinen, Erbauung von Stallungen und Einrichtungen, die den neuesten Erfahrungen insbesondere auf dem Gebiete der Hygiene, entsprechen; ferner zur Beschaffung von Düngemitteln und Kraftfutter. Verteuernd für die landwirtschaftliche Produktion wirken alsdann der Seuchenschutz sowie die veterinärpolizeilichen Vorschriften für Vieh und Fleisch, nicht zuletzt jedoch auch die Erhöhung der landwirtschaftlichen Arbeiterlöhne.“

Intensivere Wirtschaft und Viehzucht ist nur möglich mit geschultem Personal. Ganz besonders in der Viehhaltung hat sich ein vollständiger Umschwung vollzogen. Während früher dieselbe fast ausschließlich durch weibliches Personal besorgt wurde, liegt sie jetzt in den größeren Betrieben in den Händen der Viehschweizer, die immerhin ganz erheblich höhere Löhne beanspruchen als die früheren Dienstmägde.“

Diese Ursachensfeststellung der jetzigen Teuerung, die darauf hinausläuft, „nicht zuletzt“ die gestiegenen Landarbeiterlöhne an der Preisveränderung mit verantwortlich zu machen, steht nicht in einem agrarischen Landwirtschaftsblatte, auch nicht in einer konservativen Zeitung oder Zeitschrift, sondern in der Nummer 21 des „Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften“!

Es ist das führende Organ der christlichen Gewerkschaften, die heute 360 000 Mitglieder besitzen, das so über die Ursachen der Teuerung spricht. Nach ihm sind die das Gebiet der Hygiene betreffenden Änderungen in der deutschen Landwirtschaft, die so äußerst notwendigen Vorschriften zum Seuchenschutz, ebenso wie die gestiegenen landwirtschaftlichen Arbeiterlöhne Mitursache der Preissteigerung!

Davon, daß die Löhne der Landarbeiter, der Stallführer usw., die heute nach dem „Zentralblatt“ die viel billigeren Stallmägde verdrängt haben, gerade im agrarischen Produktionsprozeß nur einen Bruchteil der Wirtschaftsausgaben darstellen, dessen Umfang dabei noch ständig in der schmachlichsten Weise zu verringern versucht wird, davon spricht das christliche „Zentralblatt“ nicht.

Von den wirklichen Ursachen der Teuerung, der unglaublichen Schutzpolitik, dem Einfuhrschneidwesen, der Meißeneinfuhrverweigerung usw., findet sich in dem Artikel, der acht Spalten lang ist, kein Wortchen!

Der christlichen Gewerkschaftsleitung obliegt die Aufgabe, ihren Anhängern die agrarische Politik des Zentrums, deren Schlepptreuer sie ist, plausibel zu machen. Zumal wegen der kommenden Wahlen gilt es, eifrigst in entsprechender Aufklärung zu arbeiten. Damit soll die Gefolgschaft der christlichen Arbeiter gesichert werden. Deswegen sind die Leiter der vom Zentrum bekanntlich „völlig unabhängigen“ christlichen Gewerkschaften eifrigst dabei, ihre zentriale Meinung offiziell auf die gewerkschaftlichen Anhänger zu übertragen.

Im zentriale Jargon ist das der Kampf um Wahrheit und Recht, in einfacher deutscher Sprache nennt man's Schuffigkeit.

Berlin und Umgegend.

Die Zigarrenarbeiterbewegung in Groß-Berlin.

Wenn auch zugegeben werden kann, daß die Lohn- und Tarifbewegung der Zigarrenarbeiter bis jetzt ganz günstige Resultate gezeitigt hat, so macht es sich doch notwendig, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß es leider noch Unternehmer gibt, die angesichts der teuren Berliner Lebensverhältnisse den Mut haben, ihren Arbeitern Löhne zu zahlen, die noch nicht einmal den, aus dem beschriebenen Tarifjahr von 1896 erreichten. Es zahlen unter 8 M. für 1000 Stück Zigarren Rollenlohn noch die Firmen: Brendt, SO., Köpcke, Straße 165, Krumhauer, N., Neue Hofstraße 9 und Wiegand, N., Indener Straße 13 IV. Bei einer ganzen Anzahl von Kleinfirmen sollen die Löhne ähnlich liegen.

So unglücklich oben mitgeteilt erscheint, fast noch unglücklicher scheint es doch es Arbeiter gibt, die, ohne sich zu rühren, in dieser Zeit und ohne daß sie das Bestreben hätten, sich ihren Arbeitskollegen als organisierte Kollegen anzuschließen, solches Elend, solche Zustände schweigend dulden.

Werdings, die Frau duldet leichter, und so ist es wohl kein Zufall, daß einzelne Firmen, so z. B. Wiegand, mit Vorliebe ja ausschließlich Frauen beschäftigen. Aber auch diese müssen doch leben! Ihre erste und heiligste Pflicht wäre es, der Organisation, dem Deutschen Tabakarbeiterverband, beizutreten.

Seinmal wäre es notwendig, ein schwarzes Buch über diese Verhältnisse anzulegen, damit man in Deutschland sieht, damit man in Berlin sieht, unter welch jämmerlichen Verhältnissen die Zigarren, die doch zum menschlichen Genuß bestimmt sind, hier und dort noch hergestellt werden. Ihr, die es angeht, zieht die Lehre daraus; werft eure Waage ab, tut, was Ihr schon lange hätten tun sollen, tretet in die Organisation ein, tretet ein in den Deutschen Tabakarbeiter-Verband!

Arbeiter! Käufer! Kauft nur dort, wo das grüne Glolal unterzeichnet mit Alwin Schulze, aushängt. Beachtet die Veröfentlichungen! Deutscher Tabakarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin.

Zur Tarifbewegung in der Herrenstapelfonktion.

Die Zwischenmeister der Herrenstapelfonktion hatten sich am Montag bei Schulz in der Rüststraße versammelt, um zu den Forderungen der Gesellen Stellung zu nehmen. Die Forderungen lagen der Versammlung gedruckt vor. Die tägliche Arbeitszeit soll auf 10 Stunden festgesetzt werden, und als Minimallohn werden verlangt: für erste Bügler 42 M., für zweite Bügler 34, für erste Stepper 44, zweite Stepper 38, Taschenmacher 38, Futtermacher 32, erste Handnäher 34, zweite Handnäher 30 und Ausfertigermänner 21 M. Wochenlohn. Für Ueberstunden bis 10 Uhr abends sind 25 Proz., für Nacht- und Sonntagsarbeit 60 Proz. Aufschlag zu zahlen. Die Forderung des Arbeitgeberers auf Leistung eines bestimmten Pensums ist unterzogen. Wo bisher höhere Löhne gezahlt wurden, müssen sie weiter bezahlt werden. Zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Tarifvertrag ist als höchste Instanz das Einigungsamt des Gewerbegerichts vorgesehen. Wie der Referent Sydow erläuterte, ist es zwischen den Kommissionen der Zwischenmeister und der Gesellen zu eigentlichen Verhandlungen noch nicht gekommen. Die Gesellen hatten ihre Forderungen fertig formuliert, und die Vertreter der Zwischenmeister hielten es unter diesen Umständen für notwendig, zunächst mit ihren Mandatgebern darüber Rücksprache zu nehmen. Als Vertreter des Schneiderverbandes bemerkte Priente, daß die Forderungen der Gesellen bereits im vorigen Jahre aufgestellt

worden sind, als eine Bewegung in der Stapelfonktion eingeleitet war, die jedoch damals nicht zum Ziele kam. In diesem Jahre ist nun die Bewegung bekanntlich in der Weise vor sich gegangen, daß zunächst der Tarif der Zwischenmeister mit den Konfektionären abgeschlossen wurde, und nunmehr die jungen Leute ihren Anteil an den erreichten Vorteilen verlangen. Es ist sehr zu wünschen, daß es auf friedlichem Wege zur Regelung der Verhältnisse kommt, und das wird, wenn beide Teile den guten Willen haben, auch seine großen Schwierigkeiten bieten. — In der regen Diskussion sprach man sich allgemein für die tarifliche Regelung aus; mehrere Redner meinten jedoch, daß die Löhne für die minder tüchtigen Arbeitskräfte doch wohl zu hoch angelegt seien, und außerdem waren einzelne auch mit der gänzlichen Abschaffung der Pensumarbeit nicht einverstanden. — Die Versammlung wählte noch weitere drei Mitglieder in die Kommission, um gegenüber der Vorlage der Gesellen einen Tarifentwurf auszuarbeiten, der den Wünschen der Zwischenmeister Rechnung tragen soll. Außerdem wurde eine Resolution angenommen, in der der Tarif in der vorliegenden Form abgelehnt und die Kommission beauftragt wird, nochmals mit der Gesellen in Verhandlung zu treten, um einen für beide Teile annehmbaren Tarif zustande zu bringen und die Löhne so zu regeln, daß die Beschäftigung minder befähigter Kräfte nicht ausgeschlossen wird. Außerdem wünscht die Versammlung, daß der Punkt 4 des Tarifvertrages, der vom Verbot der Pensumarbeit handelt, in der vorliegenden Form gestrichen wird. — Bei den weiteren Verhandlungen werden selbstverständlich wie bisher nur vier Mitglieder der jetzt siebenköpfigen Kommission der Zwischenmeister teilnehmen, da ja auch auf Seiten der Gesellen nur vier Vertreter vorhanden sind.

Achtung, Tapezierer! Die Firma Rudolph Herzog, Breitestraße 12-10, ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs für Polsterer, Dekorateur und Räderinnen gesperrt.

Die Schlichtungskommission. Deutsches Reich.

Achtung, Glasmacher! In Altenfeld in Thüringen haben die Flaconglasmacher der Firma Wiegand u. Wulfe eine zehnprozentige Lohnforderung gestellt und um Abänderung einiger unangenehmer Arbeitsbedingungen gebeten. Die Firma erklärte sich bereit, einige Verbesserungen durchzuführen, dagegen lehnte sie es entschieden ab, eine Lohnerhöhung zu bewilligen. Die Arbeiter beschloßen darauf, die Kündigung am 21. Oktober einzureichen. Die eingeleiteten Verhandlungen sind völlig gescheitert. In Betracht kommen rund 200 Arbeiter. Es werden alle Flaconglasmacher und Schleifer ersucht, die Firma Wiegand u. Wulfe in Altenfeld zu meiden.

Zum Streik auf der Carlshütte in Mendenburg.

Nachdem ein nochmaliger Versuch, durch Verhandlungen den Ausstand der Former und Sieberearbeiter beizulegen, durch das Verhalten der Direktion vereitelt worden ist, haben weitere Abteilungen des Betriebes ihre Kündigung eingereicht. Die Direktion hat darauf einer weiteren Anzahl Arbeitern gelündigt, denen sie in einem Schreiben mitteilte, daß sie durch die Kündigungen der Arbeiter genötigt sei, auch in den anderen Abteilungen die Arbeit einzuschränken. Durch diese Maßnahmen der Direktion dürfte der ganze Betrieb zum Stillstehen kommen. Auch die von der Carlshütte gekündigten Arbeiter sind die Vertswohnungen sofort durch Einschreibensendung gekündigt worden. Von der Einwohnerschaft Mendenburgs werden Anhalten getroffen, um auch diese Arbeiterfamilien in anderen Bewohnungen unterzubringen.

Die lieben Arbeitswilligen, die sich die Direktion unter Anwendung ungeheurer Mittel hat kommen lassen, machen ihr wenig Freude. Nicht nur, daß ein Teil nach Verleitung einiger guter Töge die Carlshütte wieder verließ, die Direktion sah sich auch veranlaßt, eine größere Anzahl dieser Arbeitswilligen wieder zu entlassen, weil sie nur Schaden anrichteten und Unruhe im Betrieb verübten.

Die Direktion der Carlshütte sieht somit alle ihre Berechnungen fehlschlagen. Die Einschüchterung der Arbeiter durch ihre rücksichtslosen Maßnahmen ist nicht eingetreten, sondern hat die Arbeiter noch mehr erbittert.

Zur Buchdruckerbewegung.

Die weitere Stellungnahme der Buchdrucker zu dem neuen Tarif findet der „Korrespondent“, speziell in Süddeutschland, weniger befriedigend. In Karlsruhe, Heilbronn a. N., Hellingen, Freiburg i. Br., Augsburg und Mannheim fanden lebhafteste Debatten statt. In Stuttgart wurde in zwei stark besuchten Versammlungen, denen auch Vertreter einer Anzahl anderer Orte beizwohnten, an den Gehilfenvertretern und am Verbandsorgan sehr scharfe Kritik geübt. Die größte Niederlage, die der Verband je erlebt habe, nannte ein Redner den neuen Tarif. Den Gehilfenvertretern wurde zum Vorwurf gemacht, daß manche Änderungen vor dem Zusammentritt des Tarifamts die Buchdrucker in falsche Sicherheit gewiegt habe. Die Zurückweisung verschiedener Anträge einzelner Orte seitens der Gehilfenvertreter mit der Motivierung, die Anträge gingen zu weit, sei direkt unkollegial. Die halbe Stunde Arbeitszeitverlängerung pro Woche sei lächerlich. Nach diesem Tarifabschluß hätten die Buchdrucker das Recht verweigert, als Pioniere der Arbeiterbewegung bezeichnet zu werden. Sämtliche Redner wandten sich energig gegen die Redaktion des „Korrespondent“. Es gelangte sodann folgende Resolution unter härmlichem Beifall zur einstimmigen Annahme:

Nach Würdigung der schriftlichen und mündlichen Berichtserstattung über die Tarifverhandlungen kommt die Gehilfenschaft zu folgenden Entschlüssen: 1. Protestiert sie gegen das reklamehafte Ausposaunen einer 10prozentigen Lohnerhöhung, da diese Erhöhung gerade die älteren und tüchtigsten Gehilfen in vollem Umfang nicht trifft; 2. erklärt sie die Zustände in betreff der Arbeitszeitverlängerung als ungenügend; 3. betrachtet die Gehilfen die Einführung der Akkordarbeit und die Verlängerung der Arbeitszeit an den Schmaschinen für eine unannehmbare Schädigung der Handwerker und geeignet, die Zahl der Arbeitslosen und Kranken in geradezu erschreckender Weise zu steigern; 4. hätte angesichts der raffinierten Schmaschinenanwendung die Lehrlingsflakala in ganz bedeutender Weise reduziert werden müssen; 5. bedauert die Gehilfenschaft angesichts der zahllosen in ihrer Existenz schwer bedrohten Handwerker die definitive Festlegung des neuen Tarifs; sie hätte unter diesen Umständen den Abbruch der Verhandlungen vorgezogen. Die Stuttgarter lehnen jede Verantwortung über die neuen „Verbesserungen“ ab und überlassen sie den Gehilfenvertretern und der durch ihre Schreibweise so „herborragenden“ „Korrespondent“-Redaktion.

Die Maschinenseher Württembergs nahmen in einer Sonderversammlung Stellung zum Tarif. Sie faßten folgende Resolution:

„Die Versammelten sprechen ihre heftige Entrüstung über die Rückwärtsbildung des Maschinenseher Tarifs aus. Sie protestieren aufs nachdrücklichste gegen die tägliche Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde, die Erhöhung der Minimallohnzeit und die Herabsetzung der Grundentlohnung für 10 000 Buchstaben. Die ohnehin große Arbeitslosigkeit wird durch diese Bestimmungen noch erheblich vermehrt. Insbesondere ist die Heranbildung von Streikbrechern durch die protokolllarische Ergänzung des § 40 tariflich sanktioniert und damit bisher bestehende Verbandsgrundsätze preisgegeben und somit das Vertrauen zur Organisation aufs schwerste erschüttert. Ebenso weist die Versammlung die höhnischen Bemerkungen der „Korrespondent“-Redaktion gegenüber der Kollegenschaft im Verbandsorgan als unkollegial entschieden zurück. Da die vermeintlichen Verbesserungen der Allgemeinheit noch lange nicht die Verschlechterungen der Maschinenseher ausgleichen in der Lage sind, so lehnt die Versammlung den neuen Maschinenseher Tarif mit Entrüstung ab.“

Zur Aussperrung der Tabakarbeiter in Westfalen nahm eine kombinierte Versammlung der Tabakarbeiter, der Sortierer und Ristenbelleber in Bremen Stellung. Die Versammlung stimmte nach einem Referat des Vorsitzenden Deichmann und nach einer lebhaften Debatte einer Resolution zu, wonach sich die Tabakarbeiter verpflichten, die Arbeit einzustellen, wenn nicht bald eine zufriedenstellende Einigung zustande kommt. Die Versammelten beauftragten die Vertrauensleute, diese Entschlieung den Inhabern der einzelnen Betriebe mündlich mitzuteilen. Für Bremen und Umgebung kämen 22 Betriebe in Frage.

Beendigung der Lederarbeiteraussperrung in Kirchhain N.-H.

Nach fast dreizehnwöchiger Dauer ist die Aussperrung der Weißgerber in Kirchhain (Niederlausitz) beendet worden. Der Stundenlohn wird für die Arbeiterinnen, Hilfsarbeiter und Weißgerber um einen Pfennig erhöht. Nach 1 1/2 Jahren erhoben sich die Stundenlöhne um einen weiteren Pfennig. Die Zersplitterung der Organisation, die sich die Kirchhainer Unternehmer und wohl noch mehr die treibenden Kräfte im Unternehmerverband so schön ausgemalt hatten, ist natürlich nicht möglich gewesen. Die Kirchhainer Weißgerber haben bis zur letzten Minute im Kampfe ausgehalten und der Lederarbeiterverband hat seine finanziellen und moralischen Verpflichtungen bis zum Ende des Kampfes getreulich erfüllt.

Ausland.

Ein Konflikt in der französischen Buchdruckerorganisation.

Paris, 21. Oktober. (Fig. Ver.) Die so notwendige Festlegung der französischen Gewerkschaftsorganisation will sich immer noch nicht einstellen, vielmehr haben sich gerade in der jüngsten Zeit bedenkliche Unstimmigkeiten kundgegeben. Nach den Eisenbahnern sind es nun die Buchdrucker, die relativ bestgeführte Organisation Frankreichs, deren Aktionskraft durch einen Zwist bedroht wird. Er hat folgende Vorgeschichte: Gemäß dem Beschluß des Pariser Gewerkschafts-Kongresses, der die Verschmelzung der gewerkschaftlichen Organisationen in nationalen Industrieverbänden vorschrieb, hatten die zwei Organisationen, die der „Fédération du Livre“, dem Typographenverband nicht angeschlossen waren und zwar die Korrektorengewerkschaft und der Verband der typographischen Pressen ihren Anschluß beschlossen. Als nun die Drucker ihre Vertreter für das Zentralkomitee der Föderation namhaft machen sollten, hatte sowohl der Vorstand der Drucker wie der Zentralvorstand vier Kandidaten aufgestellt. Das hing mit dem Gegenstand der in beiden Körperschaften herrschenden Tendenzen zusammen. Bei den Druckern hat nämlich der revolutionäre Syndikalismus, im Zentralvorstand der bis zum mütterlichsten Korporalismus getriebene Reformismus, der namentlich durch den Föderationssekretär Reüfer, einen stark spekerischen „Positivist“ der Comteschen Schule repräsentiert wird, die Oberhand. Gewählt wurden nun die Kandidaten des Zentralkomitees, aber durch eine Mehrheit, die nicht aus Druckern, sondern hauptsächlich aus den dem Verband angehörigen Seern bestand. Die Druckerorganisation erhob darauf gegen den Wahlmodus und gegen die Aufstellung von Kandidaten durch den Zentralverband Protest und schloß die vier Gewählten, die gegen den Willen des Gewerkschaftsvorstandes die Kandidatur angenommen hatten, aus. Das Zentralkomitee antwortete auf diesen Schritt mit der Suspendierung der Druckerorganisation bis zum nächsten Verbandskongreß.

Diese Suspendierung bedeutet nun, daß die Gewerkschaft in der Zwischenzeit auch nicht der Arbeitskonföderation angehört, der sie gemäß dem Konföderationsstatut nur auf dem Wege über ihren Industrieverband angeschlossen sein kann. Dieser Umstand erweitert das Gebiet des Konflikts. Zunächst hat der Sekretär des Gewerkschaftsverbandes der Seine, Marie, der Mitglied der suspendierten Gewerkschaft ist, demissioniert mit der Begründung, daß er als nunmehr Nicht-Konföderationsmitglied in seinem Verband der Konföderation keine Funktion bekleiden könne. Der — bekanntlich durchaus revolutionär radikalisierte — Seine-Verband lehnte indes einstimmig die Annahme der Demission ab.

Der Konflikt wird weiter dadurch verschärft, daß die Pariser Sektion der „Fédération du Livre“, die gleichfalls revolutionär-syndikalistisch ist, von früher her in einem überaus gespannten Verhältnis zum Zentralvorstand ist und jetzt die Gelegenheit zu einem Vorstoß gegen diesen benützen will. Sie kündigt ein Protestmeeting aller Pariser Organisationen des Buchdruckerwesens an und ihr Sekretär hat erklärt, daß im Fall, daß das Zentralkomitee eine neue Druckerorganisation konstituieren würde, diese als eine „gelbe“ Organisation angesehen werden würde. — Wie der Zwist beigelegt werden soll, ist bei der zwischen den beiden Richtungen herrschenden Bitterkeit nicht möglich. Jedenfalls wird es dem Zentralvorstand nicht möglich sein, die fünfjährige Frist zwischen den Verbandskongressen diesmal aufrecht zu erhalten.

Letzte Nachrichten.

Die Revolution in China.

Peking, 24. Oktober. (Melb. d. Reut. Bur.) Die Hauptmacht Generals Pintschang steht noch bei Senyang. Pintschang berichtet in einer Vorkchaft an die Regierung in Peking, daß die Revolutionäre 400 Geschütze besäßen, und daß er sich zu einem weiteren Vorrücken nur verstehen könne, wenn er noch weitere Artillerie, Munition und Geld zur Bezahlung der Truppen erhalte.

Die Revolutionären werden offensichtlich von Tag zu Tag härter.

Ähnliche Berichte aus Kanjing, Wuhu und Kiufiang besagen, daß an all diesen Orten die Bevölkerung außerordentlich unruhig ist. Die öffentliche Meinung in Nordchina steht im allgemeinen auf Seiten der Revolutionäre. Sianfu, das als eine Hochburg der Dynastie galt, ist zu den Aufständischen übergegangen. Die Regierung ist bemüht, der Witte Pintschangs um Artillerie und Geld nachzukommen. Ueber Feindseligkeiten liegen weiter keine Berichte vor.

Schwerer Golddiebstahl.

Bern, 24. Oktober. (W. L. B.) An einer Sendung vom Barrergold von London an die Schweizerische Nationalbank in Bern ist unterwegs ein Diebstahl verübt worden. Von den acht Goldkisten enthielt eine bei ihrer Ankunft statt der bestellten drei Goldbarren im Werte von 130 000 Frank wertlos Bleibarren. Die Entwendung ist offenbar sorgfältig vorbereitet worden, da die Verpackung keine Spur von Gewalt zeigt und die Bleibarren für den Diebstahl besonders geeignet zu sein scheinen. Der Diebstahl ist vermutlich in London ausgeführt worden.

Absturz eines französischen Militärliegers.

Paris, 24. Oktober. (R.-E.) Aus Reims wird gemeldet: Heute stürzte der Militärlieger Dubreuil bei einem Versuchsfuge, als er sich etwa 2 Kilometer vom Aerodrom entfernt befand, aus einer Höhe von 10 Metern herab. Ein heftiger Windstoß hatte seinen Apparat erfasst und zu Boden geschleudert. Der Apparat wurde vollständig zerstört. Der Pilot selbst erlitt schwere Verwundungen am Kopfe. In besorgnis-erregendem Zustande wurde er nach der Klinik gebracht.

Mord?

Moers, 24. Oktober. Im benachbarten Walde wurde die Leiche des vor 14 Tagen verstorbenen Vorksehers Schmitz von der Westdeutschen Bank in Dombva aufgefunden. Die Leiche wies einen Kopfschuß auf.

Die Teuerungsdebatte im Reichstage.

100. Sitzung. Dienstag, den 24. Oktober, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundestisch: v. Weichmann Hollweg, Delbrück, Bernuth, v. Schölerer.

Die Besprechung der

Interpellationen über die Teuerung

wird fortgesetzt.

Abg. Fuhrmann (nass.): Bei Erörterung über die Teuerung wollen wir nicht agitatorisch, sondern rein sachlich verfahren. Bei der Dürre des Sommers hatte man große Befürchtungen über den Ausfall der Ernte. Aber trodene Jahre sind meist gute Kornjahre, und das hat sich auch in diesem Jahre bewährt; die Befürchtungen, die im Juni und Juli laut wurden, haben sich nicht bestätigt. Auch der Preisstand des Getreides ist nicht übermäßig, so daß man von Notstandspreisen nicht reden kann. Auch die Viehpreise sind keineswegs übermäßig; beim Schweinefleisch, das 60 Proz. des Fleischkonsums ausmacht, ist der Preis sogar zurückgegangen, da kann man die Erhöhung des Preises für Kalbfleisch mit in den Kauf nehmen.

Beim Brotgetreide und Fleisch befreite ich also das Vorhandensein einer Teuerung. Aber zuzugeben ist sie für Kartoffeln, Butter, Milch, Eier und Gemüse. Ich hätte gewünscht, daß der Reichskanzler über den dadurch verursachten Notstand nicht damit hinweggegangen wäre, daß diese Preissteigerung für die einzelnen Haushaltungen unbedeutend sind, sondern daß er die Wärme des Tones gefunden hätte, wie sie des leitenden Staatsmannes würdig wäre. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Im ganzen sind in den letzten dreißig Jahren die Lebensmittelpreise außerordentlich gestiegen; das ist aber nicht eine Folge der herrschenden Wirtschaftspolitik, denn auch in dem Freihandelsland England zeigt sich dieselbe Bewegung der Lebensmittelpreise. — Ich gebe also eine Teuerung in bezug auf Fleisch und Getreide nicht zu, wohl aber in beschränktem Maße in bezug auf die Futtermittel und auf Kartoffeln, Butter, Milch, Eier, Gemüse, woran die Dürre dieses Sommers schuld ist und die noch verschärft ist durch das Hungersnotgeschrei der Presse, wie der Reichskanzler mit Recht hervorgehoben hat. Auch darin hat der Reichskanzler recht, daß die einzigen, die auf eine gewisse Ermäßigung der Preise, auf eine gewisse Uebereinstimmung zwischen Detail- und Großhandelspreisen hinwirken können, die kommunalen Verwaltungen sind. Allerdings soll man nicht vergessen, daß wir vom Fleischer nicht billiges Fleisch verlangen dürfen, wenn unser steigendes Kulturbedürfnis ihn nötigt, auf eine besonders gute Ausstattung seines Ladens und gute Bedienung zu achten. — Als Mittel der Abhilfe verlangt man die Veseitigung oder Reformierung des Einfuhrschutzes, um die Getreideausfuhr nicht überhand nehmen zu lassen, das Einfuhrschutzesystem hat den Zweck, der Landwirtschaft einen auskömmlichen Preis zu sichern, und daß die Getreideausfuhr dadurch übermäßig gefördert ist, ist eine Behauptung, die den Tatsachen nicht entspricht. Aber eine Beschränkung des Einfuhrschutzesystems in der Weise, daß für die Scheine auf Getreide nur wieder Getreide eingeführt werden darf, würde der Landwirtschaft keine Ersparnis bringen (Zuruf rechts: Aber sehr!) und den Einfuhrschutzesystem das Obdiele nehmen, was sie jetzt an sich tragen.

Durch die Futtermittelnot kann eine Fleischnot in naher Zukunft herbeigeführt werden und demgegenüber ist die Zulassung argentinischen Fleisches vorgeschlagen. Vielleicht wäre zu erwägen, ob die Einfuhr dieses Fleisches unter der Bedingung zu gestatten ist, daß es in Argentinien von deutschen Vorkäufen untersucht wird. Auch eine Herabsetzung der Futtermittelzölle ist verlangt worden; vielleicht wäre zu erwägen, ob den einheimischen Verbrauchern der Joll auf Futtergerste und Mais nicht zurückerstattet werden kann. Unsere jetzige Wirtschaftspolitik muß auf jeden Fall aufrecht erhalten werden.

Der „allmähliche Abbau“ der Zölle, von dem die Freisinnigen jetzt immer sprechen, bedeutet nichts anderes, als daß man dem Hund den Schwanz stückweise abhacken will. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Unsere Wirtschaftspolitik hat sich durchaus bewährt, unter einer reinen Industriepolitik würde unsere häuerliche Bevölkerung schwer leiden. Die deutsche Landwirtschaft deat in viel höherem Grade den einheimischen Fleisch- und Getreidebedarf wie das freihändlerische England. (Hört! hört! rechts.) Ebenso ist die Entwicklung unserer Industrie unter dem Schutzollsystem eine ganz gewaltige gewesen. Die eigene Statistik der Generalkommission beweist ferner, daß die Arbeitslosigkeit in England weit größer ist als in Deutschland. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Angesichts der Lebensmittelpreissteigerung richten wir aber das dringende Ersuchen an den Reichskanzler den mittleren und unteren Beamten Teuerungszulagen zu gewähren, insbesondere die Eingabe des Kartells der Reichs- und Staatsarbeiter und Handwerker zu berücksichtigen und für eine Veseitigung der Altpensionäre zu sorgen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Für den gewerblichen Mittelstand muß der neue Reichstag vor allem sorgen. Gegenüber den immer wiederholten Angriffen der Sozialdemokratie auf die nationalliberalen „Schwarzmaier“ betone ich aber auch ausdrücklich, daß kein Mitglied unserer Fraktion daran denkt, an dem Koalitionsrecht der Arbeiter zu rütteln. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Wir gehen wie gelangt mit dem Reichskanzler in seiner Wirtschaftspolitik. Aber ich muß mich namens meiner Freunde gegen die Zuspitzung seiner gestrigen Rede wenden. Sie ist mit Recht allgemein in der Presse aufgeföhrt worden als eine Wahrede, die

Auffstellung eines Wahlprogramms.

Es ist bekannt, daß meine politischen Freunde auf dem Boden des Schutzes der nationalen Arbeit stehen, aber das ist nur eine Frage neben vielen anderen Fragen, die heute das öffentliche Leben bewegen. (Sehr richtig! links.) Wir werden in den Wahlkampf hineingehen mit einer fest begründeten wirtschaftlichen Ueberzeugung und werden im nächsten Reichstage unseren Mann stehen, wenn es sich darum handelt, die Schutzzölle zu verteidigen. Aber neben der Aufrechterhaltung unserer Wirtschaftspolitik wird es sich beim kommenden Wahlkampfe um einige ideale und politische Fragen handeln, vor allem darum, ob das deutsche Volk auf die Dauer von einer gewissen sozialen Schicht allein regiert werden soll, ob es mitbestimmend regiert werden soll von einer Partei, bei der das religiöse Interesse vorwiegt. (Lachen im Zentrum; Sehr richtig! links.) Und darum, ob in unserer auswärtigen Politik die Nachmittel, die wir zu Wasser und zu Lande unter schweren Opfern geschaffen haben, von der Regierung immer in richtiger Weise angewandt worden sind und angewandt werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Der gefährlichste Feind der Schutzpolitik ist die Politik des Bundes der Landwirte und der Konservativen. (Sehr wahr! links.)

Wenn die Forderungen des Bundes der Landwirte 1902 durchgegangen wären, so hätten wir heute unter einer solchen Teuerung zu leiden, daß wahrscheinlich das ganze Schutzsystem unter der Empörung der Massen hinweggeföhrt worden wäre. (Sehr wahr! links.) Wenn bei den kommenden Wahlen ein

Radikalismus ohne gleichen

zu beobachten sein wird und wenn die Folge sein wird, eine Zusammenlegung des Reichstages, von der nach Ihrer Meinung unsere Wirtschaftspolitik gefährdet wird, dann mögen Sie (nach rechts) gefälligst an Ihre eigene Brust schlagen und sagen: moa culpa, moa maxima culpa (ich habe die größte Schuld daran). Bei den kommenden Wahlen handelt es sich nicht um Freihandel oder Schutzzoll, sondern es geht um die Frage der gesamten inneren Politik, über die das deutsche Volk sein Urteil abgeben wird. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. Dr. Goeffel (sp.): Die Frage der Lebensmittelpreissteigerung ist von der Presse zu einer Parteihege ausgenutzt worden. (Sehr richtig! rechts.) Auf die Teuerung selbst konnte diese Aktion natürlich nicht günstig einwirken. Unsere Schutzpolitik ist an der Teuerung nicht schuld. Den viel angegriffenen Einfuhrschutzesystem haben wir die Steigerung der Getreideproduktion im Osten zu verdanken. (Sehr richtig! rechts.) Mit Recht hat der Reichskanzler gestern auf die ernste Pflicht der Landwirtschaft hingewiesen, das Land mit Getreide zu versorgen. Von der Frage der Teuerung ist gar nicht zu trennen die Frage der Deutenot; die Löhne auf dem Lande sind in den letzten 20 Jahren auf das Doppelte gestiegen, da kann der Landwirt natürlich auch nicht die Produkte so billig abgeben wie früher. Dazu kommt, daß auch der Fleischkonsum in den letzten 20 Jahren gemaßigt gestiegen ist. Durch die steigende Wohlhabenheit der Bevölkerung ist der Verbrauch an allen Lebensmitteln gestiegen und damit wuchsen die Preise. Man darf auch nicht übersehen, daß die Bevölkerung sich mehr und mehr der Landwirtschaft entfremdet und der Industrie zugewandt hat. — Eine Herabdrückung der Preise wird nicht möglich sein, denn was können wir tun gegen Naturereignisse, wie Dürre und Ueberflutungen, und was können wir tun gegen die Deutenot! Neben den hohen Preisen haben wir auch einen weit größeren Arbeitsmarkt, das soll man doch auch nicht vergessen. Einen Gegensatz zwischen Groß- und Kleingrundbesitzern zu konstruieren, ist verfehlt; die Viehzucht ist zum größten Teil in den Händen der Kleinbauern. Im Süden haben wir keine Großgrundbesitzer, und doch halten auch unsere Bauern an den Jollen und Grenzsperrern fest. Herr Scheidemann spielte sich gestern als Protektor der kleinen Bauern auf. Sonst klingt es anders aus den Reihen der Sozialdemokratie, da ist von der häuerlichen Rückständigkeit, der dummbohrigen Dummheit der ländlichen Bevölkerung die Rede. Daher werden die entgegenkommenden Versicherungen des Herrn Scheidemann nicht verlangen bei den Bauern, sie wissen, daß sie mit der Veseitigung der Jolle und Grenzsperrern den Akt abgeben würden, auf dem sie sitzen. Unsere Wirtschaftspolitik ist das Festhalten an ihr ist notwendig im Interesse der Allgemeinheit. (Bravo! rechts.)

Preussischer Landwirtschaftsminister von Schorlemer: Herr Scheidemann sprach gestern nicht nur von der Teuerung, sondern vom Hungersnot. Gegenüber dieser Art zu sprechen ist es schwer, die Wärme des Tones zu finden, die hier bei der Regierung vermehrt wurde. Was ist denn geschehen? Infolge der Dürre des Sommers ist ein großer Mangel an Futtermitteln eingetreten. Im übrigen aber ist das schließliche Ernteresultat nicht schlecht, namentlich sieht es sich bei den Kartoffeln als besser heraus, als man anfangs annahm. Gerade bei den Kartoffelpreisen zeigt sich der läbliche Einfluß des Geschäftes, das in der Presse über den bevorstehenden Mangel erhoben wurde. Das hat den Handel veranlaßt, sofort höhere Preise zu verlangen. (Sehr richtig! rechts.) In Berlin kostete im Kleinhandel der Zentner Kartoffeln 8 und sogar 12 M., während sie in Pommern nicht einmal für 2,60 M. zu verkaufen waren. (Hört! hört! rechts.)

Die Gemüsernte war schlecht, aber in ganz Europa, und dem können wir nicht abhelfen. Jetzt hat der Ackerbau bessere Aussichten, und dauernder Nachteil für die Winterbestellung ist von der außerordentlichen Dürre des Sommers nicht zu befürchten. Trotzdem hat die preussische Regierung dem Mangel an Futtermitteln abzuhelfen gesucht durch Frachtermäßigung. Aber auch diese kommen vielfach nicht der Landwirtschaft, sondern dem Handel zugute, und das ist sehr bedauerlich. (Zustimmung rechts.)

Die Aufhebung der Zölle auf Futtermittel, die auch verlangt wird, würde wirkungslos bleiben, denn die Waidernte ist überall knapp gewesen, und der Joll auf Futtergerste ist so gering, nur 1,20 M., daß er der Einfuhr an Futtergerste gar keinen Abbruch tut. (Zustimmung rechts, Widerspruch links.) Die Veseitigung der Ausnahmetarife, die ebenfalls verlangt wird, wäre ganz wirkungslos, da zu diesen Tarifen nur geringe Mengen befördert werden. Die Preise für Weizen sind hoch, das gebe ich zu; aber sie sind nicht so hoch, wie 1907 und 1909, wo man von Hungersnotpreisen nicht sprach. — Ueber das System der Einfuhrscheine wird sehr viel von Leuten geredet, die nichts davon verstehen. (Lebhaftes Zustimmung rechts, Unruhe links.) Ich erinnere daran, daß es keine Einfuhr freisinnigen Anträgen bedankt. (Hört! hört! rechts.)

Je mehr Getreide übrigens nach dem Ausland exportiert wird, desto mehr sinkt auch der Weltmarktpreis. Das wirkt schon allein einer zu starken Ausfuhr entgegen. (Sehr richtig! rechts.) Unserer Roggenausfuhr steht auch ein erhebliches Mehr an Weizeneinfuhr gegenüber. Von einer Entlohnung des deutschen Marktes von Getreide kann keine Rede sein. (Sehr richtig! rechts.) Die Weizeneinfuhr von Weizen ist noch zurückzuführen auf den steigenden Konsum von Weißbrot mit steigendem Wohlstand.

Auch den Dienstboten kann man heute nicht mehr Roggenbrot anbieten.

(Lachen links.) Eine vermehrte Roggenzufuhr würde also dem Geschmac der Bevölkerung nicht entsprechen. Eine Aenderung des Systems der Einfuhrscheine würde Handel und Schifffahrt unermeßlichen Schaden zufügen. Das beweist das Eintreten der Handelskammern von Königsberg und Danzig für die Einfuhrscheine. (Hört! hört! rechts.) Nur für Petroleum und Kaffee könnten die Einfuhrscheine beseitigt werden. Also dieser Veseitigung könnte näher getreten werden, aber das sage ich unter dem Vorbehalt, daß es wahrscheinlich gar nichts helfen wird. (Weiterkeit.) Daß das Geschäft über Miferate und Teuerung erheblich übertriebt, hat auch der bekannte nationalliberale Stadtdirektor Dramm-Dannover zugegeben. Er sagt mit Recht, daß mit Rücksicht auf die Wahlen das Volk in eine Teuerungshinrichtung hineingeredet worden sei. (Sehr richtig! rechts, Lachen links.) Der Rückgang des Fleischkonsums pro Kopf ist nur sehr gering. Der Schweineauftrieb ist gestiegen und die Schweinepreise entsprechend zurückgegangen. Das kommt gerade der ärmeren Bevölkerung zugute und spricht gegen die Behauptung, daß der Hungertod durch das Land gehe (Weiterkeit rechts) und die arme Bevölkerung kein Stück Fleisch zu sehen bekomme. Mit meiner Anregung an die Städte, ob nicht der Verkauf von Schweinefleisch direkt an die arme Bevölkerung erfolgen könne, habe ich mich in ein Weipennet geföhrt. (Weiterkeit.) Es ist daraufhin eine sehr energische Eingabe des Deutschen Fleischverbandes erfolgt und vor allem habe ich es mit dem Berliner Fleischmeister vollständig versöhnt. (Weiterkeit.) Man hat mir agrarischen Liebesdienst vorgeworfen. (Abg. Fleischmeister Robert Sp.): Sehr richtig! — Große Weiterkeit rechts.) So ganz unbedeutend wie die Herren Fleischmeister sich in ihrer Eingabe hinstellen, sind sie aber doch nicht. In Paderborn z. B. hat die Fleischreinigung

ihren sämtlichen Mitgliedern vorgeschrieben, unter einem bestimmten Preise nicht zu verkaufen und das soll bei vielen Metzgerinnungen der Fall sein. (Hört! hört!) Man sagt, das tue man zur Bekämpfung der Schleuderkonkurrenz, auf der anderen Seite aber behauptet man, die Konkurrenz werde schon dafür, daß nicht zu hohe Preise genommen würden. Ich hatte daher alle Ursache, die Herren Fleischmeister auf ihre öffentlich-rechtliche Verpflichtung hinzuweisen, in dieser Zeit der Notlage gerade das Fleisch des armen Mannes nicht einer besonderen und ungerechten Preissteigerung auszuliefern. (Sehr richtig! rechts.) Mögen sie doch bei dem Dajen- und Kalbfleisch, das die besseren Kreise konsumieren, den Ausschlag machen. Was ich durch meine Anregung an die Städte herbeiführen wollte, war ein Preisregulator für den Verkauf von Lebensmitteln und das hoffe ich zu erreichen. (Bravo! rechts.)

Abg. Boigt-Trailshelm (wirtsch. Vg., auf der Tribüne fast unverständlich) wendet sich entschieden gegen Veseitigungen an der Schutzpolitik und gegen die Zulassung argentinischen Fleisches. Das Wachsenfleisch sei minderwertig. Der Zwischenhandel trage die Hauptschuld. Die Hauptlast sei die Stärkung der Landwirtschaft, damit sie den inländischen Fleischbedarf decken könne. Mit der vom Abg. Fuhrmann vorgeschlagenen Rückerstattung des Jolles auf Mais und Futtergerste an die Verbraucher scheint sich Medner einverstanden zu erklären. (Bravo! rechts.)

Abg. Hilpert (bayer. Bauernb., bei der Unruhe des Hauses zunächst ebenfalls sehr schwer verständlich) schließt sich den Ausführungen des Vorredners im wesentlichen an. Wenn man auch wirklich das argentinische Fleisch unter den nötigen Vorsichtsmaßnahmen ins Land lasse, so würde das Publikum es doch bald satt bekommen. An den hohen Kartoffelpreisen sei das Teuerungsgeschrei schuld. Am bewährten System des Schutzes der nationalen Arbeit müsse festgehalten werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Heim (B., vielfache Mal-Aufe): Unbedrückt muß, wie das auch Abg. Fuhrmann getan hat, in bezug auf einige Gegenstände die Teuerung zugestanden werden. Namentlich gilt das auch für die wichtigen Kartoffeln. Was die Fleischpreise betrifft, so haben wir zurzeit mittlere Fleischpreise; aber es ist nicht zu leugnen, daß die Fleischpreise sich im allgemeinen nach oben bewegen. (Hört! hört! links. Zurufe: Lauter!) Das kommt noch! (Große Weiterkeit.) Die Milchpreise sind fast Jahrzehnte hindurch nur deshalb stabil geblieben, weil die Landwirtschaft nicht rechnen konnte. (Lebhaftes Zustimmung rechts.)

Was sind nun die Gründe der jetzigen Teuerung? Einmal hängt sie zusammen mit dem allgemeinen Teuerwerden des Lebens, die wieder mit dem wachsenden Wohlstand zusammenhängt. Und nun die gegenwärtige Ernte. Ueber sie haben wir die widersprechendsten Urteile gehört. Was die Heuernte betrifft, so ist der zweite Schnitt gewiß völlig miferat, aber der erste Schnitt ist sehr gut ausgefallen. In früheren Jahren hätte er genügt, um den Ausfall des zweiten Schnitts zu decken. Aber die Viehproduktion ist in den letzten Jahren so gestiegen, daß der Ausfall sich fühlbar machte. (Zuruf des Abgeordneten Hegger.) Ich spreche nicht vom augenblicklichen Stand der Viehproduktion, sondern von ihrem allgemeinen Steigen. Das sollten Sie, Kollege Hegger, doch verstehen. Oder muß ich diesen Unterschied noch einem Ratte besonders klar machen, der ein praktischer Landwirt sein will? (Weiterkeit und Sehr gut! rechts und im Zentrum.)

Die allgemeine Preissteigerung macht sich überall geltend, auch bei Produkten, die doch nicht von der deutschen Landwirtschaft herbeigekommen werden, z. B. beim Kaffee. Sind daran auch die bösen Agrarier schuld oder nicht vielmehr die Kreise, die der Linken entschieden näher stehen als dem schwarz-blauen Block? (Sehr gut! im Zentrum und rechts.) Vielleicht richtet Herr Deier einmal Ermahnungen an diese Adresse. (Weiterkeit und Zurufe rechts.) Entsprechend dem gehobenen Kulturzustand sind die Lebensmittelpreise überall gestiegen; interessant ist, daß in Japan der Handelsminister deshalb den Terminhandel mit Reis verboten hat. (Hört! hört! rechts.)

Bei den Futtermitteln lagte der Reichskanzler gestern, es werden ja nur 7 Proz. eingeführt, da hat der Joll also nichts zu bedeuten. Die 7 Prozent würden aber wahrscheinlich steigen, wenn der Joll aufgehoben würde. Von einer Teuerung muß man auch sprechen bei allen Bedarfsartikeln der Landwirtschaft. In den letzten zehn Jahren haben alle Handelsfuttermittel erhebliche Preissteigerungen erfahren, worunter der Produzent und der Konsument zu leiden haben.

Im „Vorwärts“ spricht man immer kurzweg von Zollwucherpolitik. Aber in der sozialistischen Literatur, die nicht von der Waffe gelesen werden, begnügt man sich mit solchen agitatorischen Redewendungen nicht. In den „Sozialistischen Monatsheften“ wird ohne weiteres zugegeben, daß die Agrarzölle nicht preissteigernd gewirkt haben. Eine Teuerung gebe ich nur zu für Gemüse und in erster Linie für Kolonialwaren; daran aber ist weder der schwarzblaue Block noch der Joll schuld. An der Teuerung der Futtermittel kann ich nicht so leicht den Hergens vorbeigehen wie der Reichskanzler. Sie wird ihre Einwirkung auf unsern Wohlstand im Winter und Frühjahr zeigen. Wir sollten alljährlich Viehzählungen veranstalten und zwar von Reich wegen, um stets eine genaue Kontrolle über die Fleischversorgung unserer Bevölkerung zu haben. Interessant ist übrigens, daß der Karlsruher „Volksfreund“ einen Rückgang aller Fleischpreise von 1910 auf 1911 feststellt.

Ich will mir nicht alle Vorwürfe gegen die Fleischmeister zu eigen machen, aber Tatsache ist, daß seit 13 Jahren eine dreifache Steigerung der Spannung zwischen Einkaufs- und Verkaufspreisen zu verzeichnen ist. Das ist etwas nicht in Ordnung ist, beweist der große Unterschied der Spannung in ganz nahe gelegenen Orten. Zum Teil beträgt die Steigerung der Spannung bis 50 Proz. Auch der „Vorwärts“ schreibt: „Hier muß nach dem Rechten gesehen werden“. Daß die Preise im Ausland auch sehr hoch sind, ist für mich kein Trost. Darum hat aber die Deckung der Grenzen keinen Sinn. (Sehr richtig! rechts.) Auch in der Einführung von amerikanischem Wachsenfleisch liegt kein Trost, denn die Viehhaltung geht in Amerika ständig zurück und das argentinische Fleisch wird bald in Amerika selbst gebraucht werden. Ich verahre mich überhaupt dagegen, daß das Fleisch in seinem Ernährungswert überhäuft wird. Sonst müßten wir viel gefunder sein als die Franzosen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Größere Sterblichkeit!) Das hängt mit dem Abtunghemut zusammen.

Kun zu den Vorschlägen der Abhilfe. Am radikalsten ist die äußerste Linke. Sie sagt: weg mit allen Jollen. Herr Deier macht das auf Abbau. (Weiterkeit.) Wenigstens vor den Wahlen. Schließlich sind die Bauern auch noch da als Wähler, und das ist so eine Art Feuerversicherung. (Weiterkeit.) Die Deckung der Grenzen ist nicht möglich wegen der Seuchengefahr. Da stehen zu große Werte in Frage. Der Reichskanzler hat alle Vorschläge abgelehnt. Aber in der Starrheit liegt nicht immer die Klugheit. Das starre Festhalten an dem jetzigen System ohne jede Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse ist die größte Gefahr. Für mich ist die ganze Frage eine Zweckmäßigkeitsfrage. Es kann wohl einmal ein Zeitpunkt kommen, wo wir die ganze Frage des Zollschutzes im Abbau be-

Handeln können. Ein allzu frühes Abbauen oder wäre ein Zusammenreißen. Die Vorschläge, die ich Ihnen im Namen der großen Mehrheit meiner Freunde zu machen habe, nehmen keinen Stein aus dem System, für dessen Nichtigkeit wir eintreten, denn es handelt sich dabei nur um vorübergehende Maßnahmen. Da kommt zunächst in Betracht die vorübergehende Aufhebung der Futtermittelzölle. Der Reichstagler übertrifft, wenn er sich dagegen wendet, daß seit 1902 sich die Verhältnisse verschoben haben, daß wir jetzt sieben Millionen Menschen mehr zu ernähren haben. Ob das argentinische Fleisch besser oder schlechter ist, darauf gehe ich nicht ein. Wenn es Bevölkerungsstadien gibt, die sich Fleisch für 60 Pf. kaufen können, für 90 Pf. aber nicht, so muß das möglich gemacht werden. (Sehr richtig! links.) Darin sind alle meine Parteifreunde einig. Das Fleischbeischaugesetz muß deswegen alsbald entsprechend geändert werden, so daß die Einfuhr von argentinischem Fleisch möglich wird, doch nur unter der Voraussetzung, daß unsere benannten Bezirke das argentinische Fleisch an Ort und Stelle unterziehen; die argentinische Regierung wird dagegen nichts einzuwenden haben. Ferner aber muß dafür gesorgt werden, daß die billigen Fleischpreise auch denen zugute kommen, die in Not sind, und nicht dem Zwischenhandel, und deshalb müßten die Kommunen eine Garantie dafür übernehmen, daß dieses Fleisch auch als billiges argentinisches Fleisch zum Verkauf käme; dafür könnte man ihnen ein Kontingent an argentinischem Fleisch zuweisen. Freilich, dauernd kann nur die heimische Landwirtschaft unsere Bevölkerung mit Fleisch versorgen und daraus entspringt die Forderung der Suspendierung oder Aufhebung der Futtermittelzölle resp. der Rückvergütung dieser Zölle. Wenn man auf das Loch in der Reichsliste verweist, das dadurch entsteht, so sage ich, es sollten doch Schugzölle sein, Zölle zum Schutze der Landwirtschaft. (Lebhafte Zustimmung links.) Sie sehen, Weisfall habe ich nicht nur auf der rechten Seite. (Zuruf links: Aber nicht in der Mitte!) Meine Freunde sind bis jetzt, die lassen mir ihren Weisfall privatim zukommen. (Große Heiterkeit.)

Womit soll bei den teuren Handelsfuttermitteln, z. B. Kartoffeln, der Bauer sein Vieh füttern? Mit Erbsen? (Große Heiterkeit und sehr gut! links.) Unter diesen Umständen wäre die zeitliche Erleichterung der Einfuhr von Futtergerste angebracht und zwar besser in der Form der Rückvergütung des Holzes, weil der dem Verbraucher ganz zugute kommt. Doch muß dafür gesorgt werden, daß es sich wirklich um Futtergerste handelt, sonst liegt die Gefahr vor, daß die Gerste in andere Ragen kommt als in die der Schweine. (Heiterkeit.) Der Hansabund hat eine Herabsetzung des Holzes auf Heu verlangt. (Heiterkeit rechts.) Diesem Wunsche kann selbst die Reichsregierung nicht nachkommen, denn wir haben wohl einen Tarifzoll, aber keinen Vertragszoll auf Heu.

Was die Einfuhrscheine anlangt, so hat schon Herr Spahn gesagt, daß sie für Petroleum aufgehoben werden können. Das macht 20 Millionen Mark aus. Noch ein paar Worte zu den kleinen Mitteln. Ob die Frachtermäßigung dem Handel zugute kommt und nicht der Landwirtschaft, läßt sich nicht so ohne weiteres aus den Abschläffen erkennen, wie der Landwirtschaftsminister meint. Auf dem Kartoffel- und Kraftfuttermittelmarkt spielen wir bereits eine Erleichterung. Ich wünsche daher, daß die Frachtermäßigung eine dauernde wird. Auch die Kommunen können dazu beitragen, daß die billigen Nahrungsmittel auch billig an den Mann kommen. Man klagt über die hohen Mieten der Metzgerläden. Mögen doch die Kommunen Metzgerläden zu billigen Preisen einrichten; dann schalten sie auch den Mittelstand nicht aus. Ferner sollen Staat und Gemeinde bei Vergabung von Fleischlieferungen für öffentliche Anstalten nicht bloß an sich denken, sondern auch an die Allgemeinheit. Aber all das sind nur vorübergehende Mittel, dauernd kann für die Fleischversorgung nur gesorgt werden durch die richtige Verteilung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Lotterien bilden sich bei uns wieder neu, die großen Kapitalisten, die Industriefürsorge kaufen sich an und legen Bauern; sie haben dabei den jagdlichen Gedanken im Auge und räumen mit dem Viehbestand auf, aber auch mit den Menschen, die davon ihr Brot haben. Eine Steigerung der Bodenpreise infolge der Zollpolitik ist keineswegs allgemein zu konstatieren; die Bodenpreise steigen nur, wo Liebhaberpreise gezahlt werden oder wo gute Gelegenheiten gegeben sind, den Grundbesitz zu zertrümmern. Dagegen ist die Bindung des Grundbesitzes das beste Mittel. Weg mit dem Fideikommiss! (Zustimmung links); aber her mit Bauernfideikommissen! Was sagen Sie nun? (Große Heiterkeit.) Bauernfideikommiss bis zu 50 Hektar, was darüber ist, weg! (Zuruf links: Eine Verringerung wäre das schon!) Na, vorhin rodelte man in Ihren vorderen Reihen bedenklich mit den Köpfen. (Heiterkeit.)

Die kleinen Bauern halten prozentual bei weitem mehr Vieh als die Großgrundbesitzer. (Sehr richtig! links.) Die Kapitalisierung der Landwirtschaft wird aber von den Herrn Decker nachstehenden Stellen weit mehr gefördert als von uns (Sehr richtig! rechts), z. B. von Herren, die als Finanzautoritäten im Herrenhaufe Minister abstrumpfen. (Heiterkeit.) Aus all dem folgt für jeden Staatsmann — und unsere Regierung besteht doch aus Staatsmännern — (Heiterkeit), daß der

Neubildung von Bauerngrund

die allgrößte Beachtung geschenkt werden muß. Nur der Schutz zollpolitisch ist die verhältnismäßig günstige Besitzverteilung bei uns zu verdanken; nur sie hat bewirkt, daß unsere Landwirtschaft den an sie gestellten Anforderungen gerecht werden konnte, und jedes Eingreifen gegen diese Politik würde hier zerstörend wirken. Die Prophezeiungen des Herrn Göttsch über die üblen Folgen unserer Wirtschaftspolitik haben sich nicht erfüllt.

Die Lebensmittelpreise sind keineswegs in höherem Maße gestiegen als die Löhne, sondern umgekehrt.

(Widerspruch links.) Ich berufe mich dafür auch auf den Kollegen Legien. Wo Arbeitssucht, Handel und Industrie und unser Bauernstand befinden sich in der Aufwärtsbewegung. Man sagt nun, dieser Auftrieb ist trotz der Zollpolitik gekommen. Nun, niemand weiß, welche Entwicklung die Dinge genommen hätten, wenn wir Freihandel gehabt hätten. Sie (nach links) aber müssen beweisen, warum trotz Ihrer gegenteiligen Prophezeiungen die Entwicklung vorwärts gegangen ist.

Herr Fuhrmann sagt nun, die Zollpolitik ist nicht die Wahlparole, sondern es gilt, einer kleinen herrschenden Klasse und einer religiösen Partei den Rücken zu brechen. Dabei geht er mit einem Salto mortale darüber hinweg, daß der neue Reichstag über den Fortbestand der Zollpolitik zu entscheiden hat. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Industrie und Landwirtschaft sind aufeinander angewiesen. Das verschaffen die Herren, wenn es ihnen nicht in den Kram paßt. (Lebhafte Weisfall im Zentrum.)

Reichsfinanzsekretär Wermuth wendet sich gegen den Gedanken einer zeitweisen Suspendierung der Futtergerstenzölle. Die Rückvergütung des Holzes sei praktisch einfach unausführbar. Es gibt gar keine juristische Möglichkeit, die Bestimmungen über eine solche Rückvergütung so zu fassen, daß sie dem Produzenten zugute kommen und nicht den Händlern. Außerdem würde die Durchsührung der heimischen Vorschläge den so glücklich fortgeschrittenen Gesundungsprozesse der Reichsfinanzen schaden. Vollends die Ausnahme der sozialdemokratischen Vorschläge würde den Ruin der Reichsfinanzen bedeuten. (Wort! hört! rechts.) Ich verhehe übrigens das Vorgehen derjenigen, die überhaupt gegen den Fortschritt der Landwirtschaft sind; aber die Anhänger dieses Zollschutzes kann ich nur warnen, diesen Weg zu betreten. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch, 1 Uhr, vertagt. (Vorher Rechnungsjahren.)

Schluß 7 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Das Hilfsklassengesetz in der Kommission.

In der Sitzung am Dienstag wurde die erste Beratung des Hilfsklassengesetzes zu Ende geführt. Nach einem Antrag des Grafen v. Westarp wurden gewisse allgemeine Bestimmungen des Gesetzes über den Versicherungsvertrag auf die jetzigen Hilfsklassen ausgedehnt. Dann entspann sich eine sehr ausgedehnte Debatte über die Auslegung des Absatz 2 des § 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes. Nach dieser Bestimmung unterstehen solche Versicherungsvereine nicht der Aufsicht des Aufsichtsamtes, welche den Versicherten keinen Rechtsanspruch auf die Leistungen der Versicherung gewähren. Das Bestreben der Kommission ging dahin, die Versicherungsvereine der Gewerkschaften so sicher zu stellen, daß nach der angeführten Bestimmung die Aufsicht des Aufsichtsamtes bei ihnen ausgeschlossen ist. Gegenwärtig ist die Rechtsprechung auch in diesem Sinne gehalten. Die Sozialdemokraten hatten aber die Befürchtung ausgesprochen, daß eine Veränderung in der Gesetzgebung eintreten könnte. Um diese zu verhindern, hatten die Sozialdemokraten einen Antrag gestellt, daß als Versicherungsunternehmungen im Sinne des Versicherungsaufsichtsgesetzes Berufsvereine, Gewerkschaften, Gewerksvereine, Gesellenvereine und ähnliche Personenvereinigungen nicht anzusehen sind, die ihren Mitgliedern gegen Zahlung von Beiträgen Zuschüsse zu den gesetzlichen Krankengeldern und Invalidentagen oder Witwen- und Waisenunterstützungen oder Sterbegelder usw. gewähren, sofern die Rechtsverhältnisse für die Mitglieder untereinander sich lediglich nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Gesellschaftsvertrag bestimmen. Das Zentrum hatte anerkannt, daß eine Sicherung der Gewerkschaften gegen die Unterstellung unter die Aufsicht des Aufsichtsamtes notwendig sei. Der sozialdemokratische Antrag ging ihnen aber zu weit und deshalb brachten sie einen neuen Antrag ein, der im wesentlichen die Bestimmung des § 1 Absatz 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes wiederholt und etwas genauer sagt. Aus der Debatte erhob sich aber, daß auch ihr Antrag nicht unbedingte Sicherheit gewährt, sie begnügten sich damit, daß sowohl von den Regierungsvertretern als auch von sämtlichen Mitgliedern der Kommission ausdrücklich das Einverständnis mit der jetzigen Auslegung des § 1 Absatz 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes erklärt wurde, und zogen ihren Antrag zurück. Der sozialdemokratische Antrag wurde von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Schließlich brachten die Zentrumsabgeordneten die Beschwerde vor, daß einzelne freie Hilfsklassen mit dem Plane umgehen, sich aufzulösen und ihre Mittel an die freien Gewerkschaften abzugeben. Um dieses zu verhindern, stellten sie folgenden Antrag: Die hier in Betracht kommenden Versicherungsunternehmungen haben bei Vereinigung mit anderen Versicherungsunternehmungen auf Antrag den Mitgliedern ihren Vermögensanteil nach der Höhe der insgesamt gezahlten Beiträge anzuzahlen. Dieser Antrag kann auch innerhalb eines Monats nach der Vereinigung oder nach dem Tode, an dem die Mitteilung über die erfolgte Vereinigung sachgemäß den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht ist, gestellt werden. Bei Auflösung ist nach Verichtigung der Verbindlichkeiten das verbleibende Vermögen des Vereins an die zur Zeit der Auflösung vorhanden gewesenen Mitglieder nach der Höhe der insgesamt gezahlten Beiträge zu verteilen. Die Zahlung kann bestimmen, daß das verbleibende Vermögen einem oder mehreren rechtsgültigen Versicherungsorgane, oder einer öffentlichen rechtlichen Körperschaft für die Pflege der Armen-, Kranken- oder Geringfügigen-Pflege zu überweisen ist. Die Sozialdemokraten wiesen nach, daß mit der Bestimmung über die Vereinigung mit anderen Versicherungsunternehmungen die alten Klassenmitglieder aufs schwerste geschädigt werden, weil sie, wenn ihre bisherige Kasse nicht mehr leistungsfähig ist, von keiner anderen Kasse übernommen würden, und daß bei Auflösung einer Kasse die Verteilung des Vermögens nach der Höhe der Beiträge in vielen Fällen ungerecht sein wird. Die Verteidiger des Antrages konnten diese Einwendungen nicht widerlegen, erklärten sich aber auch für unschlüssig, den Antrag so zu gestalten, daß er den von ihnen beabsichtigten Zweck erreicht, ohne die alten Mitglieder zu schädigen. Der Antrag wurde darauf trotz seiner schweren Mängel von dem Zentrum, den Konservativen, den Antisemiten und einem Teil der Nationalliberalen angenommen.

Zur englischen Einigungsaktion.

London, 21. Oktober 1911.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns: Die Zeitschrift des Genossen Sacke über die sozialistische Einigungsaktion in England, die gestern im „Vorwärts“ erschien, enthält zwar nichts wesentlich Neues, aber die Art und Weise, in der er die S. D. P. als Präpöster behandelt, der für alle Sünden und Verbrechen der sozialistischen Bewegung in diesem Lande verantwortlich gemacht werden muß, erheben einige Worte der Erwidmung. Auch machen es die Ausführungen des Genossen Sacke unumgänglich notwendig, einige Punkte zu erwähnen, die er augenscheinlich übersehen, die aber zum Verständnis der ganzen Frage von wesentlicher Bedeutung sind.

Zuerst zu seinen Entrüstungsdrufen über die „unwürdige“ Handlungsweise der S. D. P., die unter dem Vorwande einer Einigungsaktion den Versuch unternahm, die J. L. P. zu sprengen. Es scheint, als ob Sacke so ziemlich der einzige ist, der diese Entrüstung empfindet; bei der J. L. P. ist jedenfalls nichts davon zu spüren. Es blieb einem Korrespondenten der deutschen Parteipresse vorbehalten, sechs Monate, nachdem die S. D. P. auf ihrer Jahreskonferenz eine neue sozialistische Einigungsaktion öffentlich beschloffen, die machtwortlichen Triebfedern dieses Komplotts aufzudecken. Daß die S. D. P. laut ihrem Parteitagbeschlusse nicht allein die Vorstände, sondern auch alle Ortsgruppen der verschiedenen sozialistischen Vereinigungen und Parteien eingeladen hat, an der Einigungskonferenz teilzunehmen, das ist ihr großes Verbrechen. Genosse Sacke muß zugeben, daß die J. L. P. gegen dieses Vorgehen keinen Protest erhoben hat, aber er vermutet, daß die J. L. P. ihren Kerger heruntergeschluckt hat, um ihre „große Toleranz“ an den Tag zu legen oder auch den Schein zu verdecken, „als wiesse sie an der Loyalität ihrer Ortsgruppen.“ Er tut gut, an dieser unbegründeten Vermutung festzuhalten, denn mit ihr steht und fällt die „schwere Anklage“ gegen die S. D. P.

Was hat nun die J. L. P. wirklich zu der Einigungsaktion gesagt? Genosse Sacke hätte diesen Kommentar der internationalen Bewegung, der er seine sonderbaren Anschauungen als die Schilderung der „wirklichen Sachlage“ anpreist, nicht vorenthalten dürfen.

Im „Labour Leader“ vom 6. Oktober widmet die Redaktion dieser Frage zwei lange Spalten. Zuerst macht sie sich über die revolutionären (radikalen) Sozialisten im allgemeinen lustig. Dann folgt ein Angriff auf die S. D. P. und den Genossen Craxion, der schon längst die J. L. P. verlassen und die Sache der sozialistischen Einigung besonders kräftig befürwortet hat. Der Kern der Ausführungen besteht jedoch in dem Versuch, zu beweisen, daß die sozialistische Einigung in Großbritannien unmöglich sei. Es heißt dort, daß diejenigen, die sich nach der Einigung schenken, Idealisten seien, die die Hindernisse nicht sehen, die im Wege ständen. Sie sagten sich: „Wir sind alle Sozialisten, weshalb sollten wir uns nicht vereinigen?“ In gleicher Weise könnte auch ein religiöser Euharist fragen: „Weshalb sollten sich nicht alle Kirchen, die den Namen Christi tragen, zu einer Körperschaft zusammenkommen?“ Die Antwort lautet: „Weil dies nicht sein würde, so lange sie in ihren Anschauungen und Methoden von einander abweichen.“ Ein ähnliches Hindernis siehe im Wege der sozialistischen Einigung. Anschauung und Methode der revolutionären Sozialisten seien von denen der „konstruktiven“ Sozialisten verschieden. Dem ersten komme es nur darauf an, seine Schlagwörter und seine Doktrin in die Welt hinauszuschleppen, der andere trachte danach, etwas Praktisches zu leisten. Ehe man an eine Einigung denken könne, müßten sich beide Teile zu derselben Anschauung und

derselben Methode bekennen. Würde man die beiden Schulen des Sozialismus in einer Organisation vereinigen, so müßte es unbedingt zu Zusammenstößen kommen. Die „konstruktiven“ Sozialisten könnten sich ihre Arbeit nicht stören lassen. Dann heißt es weiter:

„Aber“ wird man einwenden, „wie sieht es dann mit der deutschen sozialistischen Partei? Dort findet man Radikale (Revolutionäre) und Revisionisten alle in einem Lager. Sicherlich, und warum? Nur weil sie durch die gemeinsame Unterdrückung und die Notwendigkeit, gegen eine gemeinsame Gefahr zu kämpfen, zusammengehalten werden. Unter den herrschenden Umständen sind eine starke Disziplin und eine gemeinsame Organisation für ihre Existenz selbst wesentlich. Und dennoch, trotz der Gefahr der Spaltung bieten ihre Parteitage beständig das Schauspiel von Fortkämpfen zwischen den beiden Flügeln der Partei; und in den süddeutschen Staaten sind die Revisionisten gezwungen worden, die Parteischlagwörter von sich zu weisen und von den überlieferten Methoden der Partei abzuweichen, um etwas Praktisches zu schaffen. All dieses zeigt, daß unter politischen Verhältnissen, die denen, die wir in England haben, ähnlich sind, die beiden Flügel der deutschen sozialistischen Partei möglicherweise ihre eigenen Organisationen haben würden, damit jeder seinen eigenen Methoden ungehindert nachgehen kann.“

Man könnte viel über diese Ausführungen schreiben, deren Gedankengang schon wiederholt in der Presse der J. L. P. zu finden war und keineswegs neu ist. Aber einige Fragen, die direkt auf die Meinungsdivergenz zwischen mir und Sacke bezug haben, müssen doch aufgeworfen werden. Genosse Sacke kann in seiner Zeitschrift an den „Vorwärts“ nicht genug über den Seitencharakter der S. D. P. reden. Aber welche Sektion des britischen Sozialismus ist nun im Lichte der obigen Zitate die Sektion? Die S. D. P., die 14 Jahre lang nach der Einigung strebte und auf der Einigungskonferenz in Manchester ihren Namen wie auch einige ihrer Anschauungen auf dem Altare der Einigkeit opferte, oder die „tolerante“ J. L. P., die sich offiziell der Einigung widersetzt, nicht weil sie, wie Genosse Sacke vermutet, durch ihre Zugehörigkeit zur Arbeiterpartei daran gehindert wird, sondern weil sie glaubt, daß sie mit den Mitgliedern der S. D. P. mit den „prächtigen sozialistischen Elementen“, wie Genosse Sacke sie nennt, nicht zusammenarbeiten kann?

Nun meint Genosse Sacke, die S. D. P. hätte sich den „revolutionären sozialistischen Elementen der Arbeiterpartei anschließen“ sollen, anstatt die sozialistische Einigung zu erstreben. Die Entgegnung der S. D. P., daß sie nicht in einer nichtsozialistischen Partei aufgehen wolle, bezeichnet er als „sinnlos“. Er hat sich seine Aufgabe leicht gemacht und glaubt, mit einigen Platitiden über Leute, die von Marx nur ein paar Phrasen gelernt hätten — hoffentlich sind damit nicht die „prächtigen sozialistischen Elemente“ gemeint —, über diesen brenzlichen Punkt hinwegspringen zu können.

Doch lassen wir zu dieser Frage die angegriffene S. D. P. einmal zu Worte kommen und sehen wir, ob ihre Argumente wirklich „sinnlos“ sind.

Die S. D. P. wird dem Genossen Sacke antworten: Wonach wir streben, ist die sozialistische Einigung. Diese Frage hat nichts mit unserer Zugehörigkeit zur Arbeiterpartei zu tun. Selbst wenn wir wieder der Arbeiterpartei beitreten, würde an der Zerstückelung der sozialistischen Streitkräfte in Großbritannien nichts geändert sein. Was uns not tut, ist die Verwirklichung der Organisationen, die uns einander näher bringen würde, die die agitatorischen Kräfte des Sozialismus mit einem Schläge verdreifachen und vervierfachen würde.

Man rät uns, der Arbeiterpartei beizutreten, jetzt da der Einfluß der Sozialisten in der Arbeiterpartei seinen tiefsten Punkt erreicht hat. Die Erfahrungen der J. L. P. sprechen uns ab. Wir glauben nicht an die Entwicklungsfähigkeit der jetzigen Arbeiterpartei. Der Revolte der Arbeitermassen, die sich trotz aller Sozialreform gegen den immer unerträglicher werdenden wirtschaftlichen Druck aufbäumen, steht sie ratlos gegenüber. Fünf ihrer Mitglieder wählten nichts Besseres zu tun, als eine Vorlage einzubringen, die das Streikrecht abschafft und Agitatoren mit härteren Strafen bedroht. Sollen erst hat ein früherer Vorsitzender der Arbeiterpartei, einer der einflussreichsten Mitglieder der Partei, den Bericht der Eisenbahnkommission unterschrieben, der von den Beamten der Eisenbahngewerkschaften öffentlich als ein Verrat bezeichnet wird. So weit ist es gekommen, daß einige der thätigsten Parlamentsmitglieder der J. L. P. öffentlich erklären, daß die Politik der Arbeiterpartei von der der liberalen Partei nicht zu unterscheiden ist. Könnten wir in der Labour Party mehr tun als die J. L. P., die sich jetzt erst wieder in der Sozialversicherungsforderung genötigt sieht, der Disziplin zuliebe ihre eigenen auf ihrem Parteitage gefaßten energischen Beschlüsse über Bord zu werfen und demütig im liberalen Fahrwasser der Labour Party zu folgen? Was bedeutet das bühnen Opposition, das man jetzt gegen die Regierung in ein oder zwei Wahlkreisen macht, gegenüber der Deeresfolge, die man der Regierung im Parlament leistet? In der Labour Party zahlen die liberal gefinnten Gewerkschafter für die Mühsal und auch wir mühen, wenn wir ihr beitreten, nach ihrer Pfeife tanzen. Nein, was uns not tut, ist eine energische sozialistische Agitation im Lande, die am wirksamsten durch den Zusammenschluß aller sozialistischen Sektionen bewerkstelligt werden kann.

Das sind einige der Argumente, die Genosse Sacke „sinnlos“ findet.

Nun noch zur Frage der Stärke der neuen britischen Sozialistischen Partei und des Charakters einiger ihrer Mitglieder. Ich bin aus persönlicher Anschauung zur Ueberzeugung gelangt, daß die Sektionen, die hinter dieser Partei stehen, sowohl zahlenmäßig wie stark sind. Woher Sacke seine entgegengesetzte Ansicht hat, weiß ich nicht. Öffentlich stützt er sich nicht wieder auf Vermutungen. Doch der erste Parteitag der Sozialistischen Partei wird ja Aufklärung darüber schaffen. Was ferner die „imperialistischen Wirkkräfte und imperialistischen Eigenbrötler“ anlangt, von denen er spricht, so ist es doch recht sonderbar, daß diese „imperialistischen Wirkkräfte“ in Manchester sofort nach der Annahme der Einigungsresolution begeistert und einstimmig eine Resolution annahmen, in der der tripolitanische Raubzug und der Krieg im allgemeinen aufs schärfste verurteilt wurde, und daß die „imperialistischen Eigenbrötler“ in der entworfenen Konstitution folgenden Passus annahmen: „Die Britische Sozialistische Partei unterliegt alle Maßregeln, die geeignet sind, das Leben und die Gesundheit der Arbeiter zu schützen und sie in ihrem Kampfe gegen die Kapitalistenklasse zu stärken.“ Es wird dem Genossen Sacke vielleicht neu sein, zu erfahren, daß die eigentlichen, mehr dem Anarchismus zuneigenden Imperialisten keine Einladung zur Konferenz erhalten hatten. Sie fanden an der Türe und protestierten. Um den Vorwurf des Imperialismus glaubwürdig erscheinen zu lassen, zitiert Sacke den Namen Blatchford. Soviel ich weiß, hat Blatchford an der ganzen Aktion keinen Anteil genommen.

Leider war es nicht möglich, in kürzeren Worten die Gedanken und Befürchtungen zu zentrieren, zu denen Genosse Sacke in seinem Bericht und seiner Zeitschrift Anlaß gegeben hat. Ich glaube, er irrt sich in der Beurteilung der Situation, und ich weiß, daß er der letzte ist, der sich bei näherer Prüfung der Sachlage einer besseren Einsicht verschließen würde.

Aus der Partei.

Konferenz für den Agitationsbezirk Frankfurt a. M.

Die neunte Konferenz des Frankfurter Agitationsbezirks, der 11 Reichstagswahlkreise umfaßt, tagte am Sonntag in Bieberich a. Rh. Es waren 115 stimmberechtigte Vertreter, Delegierte, Reichstagsabgeordnete und Kandidaten anwesend. Der Parteivorstand hatte den Genossen Pfannkuch Berlin delegiert. Den Geschäftsbericht erstattete Sekretär Rudolph. Nach dem gedruckten Bericht blieb die Mitgliederzunahme hinter der des Vorjahres um rund 1000

gurt; sie beträgt 5188. Diese Zunahme verteilt sich in der Hauptsache nur auf die drei Wahlkreise, die angefallene Sekretäre haben: Höchst, Frankfurt a. M. und Hanau. Jeder dieser drei Kreise hat einen Mitgliederzuwachs von rund 1000 zu verzeichnen. Ein Kreis hat um 87 Mitglieder abgenommen, ein anderer blieb stehen und bei den 8 anderen Kreisen schwankt die Zunahme zwischen 27 und 97; sie beträgt insgesamt 834. Die gesamte Mitgliederzahl der 11 Kreise beträgt 28 213 gegen 20 025 im Vorjahre. Dem nächsten Mitgliederstand weist der Wahlkreis Hanau mit 8411 Mitgliedern auf (88,8 Proz. der sozialdemokratischen Reichstagswähler 1907), dann folgen Frankfurt a. M. mit 7909 (24,9 Proz. der sozialdemokratischen Stimmen) und Höchst mit 8874 Mitgliedern (21,22 Proz.). Der schwächste Wahlkreis ist Dillenburg-Vorbund mit 59 Mitgliedern, ihnen folgt Feld-Schlachten mit 103 Mitgliedern. In diesen rein ländlichen Wahlkreisen geht es äußerst langsam vorwärts. Die Zahl der organisierten Genossinnen stieg prozentual stärker als die der männlichen Mitglieder. Ihre Zunahme beträgt 35,82 Proz., während die für alle Bezirke und alle Mitglieder nur 15,92 Proz. ausmacht. Im Geschäftsjahr 1909/10 zählte der Bezirk 2013 organisierte Frauen, am Schlusse des Berichtsjahres aber 2724.

Die Agitation und die Bemühungen um die Weiterbildung der Mitglieder waren rege. Rund 1500 Mitgliederveranstaltungen und 500 öffentliche Versammlungen wurden abgehalten. Ueber die schriftliche Agitation geben diese Zahlen Aufschluß: Es kamen 500 450 Flugblätter, 78 000 Broschüren und 80 000 Exemplare des „Landboten“ zur Verteilung.

Die Jugendbewegung hat trotz aller polizeilichen Schikane Fortschritte gemacht. Es soll in nächster Zeit die Bildung einer Bezirksleitung zur besseren Durchführung der Jugendbildungsarbeiten und Förderung einheitlicher Bestrebungen in die Wege geleitet werden. Der Bezirk zählt insgesamt 22 Jugendausläufe mit 1749 Abonnementen der „Arbeiter-Jugend“. Mit Hilfe der Fortbildungsschulen, militärischen Spielereien, Sport- und Unterhaltungsvereinen und nicht zuletzt kirchlichen Einflüssen wurde versucht, unserer Jugendbewegung entgegenzuarbeiten, doch ohne Erfolg.

Das Parteiorgan, die „Volksstimme“, wurde im Berichtsjahre durch die Halbmonatsbeilage „Technik und Arbeit“ und durch die wöchentliche wirtschaftliche Umschau erweitert. Der Abonnementzuwachs ist gering.

In den Kommunen sitzen 261 sozialdemokratische Vertreter; die gleiche Zahl wie im Vorjahre.

Die Kreisfeier wurde in 7 Orten in gut besuchten Vormittagsversammlungen begangen. Im ganzen Bezirk fanden am 1. Mai insgesamt 98 Versammlungen statt. Für den Kreisfeier-Unterstützungsfonds sind 9165,19 M. eingegangen, darunter 2658,90 M. von Gewerkschaften. Die abgeführten Tagesverdienste vom 1. Mai betragen für 1911 1399,81 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 1609,30 M., darunter für 268 Personen insgesamt 1419,30 M. Gemahregelienunterstützung auf 804 Tage. Der Fond enthält 7555,89 M. Bestand.

Die Kassenabrechnung weist bei einem Kassenbestand von 2282,22 M. an Einnahmen und Ausgaben 21 115,16 M. auf. Die Kreise leisteten einen Beitrag von 8566,00 M., an sie zurück als Zuschüsse gingen 4748,62 M. Der Parteivorstand gab einen Aufschuß von 8436 M., an den Parteivorstand führten die Kreise 18 543 M. an Beiträgen ab.

An den Bericht schloß sich eine längere Debatte, in der eine Reihe Wünsche und Anregungen vorgebracht wurden. Beiläufig wurde wieder über die schärfste Behandlung durch die Polizei bei Versammlungen. Mit den wichtigsten Gründen werde die Abhaltung von Versammlungen verboten. Interessant war die Mitteilung eines Wiesbadener Delegierten, daß während der Kandidatur des Regierungspräsidenten Meister im Kreise Wiesbaden bei Abhaltung von Versammlungen von der Polizei viele Schwierigkeiten gemacht wurden. Nach dem Bericht Meisters auf die Kandidatur sei dies anders geworden, man habe nun anscheinend kein Interesse mehr daran, Reichstagsabgeordneter Genosse Koch regt an, daß bei jedem einzelnen Falle der Bekämpfung des Versammlungsrechtes durch die Polizei Beschwerde eingelegt wird und das Material der Reichstagsabgeordneten übermitteln wird. — Von einigen Rednern wurde gewünscht, daß allwärts mehr für den Ausbau der Jugendbewegung getan wird. Die Debatte endigte mit Annahme resp. Ueberweisung von Anträgen an das Agitationskomitee, das beauftragt wird, 1. unversöhnlich beim Parteivorstand und dem Presbureau dahin zu wirken, daß nicht allein für Frankfurt, sondern auch für die Landkreise des Agitationsbezirks eine bessere Verichterstattung geschaffen wird; 2. beim Parteivorstand und dem Verlag der „Düsseldorfer Korrespondenz“ dahin zu wirken, daß für diejenigen Kreise des Agitationsbezirks, welche vorwiegend mit dem Zentrum zu kämpfen haben, die fragliche Korrespondenz in derselben Zahl wie die Parteikorrespondenz geliefert wird.

Ueber die Reichstagswahlen sprach dann Reichstagsabgeordneter Lehmann-Wiesbaden. Er sprach die Erwartung aus, daß wie von den drei Mandatären des Bezirkes, die wir im Besitze haben, zwei (Hanau und Höchst) schon im ersten Anlauf erbehalten und das dritte Mandat (Wiesbaden) in der Stichwahl holen. Beim Frankfurter Kreis könne man mit aller Sicherheit darauf rechnen, daß er im ersten Wahlgang wieder erobert wird. In den Kreisen, wo wir bei Stichwahlen den Ausschlag geben, sei die Jenner Resolution maßgebend. — Eine Debatte schloß sich an das Referat nicht.

Die Konferenz nahm dann noch ein Referat von Hattmann-Frankfurt a. M. über die Beschlüsse des Parteitages in Jena entgegen.

Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt. Das alte Agitationskomitee wurde wiedergewählt. Die nächste Konferenz tagt in Frankfurt a. M.

Stadtverordnetenwahltag. Bei der am Freitag voriger Woche in Altdorf stattgefundenen Stadtverordnetenwahl siegte unsere Partei mit 1000 Stimmen über die verbliebenen Gegner, auf deren Kandidaten 1140 Stimmen entfielen. Als achter Sozialdemokrat zieht unser Genosse Gewerkschaftssekretär Ewald Tude in das Stadtparlament ein; damit befindet sich die dritte Abteilung ganz in unserem Besitze.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Djvind im Rheinlande.

Wie vor einiger Zeit konnte man der Meinung sein, daß die harten Urteile, die im Osten Deutschlands, zumal in Breslau, gegen sozialdemokratische Redakteure gefällt werden, im kulturell höher stehenden Rheinlande nicht möglich wären. Das scheint jetzt, soweit Köln in Betracht kommt, anders zu werden. Kürzlich ist Genosse Prager von der „Rheinischen Zeitung“ gleich einer Reihe anderer Redakteure wegen eines Artikels über die bekannte Altkleiner Offiziersgesellschaft bestraft worden. Kein einziger der übrigen Redakteure erhielt eine Freiheitsstrafe; nur Genosse Prager wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt, obwohl gerade er mit nur zwei kleinen Geldstrafen vorbestraft war, die zudem ziemlich zurücklagen. Der Vorsitzende der betreffenden Kölner Strafkammer war Herr Landgerichtsdirektor Westermann, der nämlich, unter dessen Vorsitz der Kölner Gewerkschaftssekretär Fröhlich als angeklagter, intellektueller Anführer des sogenannten Deutzer Gewerkschaftsrates zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, zum allgemeinen Entsetzen aller, die den ruhigen, besonnenen Fröhlich kannten, und zum großen Befremden eines Teiles der Kölner Juristen. Vor diesem Richter stand dieser Tage Genosse Sellmann als Verteidiger der „Rheinischen Zeitung“ wegen eines Artikels, durch den sich ein Dorkheiser beleidigt fühlte. Der Artikel enthält weiter nichts, als was in einer Eingabe des Gemeindevorstandes an die Regierung enthalten gewesen war, die aber fruchtlos blieb und deshalb von einem Gemeinderatsmitglied an unser Parteibüro gelangt worden war. Die Verschuldigungen, die gegen den Lehrer erhoben wurden, waren nicht sonderlich schwer, was schon daraus hervorgeht, daß der Staatsanwalt nur

150 M. beantragte. Die Strafkammer aber erkannte auf 800 M., und Herr Westermann führte in der Urteilsbegründung aus: „Nur ungern hat das Gericht von einer Freiheitsstrafe Abstand genommen, und nur, weil der Angeklagte noch unbestraft war.“

Eine Hirsch-Dunderische Waffenkammer

wurde vor dem Landgericht Hirsch gegen den verantwortlichen Redakteur der „Frankfurter Tagespost“, Genosse E. Hölzer verhandelt. Im März d. J. hatte der Hirsch-Dunderische Ortsverein in Erlangen eine Rechtsauskunftsstelle errichtet. Bei dieser Gelegenheit erinnerte die „Tagespost“ an die eben wegen Mangels an Beachtung eingegangenen Auskunftsstelle des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und bemerkte, offenbar wollten die Hirsche die Einrichtung des Reichsverbandes, dem manche ihrer Führer sehr nahe stehen, unter einem vertrauenswürdigeren Namen weiter führen, was ihnen aber nicht gelingen werde, denn sie seien nur Scharwager im gewerkschaftlichen und politischen Leben. Wegen dieser Bemerkung klagten 20 Mitglieder des Hirsch-Dunderischen Ortsvereins Erlangen, an ihrer Spitze der Wertmeister Hubner in der dortigen Weiberei, der die Schule des Reichsverbandes besucht und dann Revisor geworden ist. Das Schöffengericht Erlangen hatte auf Freiheitsstrafe erkannt, wogegen 18 der Kläger Berufung einlegten. Das Landgericht verwarf die Berufung, da die Kläger nicht direkt genannt und zur Klagestellung nicht berechtigt seien.

Jugendbewegung.

Die Kaserne als Jugendbildungsanstalt.

Die sozialdemokratische Jugendbewegung vornehmlich ist jetzt ein heißersehntes Ziel aller staatsverhaltenden Kreise und auch der Staat hat sich in den Dienst dieser neuen Spielart der Sozialistenhege gestellt. So bemühen sich die Behörden in letzter Zeit, dem patriotischen Jugendverein Bergsingen weitgehendster Art zu verschaffen. In erster Linie ist man bemüht, die Jugendvereine bei ihren militärischen Spielen und Wanderungen zu unterstützen. So hat jetzt auch der sächsische Kriegsminister ein Rundschreiben an die Garnisonkommandanten geschickt, worin diese ermächtigt werden, den Wandervereinen der Volksschule und denen der schulemässigen Jugend des Königreichs Sachsen, die dem „Zentralauslaufs“ zur Pflege der schulemässigen Jugend“ angeschlossen sind, im Bedarfsfalle Unterkunft in den Exerzierhäusern und, wenn die räumlichen Verhältnisse es gestatten, in den Kasernen selbst zu gewähren. Die Vereine sind angewiesen, bei dem betreffenden Truppenteil, bei welchem sie Quartier beziehen wollen, sich vorher anzumelden, worauf der Kommandant des betreffenden Ortes in jedem Einzelfall dem Regiments- oder Bataillonsarzt zwecks Prüfung der Räumlichkeiten hinzuzuziehen hat, ob auch vom ärztlichen Standpunkte keine Einwendungen gegen die Unterbringung der Gäste in den betreffenden Räumen zu machen sind.

Also die Kasernerziehung als höchstes Kulturideal! Wir haben es in Deutschland im 20. Jahrhundert doch herrlich weit gebracht!

Soziales.

Wirkung des deutschen Branntweinbottells.

Schon im verflossenen Winter machte Geheimrat Prof. Dr. Bonhöfer in Breslau in einem Vortrage im Berliner Kaiserin-Friedrich-Hause für ärztliche Fortbildung die Mitteilung, daß der im Herbst 1900 vom sozialdemokratischen Parteitage in Leipzig beschlossene Schnapsbottell eine sehr bedeutende Abnahme der Alkoholkonsumtion, besonders der Deliranten, in den Breslauer städtischen Heilanstalten zur Folge gehabt hat. Später ist im 68. Bande der „Allgemeinen Zeitschrift für Psychiatrie“ Dr. Erich Jesso nochmals ausführlich auf die Wirkung des sozialdemokratischen Schnapsbottells in Breslau zurückgekommen. Nach Durchsicht der betreffenden Anhaltsbücher der in Betracht kommenden Anstalten der Breslauer Psychiatrischen Klinik und der städtischen Heilanstalten für Nerven- und Gemütskranke stellte er fest, daß in der Zeit vom 1. Januar 1900 bis zum 18. September 1910 2103 Deliranten beobachtet wurden, nämlich 2001 männliche und 102 weibliche Personen. Die Durchschnittsfrequenz betrug pro Jahr etwa 200 Fälle, womit Breslau ziemlich an erster Stelle unter den deutschen Großstädten steht; nur Berlin, Hamburg und einige andere Küstentädte ergeben prozentual ziemlich ebenso hohe Zahlen. Dagegen zeigt München, dessen Alkoholkonsum in Form von Bier wohl noch höher ist, von allen alkoholischen Geistesstörungen nach Kropelin nur 9,2 Proz. Deliranten, während Breslau über 50 Proz. aufweist. Das ist ein sicherer Beweis dafür, daß für die Häufigkeit des Alkoholdeliriums neben der Quantität besonders die Form und Qualität, in der er genossen wird, in Betracht kommen und daß vor allem der Branntweingenuss maßgebend ist.

Im allgemeinen ist der Branntweinkonsum in Deutschland in den letzten zehn Jahren — auf reinen Alkohol berechnet — von 4,5 Liter pro Kopf und Jahr auf 4,1 Liter zurückgegangen. Wie groß der Konsum in den einzelnen Städten war, ist von der Steuerbehörde nicht festgelegt worden. Aber die Zahl der in den Breslauer Heilanstalten aufgenommenen Alkoholiker hatten sich in den 20 Jahren von 1887/88 bis 1907/08 etwa verdreifacht, während die Bevölkerung in dieser Zeit nur um 40 Proz. zugenommen hat. Als Grund für diese relative Zunahme des Alkoholkonsums in Breslau wird das stärkere Wachsen der industriellen Bevölkerung angegeben. Zum Teil mag das wohl richtig sein. Da trat 1909 ein gewaltiger Sturz in der Frequenz der Alkoholiker, speziell der Deliranten, ein, wie er seit zwanzig Jahren nicht beobachtet worden war. Bei einem Vergleiche mit der durchschnittlichen Frequenz der Vorjahre ergibt sich, daß die Frequenz der Deliranten um 50 Proz. abgenommen hat. Auch die Zahl der in den preussischen Irrenanstalten aufgenommenen männlichen Deliranten sank von Mitte 1907 bis Mitte 1908 von etwa 1500 auf 750. Bei den übrigen Alkoholikern und Alkoholepileptikern ist die Abnahme nicht ganz so hart. Die Zahl dieser hat sich im September 1909 gegen September 1908 von 180 auf 136 verringert, also um 25,5 Proz. In Breslau sank die Zahl der aufgenommenen Deliranten vom Juli bis September 1909 von 19 auf 10.

Dem Botschaft war in Breslau wie anderwärts schon längere Zeit vorgearbeitet worden, in Deutschland wie im Auslande. Schon 1903 hatte die Belgische Arbeiterpartei die Erhöhung der Branntweinsteuer mit einem Botschaft beantragt. In ähnlicher Weise war man in Schweden und Finnland vorgegangen. In Deutschland war eine Reihe sozialdemokratischer Tagesblätter bemüht, ihre Leser von der Schädigung der Volksgesundheit und Volkskraft durch den großen Alkoholkonsum zu überzeugen. Schon auf dem Parteitage in Bremen (1904) war nach mehrfachen seit 1899 von Parteigenossen gestellten Anträgen, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung eines Parteitages zu setzen, ein Antrag angenommen, der die Parteibücher verpflichtete, ihre Leser auf die Gefahren des Alkoholkonsums aufmerksam zu machen. Auf dem Parteitage 1907 in Essen gelangte die Alkoholfrage als Punkt 7 auf die Tagesordnung und erfuhr eine gründliche und allgemeine Erörterung. Es wurde die des Alkoholkonsums als schädigste bekämpfende Resolution des Referenten Genossen Burtz mit allen gegen eine Stimme angenommen sowie die Arbeiterorganisationen aufgefordert, der Alkoholgefahr mit allen Kräften entgegenzutreten. Der Branntweinbottellbeschlus in Leipzig (1909) hatte den reichsten Erfolg. Auch E. Jesso muß zugeben, daß nun der Botschaft mit aller Energie durchgeführt und allmählich auch die bisher Gleichgültigen mit forgerissen wurden. Er schreibt ferner: „Ich habe Gelegenheit gehabt, bei einigen 100 Arbeitern der verschiedenen Industriezweige — meist polnische Patienten — Erkundigungen über den Alkoholkonsum vor und nach Eintritt des Botschafts einzuziehen. Danach scheint es, daß durch den Botschaft zwar die nichtorganisierten Arbeiter nur zum

geringeren Teile beeinflusst wurden, er aber auch auf einen Teil der Organisierten seine Wirkung verfehlte. Das waren einmal die stets mühen Trinker, deren Konsum daran vielleicht 5 Pf. pro Tag betrug, weil sie diesen Betrag nicht für erheblich hielten. Unbeeinflusst blieben auch viele von denen, die große Mengen von Alkohol konsumierten (für 50 Pf. bis 1,50 M. pro Tag), obwohl mir auch von einigen derer, die schon vor Beginn der Arbeit gewöhnlich ½ Liter Branntwein tranken, bekannt wurde, daß sie durch den Botschaft vollständig abstinente wurden. Am meisten beeinflusst erschien mir die große Menge der regelmäßig mittlere Dosen Trinken. Eine tägliche Ausgabe von 30 bis 40 Pf. für Schnaps und ebenso viel für Bier ist für den Breslauer Durchschnittsarbeiter wenn nicht Normal, so doch keine Seltenheit. Die Hälfte der von mir Befragten gab 10 Proz. des Einkommens, das sich auf 1000 bis 2000 M. im Jahre belief, oder noch mehr für alkoholische Getränke, meist Schnaps, aus. Aus meinen Umfragen schien mir hervorzugehen, daß durch den Botschaft besonders jüngere Arbeiter günstig beeinflusst wurden, weil sie mehr als die alten Gewohnheitstrinker den plötzlichen Abbruch der bisherigen Trinksitte temperamentsvoll aufnahmen und durchführten.“ In diese Wirkung von Dauer, so kommt dem Botschaft unweigerlich eine kulturelle Bedeutung zu, insofern er unter den jüngeren Elementen der Arbeiterbevölkerung auf gänzliche Beseitigung der Trinksitte hinwirkt. Denn es handelt sich, wie Burtz mit Recht betont, bei der Bekämpfung des Alkoholkonsums nicht so sehr um die bereits fertigen Trinker als darum, zu verhindern, daß sich neue Trinker bilden.

Nach Mitteilung im „Reichsanzeiger“ war der Trinkverbrauch an reinem Alkohol 1909/10 1 798 070, 1908/09 2 598 052, 1907/08 2 870 560, 1906/07 2 489 720 Hektoliter. Der Trinkbranntwein hat also reichlich um 30 Proz. abgenommen.

Nach Umfrage der Breslauer „Volkswacht“ im Dezember 1909 bei 30 Gastwirten bezifferte sich deren Rückgang des Konsums auf 25 bis 80 Proz.

Ein wesentlicher Rückgang trat auch ein in der Zahl der polizeilichen Verhaftungen. Diese Verhaftungen wegen im Kaufsbegehren Vergehen gegen die öffentliche Ordnung, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Beamteneinbeziehung usw. sind im Botschaftjahre gegen das Vorjahr um 21,3 Proz. zurückgegangen; später ist sie allerdings wieder etwas gestiegen. Auch während der Generalkonferenz in Finnland und Schweden sanken diese Verhaftungen auf ein Minimum. So bringt die Durchführung des (Schnaps-) Alkohobottells dem Arbeiter nicht nur das Bewußtsein eines entscheidenden Machtfaktors im Staat, sondern auch hygienische Vorteile und eine sicherere wirtschaftliche Position.

Wer den auf dem Leipziger Parteitage empfohlenen Branntweinbottell durchführt, verweigert die Branntweinsteuer und trägt dazu bei, daß die Branntwein-Liebesgabe, die die Art der Steuer dem Junker bringt, in Fortfall kommt. Aus all diesen Gründen liegt unablässiges Drängen auf Einhaltung des Branntweinbottells im Interesse der Arbeiterklasse.

Aus aller Welt.

Es gibt keinen Notstand!

Also verkündete der große Philosoph und Reichstangler v. Bethmann Hollweg im Reichstage in seiner Antwort auf die Interpellationen über die Teuerung. Der Gutsherr von Hohenfinow konnte auch keine andere Antwort geben, denn in den Kreisen seines Reichstags ist von einer Teuerung bisher nichts zu spüren gewesen. Hatte er doch erst am Tage vor seiner Rede im Reichstage Gelegenheit, bei der Gratulationscour zum Geburtstage der Kaiserin zu beobachten, daß von Teuerung und Not nichts zu verspüren ist. Als Beweis dafür diene die Meldung einer Korrespondenz, daß die Blumen, die der Kaiserin zu ihrem Geburtstage dargebracht wurden, sich durch besondere Schönheit und Kostbarkeit auszeichneten. Ein fast mannshoher Auffah von großen Orchideenzweigen, den eine Dame, die bei Hofe verkehrt, überreicht hatte, kostete allein 3000 M. Ein weigladerter Rohrtorb mit hellroten Rosen vom wundervollen Duft kostete 300 M. Herrlich war auch ein Korb mit 180 großen weißen und violetten Nelken, die ebenfalls einen köstlichen Duft ausstrahlten; jede Nelke kostete 3 M. Es sind der Kaiserin diesmal für mindestens 50 000 M. Blumen überreicht worden.

Nach diesen schließlichen Beweisen des Wohllebens des deutschen Volkes hört hoffentlich die Rederei von Not und Teuerung auf und das deutsche Volk folgt bei den kommenden Wahlen der Parole des Reichstanglers und wählt nur Großgrundbesitzer.

Typhusepidemie im Rheinlande.

In den von den Wasserwerken an der unteren Ruhr verlegenen Städten und Ortschaften herrscht seit einiger Zeit der Typhus. In Essen sind im September 88, im Oktober 19 Fälle vorgekommen, von denen 8 tödlich verlaufen sind. Aus Vorbeck werden täglich an 20 Fälle von Keuerkrankungen gemeldet; die Gesamtzahl der Erkrankten beträgt dort 150, von denen 12 gestorben sind. In Vortrop gab es 150 Erkrankungen und 8 Tote; in Gladbeck 123 Erkrankungen, in Oberhausen 80; in Wülfrath a. d. Ruhr seit dem 1. Juli 175; in Hamburg 215 Erkrankungen und seit August 22 Todesfälle; in Duisburg 148 Erkrankungen, wovon 11 tödlich verliefen. Die Gesamtzahl der bisher festgestellten Erkrankungen beträgt etwa 1200. Durchgängig verlaufen die Erkrankungen günstig, denn die Anzahl der Todesfälle ist durchschnittlich gering. Da seit einigen Tagen Typhusbazillen im Ruhrwasser nachgewiesen werden, warnen die Behörden überall vor dem Gebrauch ungekochten Wassers.

Ein ländliches Zittenbild.

In Klein-Reudorf bei Grottau in Oberschlesien gebar eine der dort beschäftigten Galzieren namens Sapieda ein Kind, das dann später tot in einer Bodenkammer aufgefunden wurde. Die Mutter des Kindes behauptet, daß das Kind tot zur Welt gekommen sei. Die amtliche Sektion ergab, daß das Kind bei der Geburt gelebt habe. Wie später festgestellt wurde, hat die Frau in einem Zimmer ertrunken, das sie mit acht männlichen Galzieren teilen mußte. Diese sahen wohl die kleine Leiche auf der Diele neben dem Lager der Sapieda liegen und ließen das tote Kind ruhig in die Bodenkammer tragen, ohne auch nur den geringsten Einspruch dagegen zu erheben.

Kleine Notizen.

Vom Zug überfahren. Auf dem Bahnhof Blankenberg wurden zwei sechs und elf Jahre alte Töchter einer Schnitlersfrau, die mit ihren neun Kindern auf einem Zug wartete, vom D-Zug Stettin-Hamburg überfahren und getötet.

Raubüberfall in Rußisch-Polen. Auf dem Wege von der Kreisstadt Olsuch nach der Zementfabrik zu Dregzienice wurde ein Koffer der Fabrik überfallen und vorgelegt. Der Lärter raubte ihm zehntausend Rubel und flüchtete.

Erdbeben in der Türkei. In Saloniki und Süd-Macedonien wurde Montag Nacht ein stärkeres Erdbeben verspürt. In Kozloje ist das Telegraphenamt eingestürzt. Die Bevölkerung wurde von großem Schrecken ergriffen. Menschen sind nicht umgekommen.

Die Pest in Odessa. Auch in diesem Herbst ist die Pest in der türkischen Hafenstadt aufgetreten. Wie amtlich gemeldet wird, ist am Montag die vierte Erkrankung an Pest festzustellen worden. Es ist zu befürchten, daß die Seuche weitere Ausdehnung gewinnt.



Die Firma
A. Wertheim
hat zu ähnlich
lautenden Firmen
keine Beziehungen

A. Wertheim

G. m. b. H.

Versand-Abteilung
Berlin W. 66
Leipz.-Str. 132/37
Bei Briefen
ist genaue Adresse
erforderlich.



Rosenthaler Str.

Leipziger Strasse 132-37

Oranien Strasse

Verschiedene Posten

Schmortöpfe ohne Ring 8 Grössen 60 Pf. bis 2.25
Fleischtopfe 10 Grössen 30 Pf. bis 2.75
Ringtopfe 8 Grössen 50 Pf. bis 1.80
Kasserollen mit Ring 6 Grössen 60 Pf. bis 1.30
Kasserollen ohne Ring 10 Grössen 30 Pf. bis 1.00
Kessel für Gas 4 Grössen 70 Pf. bis 1.35
Bratpfannen lang 6 Grössen 1.20 bis 2.50
Bratpfannen rund 8 Grössen 30 Pf. bis 1.10

Waschgarnituren
5 teilig 5.00

Emaillierte Geschirre

Soweit Vorrat

Fischkessel lang 5 Grössen 3.00 bis 5.50
Topfdeckel 6 Grössen 12 bis 28 Pf.
Kaffeekannen 6 Grössen 35 bis 80 Pf.
Kaffeetrichter 3 Grössen 30 bis 50 Pf.
Teekannen 2 Grössen 65 und 80 Pf.
Milchtopfe konische, 3 Grössen 20 bis 60 Pf.
Milchkannen mit Bügel, 1/2 Liter . . . 35 Pf.
Essenträger 5 Grössen 45 Pf. bis 1.20

Toilette-Eimer
mit Rohrbügel, dekoriert 3.90

Durchschläge 3 Grössen 35 bis 60 Pf.
Salatsiebe 3 Grössen 50 Pf. bis 1.25
Reibeisen 3 Grössen 20 bis 40 Pf.
Menagen 3 u. 4 teilig, 3 Gr. 1.40 bis 2.25
Tassensiebe 10 Pf.
Teesiebe mit Stiel 15, 20 Pf.
Trinkbecher 3 Grössen 10 bis 15 Pf.
Menagen Salz und Pfeffer . 15 und 25 Pf.

Waschkrüge dekoriert . 1.90, 2.25
Waschbecken dekoriert 2.25

Gemüeschüsseln viereckig 30, 50 Pf.
Bratenschüsseln oval . . . 80 Pf., 1.20
Gemüselöffel 15 Pf.
Teller 3 Grössen 10 bis 15 Pf.
Eierbecher 5 und 10 Pf.
Salzmesten 2 Grössen 35 und 50 Pf.
Brotkapseln rund 1.50
Petroleumkannen 75 Pf.

Wassereimer
2 Grössen 65 Pf. 1.00

Extra schwer aussen braun, innen grau
Schmortöpfe ohne Ring 7 Grössen 1.00 bis 4.00
Fleischtopfe ohne Ring 6 Grössen 60 Pf. bis 2.50
Kasserollen ohne Ring 6 Grössen 50 Pf. bis 1.30
Pfannen rund 5 Grössen 35 bis 80 Pf.
Bratpfannen oval 2 Grössen 1.80, 2.30
Fischkocher oval 3 Grössen 3.00 bis 6.00
Topfdeckel 6 Grössen 25 bis 65 Pf.

Dekoriert
Kaffeekannen 3 Grössen 75 Pf., 1.00
Teekannen 3 Grössen 50 Pf. bis 1.00
Töpfe 2 Grössen 90 Pf. 1.25
Teller 2 Grössen 22, 28 Pf.
Brotkörbe 1.00
Eierbecher 10, 15 Pf.
Leuchter 40 Pf.

Weiss emailliert
Schüsseln flach, 8 Grössen 16 Pf. bis 1.30
Schüsseln tief 8 Grössen 25 Pf. bis 1.00
Wasser-Krüge gebauht 1.20
Waschkrüge geschweift 1.50
Tassenwannen oval . . . 1.00 bis 1.50
Eimer gestanzt 75 Pf. bis 1.00
Seifenhalter viereckig 25 Pf.

Seifenhalter rund 18 Pf.
Nachtlampen mit Behälter 60 Pf.
Zahnbürstendosen 50 Pf.
Tablets 25, 60 Pf.
Warmwasserkrüge . . . 40 bis 80 Pf.
Verdampfkasten 1.25, 1.50

Persil
Zarte Haut
leidet nicht beim Waschen mit Persil, daher keine zersprungenen Hände. Persil gibt schöne lichte Lauge, löst Staub und Schmutz spielend.
Wäscht von selbst
ohne jeden andern Waschzusatz, ohne Reiben und Bürsten, nur durch einmaliges, etwa viertel- bis halbstündiges Kochen.
Erhältlich nur in Original-Paketen.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Alleinige Fabrikanten auch der weltberühmten
Henkel's Bleich-Soda.
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vorort: Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstraße 11.

Ratenzahlung ohne Preisaufschlag!

Von Unten Auf

Ein neues Buch der Freiheit

Gesammelt und gestaltet von Dr. Franz Diederich
Mit 26 künstlerisch bedeutenden sozialen revolutionären Bildern und Bildwerken

Preis: 2 Bände gebunden 6 M.

Dem oft geäußerten Verlangen nach einer Neuausgabe der Gedichtsammlung „Buch der Freiheit“ hat unser Parteiverlag Rechnung getragen. Er hat für einen verhältnismäßig billigen Preis bei vorzüglicher Ausstattung eine Ausgabe veranstaltet, die allseitige Zustimmung gefunden hat. „Neue Zeit“, „Fränkische Tagespost“, „Hamburger Echo“, „Vorwärts“, „Dresdener Volkszeitung“, „Die Gewerkschaft“ u. a. haben in ausführlichen Besprechungen Inhalt und Ausstattung des Werkes lobend und anerkennend hervorgehoben. Um unseren Abonnenten die Anschaffung des Werkes zu erleichtern, liefern wir es in **wöchentlichen Ratenzahlungen ohne Preisaufschlag.** Bestellungen nehmen alle Botenfrauen und die Ausgabestellen des „Vorwärts“ entgegen. Das Werk wird sofort geliefert. 247/6

Expedition des Vorwärts, Lindenstr. 69.

Ein Kauf Möbel
ganze Wohnungs-Einrichtungen
bunte Küchen
auf
Teilzahlung
zu billigsten Preisen
im Möbelhaus
Carl Barthel
Inh.: Joachim Hochmuth.
Amt 7 7589 O. 34, Zorndorfer Str. 54 Amt 7 7589
Riesen-Lager in separaten Räumen von
Uhren, Goldwaren, Sprechmaschinen.

Dr. Thompson's Seifenpulver
spart
Arbeit, Zeit, Geld.
SCHUTZ-MARKE
SEIFENPULVER
1 1/2 Pfd. Paket 15 Pf.

Der Verkauf der zurückgelieferten
Monatsgarderobe
des größten Abonnementshauses
für feine Herrenbekleidung J. STOCK & Co. befindet sich von jetzt ab nur Friedrichstraße, Ecke Johannisstr., Eingang Johannisstr. Anzüge und Paletots v. 10 M. an.

Für Hausfrauen!
Achtung! Großer Teuerungszuschuß! Achtung!
„Ideal-Brot“
garantiert reines, verfeinertes Roggenbrot, vorzüglich im Geschmack und leicht verdaulich, kostet von heute ab nur 45 Pf. das übliche große Brot.
Zu haben in Delikatess-, Kolonialwaren- und Milchgeschäften, wo nicht, wende man sich direkt an die Ideal-Brot-Fabrik in Pankow, Mühlentstr. 17 oder Binzstr. 8. Fernsprecher: Pankow 132.

Bruno-Glühkörper

haben unbegrenzte Lebensdauer, weil sie nach dem Abflammen stoß- und schlagfest sind. — Im Gebrauch das billigste Fabrikat.
Bruno-Glühkörper-Aktiengesellschaft
Berlin N. 65, Liebenwalder Straße 10.
Man verlange im eigensten Interesse die bewährten Bruno-Glühkörper, in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Berliner Rathaus.

3. Verkehrsfragen.

Auf dem Gebiete des Verkehrswesens hat die sozialdemokratische Fraktion im Berliner Rathaus konsequent den Standpunkt vertreten, daß das öffentliche Verkehrswesen in die Hand der Gemeinde gehöre und nicht Privatgesellschaften überlassen werden dürfe.

Und das geschah, obwohl die Straßenüberbauprojekte auch von den Aufsichtsbehörden als verkehrsbessernd befunden wurden. Es waren eben in unserer Stadtbewirtschaftung Kräfte am Werke, die um keinen Preis eine rationelle städtische Verkehrspolitik fördern wollten.

* Siehe auch Nr. 242 und 245 des „Vorwärts“.

nein hatte zwar auch keine Freude an der Verschleppungstaktik, beschränkte sich aber im übrigen darauf, in den gleichen Fehler zu verfallen wie einflussreiche Magistratsmitglieder, nämlich eine durchgreifende Verkehrsverbesserung — das sogenannte Vohstrassenprojekt — abzulehnen.

Ich habe (bei einer Konferenz mit dem Kaiser), gestützt auf wiederholte, anfänglich einstimmige, dann nahezu einstimmige Beschlüsse der technischen Kommission, der Verkehrsdeputation, geäußert, eine Erklärung abgeben zu müssen, an der ich heute noch kein Wort bereue.

Bemerkenswert ist noch eine Äußerung, die bei derselben Gelegenheit der Oberbürgermeister über den eigenen Betrieb von Straßenbahnen durch die Gemeinde tat.

„Som ersten Tage ab haben wir dort einen durchaus regelmäßigen, guten, die Rücksicht auf das Publikum beobachtenden Betrieb eingeführt, einen Betrieb, der vom Publikum über Erwarten bemutet worden ist, einen Betrieb, der uns Beträge über Erwartung bis auf den heutigen Tag gebracht hat und der sich fortwährend noch günstig entwickelt.“

Kurz vor dieser Beratung über die Magistrateauskunft über den Stand der Verkehrsfragen hatte die Stadtverordnetenversammlung sich mit einem großen Verkehrsprojekt zu beschäftigen — der Nord-Südbahn —, das schon im Jahre 1906 beschlossen worden war, jetzt aber eine andere, bessere Linienführung durch die Friedrichstraße vorschlug.

Ein weiteres großes Verkehrsprojekt sollte die Verbindung zwischen dem Gesundbrunnen und Rixdorf herbeiführen. In der Sitzung vom 9. März 1911 wurde es beraten. Unsere Fraktion hielt diesem neuen Verkehrswege für dringenden wünschenswert, verlangte aber, daß die Stadt selber das Projekt ausführe, nicht aber eine Privatgesellschaft wie die A. E. G., die die Konzession nachsuchte.

Am 22. Juni 1911 verhandelte die Stadtverordnetenversammlung wiederum über ein Verkehrsprojekt. Es handelte sich um den Abschluß eines Vertrages mit der Hochbahngesellschaft wegen Baues einer Untergrundbahn durch die Frankfurter Allee und Auflösung des sogenannten Dreiecks.

Die in Berlin herrschende Verkehrsmisere hat schließlich auch der Staatsregierung Veranlassung gegeben, sich näher mit der Materie zu beschäftigen und zu erörtern, ob nicht eine Zusammenfassung der Verkehrsinteressen Berlins mit den Sororten geboten sei.

Kleines feuilleton.

Die Fremdherrschaft der Mandtschu. Die in Aufschwung am Jangtschiang ausgebrochene revolutionäre Bewegung, deren letzte Ziele sich auf die Beseitigung der in China seit mehr als einem Vierteljahrhundert regierenden Mandtschudynastie richteten, lenkt ein allgemeines Interesse auf diese Herrscherfamilie, die sich, obgleich dem echten Chinesentum vollständig fremd, länger als jede andere jemals dort zur Macht gelangte Dynastie ihre Macht bewahrt hat.

Einem Zeitfürsten namens Taihsu gelang es im Anfang des 17. Jahrhunderts, diese bis dahin von einander unabhängigen Lungwenstämme zu einem Volke zu vereinigen, das in gemeinsamer Stokkraft der Herrschaft der durch Eunuchen und Haremswirtschaft entarteten Dynastie Ming ein jämmerliches Ende bereitete. Nachdem der letzte Ming-Kaiser Suoi-Tsung, ein wohlwollender, aber schwacher Mann, seiner Gemahlin, seiner Tochter und sich selbst den Tod gegeben hatte, konnte Taihsu nachfolgen, Taihsung, bereits den Titel des „Gebieters des Mittelreiches“ annehmen, und mit der Eroberung von Peking im Jahre 1644 begann die in nur 15 Jahren zu Ende geführte Unterwerfung des zweiten Reiches.

China unternommenen Opiumkriege, der im Frieden von Peking am 20. August 1842 sein Ende fand.

China stand damals an der Schwelle eines neuen Zeitalters und vor der Notwendigkeit von Reformen, die die hochmütige Mandtschudynastie doch nicht freiwillig wollte. Die Folge davon waren aufständische gegen die Fremdherrschaft der Mandtschu gerichtete Rebellionen, deren letzte wir eben erleben.

Das Denkmal einer Ruhverläuferin. Keltische Italienreisende, die in Genua gewohnt haben, werden sich gewiß noch einer originellen Straßenszene erinnern, die sich selbst aus dem lebhaften Getriebe des Straßenlebens in der wichtigsten Hafenstadt Italiens heraus hob. Da sah man eine würdige Matrone, die mit einem seidenen Halstuch und einer Seidenschürze gekleidet durch die Straßen wanderte, an den Armen zwei große Körbe mit Rüben, die sie jedem Vorübergehenden mit ein paar aufmunternden Worten zum Kaufe anbot.

Doch trotzdem kann man auch heute noch die populäre Gestalt der alten Ruhverläuferin in Genua sehen. Ein prächtiges Marmorstandbild überliefert der Rückwelt Aussehen und Zuge der Frau; wohl eines der seltensten Denkmäler, das man in Italien sehen kann. Wohl kaum ein Fremder, der Genua besucht, verläßt es, den berühmten Campo Santo (Friedhof) der Hafenstadt zu besuchen. Zwischen den stillen Engelgräbern, die sich hier am Berghang hinziehen, fällt ein prächtiges lebensgroßes Marmorstandbild einer schlichten Frau aus dem Volke auf: das Grabdenkmal der kleinen, alten Ruhverläuferin von Genua.

Notizen.

Theaterchronik. Die für Mittwoch, den 25. S. M., nachmittags, im Neuen Schauspielhaus angezeigte Vorstellung: „Kathar der Weise“ beginnt bereits um 3 Uhr.

Vorträge. Auf Veranlassung des Vereins für Volkskunde spricht am Freitag, den 27. Oktober, abends 8 Uhr, im Bürgerhalle des Berliner Rathauses Prof. Dr. H. über: „Schönung und Abhängigkeit“. Der Zutritt ist für jedermann frei.

Sexualprobleme unserer Zeit. Der Vortragszyklus, für den der Bund für Mutterrecht Herrn Dr. med. Magnus

die Gemeinden nicht zustande kam; es spielten da weitgehende Interessen eine große Rolle. So kam es, daß, einer Anregung im preussischen Abgeordnetenhaus folgend, die Regierung plötzlich einen Gesetzentwurf ankündigte, der einen Zwangsverband für Groß-Berlin in Aussicht nahm und der neben anderen Aufgaben vor allem den Bau, den Betrieb und die Erweiterung von Bahnen zum Ziel hat.

Wie wir oben wiederholt dargelegt haben, spielen die kapitalistischen Interessen im Rathaus eine gewichtige Rolle. Bei jeder Gelegenheit wird das Privatkapital begünstigt. Was Wunder, wenn in einer solchen Interessentretzung planmäßig darauf hingearbeitet wurde, auch mit der Großen Berliner Straßenbahn wieder einmal in reine zu kommen.

Die Folge dieses neuen Vertrages ist, so legt unser Redner einbringlich dar, die unbedingte Herrschaft der Großen Berliner Straßenbahn über die Straßen Berlins, soweit der Verkehr von Osten nach Westen in Frage kommt. Alle Einwände unserer Genossen wurden in den Wind geschlagen, die Mehrheit wollte unter allen Umständen Frieden schaffen.

Der das will, kann dazu beitragen, wenn er am Sonntag, den 6. November, einem Sozialdemokraten seine Stimme gibt.

Aus Industrie und Handel.

Geschäftspraktiken in der Maschinenindustrie.

Die großen Aufträge müssen so oft zur Begründung guter Aussichten und günstiger Wirtschaftslage herhalten, daß sie zum ständigen Argument geworden sind. Wie es dabei oft in Wirklichkeit zugeht, zeigen jetzt besonders interessante Vorgänge in der deutschen Maschinenindustrie.

Hirschfeld als Redner gewonnen hat, beginnt am Mittwoch, den 25. Okt., abends 8 Uhr, in der Aula der S. Realschule, Steglitzer Straße 8a. Hörerorten für den ganzen Jyklus — 6 Doppelstunden — für Mitglieder der freien Gewerkschaften bei P. Hirsch im Gewerkschaftshause zu 3 M.

Der neue Fall Vode. Das uralte Prinzip des Pferdehandels, das Hof, das man verkaufen will, zu verschönern, und am anderen, das man kaufen wollte, lauter Fehler zu entdecken, ist auch im Kunsthandel immer noch maßgebend. Auch bei Museumsdirektoren scheint es sehr beliebt zu sein. Herrn Vode ist ja keinliches schon öfter vorgeworfen worden. In dem neuesten Fall, in den er verwickelt ist, dem des hl. Franziskus von Assisi, soll er, wie sein Ankläger Dr. Abels behauptet, ähnlich verfahren sein (wenn auch nicht zugunsten seines Museums). Da Herr Vode nach Amerika verreist ist und nicht klagen will, wird sich ja wohl die Wahrheit nicht gerichtlich feststellen lassen.

Der wiedergefundene Souver. Souver's Gemälde „Reptum und Amphitrite“, das aus dem Museum in Quimper (Frankreich) entführt wurde, hat sich bei einem ehemaligen Professor wiedergefunden. Er gesteht den Diebstahl. Das Bild hatte er vergeblich anzubringen versucht. — Ob das ein gutes Vorzeichen für die Wiedererlangung der „Mona Lisa“ ist?

Der Aetnaausbruch im Kinematographen. In London wird jetzt eine farbige kinematographische Aufnahme des letzten Aetnaausbruchs gezeigt, die unter großen Schwierigkeiten aufgenommen worden ist. Die Darstellung bietet allerdings nicht das Staunenswerte, was man von ihr erwarten möchte, ist aber namentlich für den Geologen außerordentlich interessant, weil sie das langsame Vorrücken eines Lavaströmes in allen Einzelheiten vorführt.

Ein Denkmal des Nationalkonvents wird im Pariser Pantheon errichtet, das bisher außer Fresken religiösen Charakters nur einen miserablen Sockel des patriotischen Schlachtenmalers Detaille als Innenschmuck hatte. Das neue Monument, von dem ein Abguss zur Erprobung der Lichtwirkungen schon jetzt aufgestellt wurde, ist eine Schöpfung des Bildhauers Sicard. Der Konvent wird durch eine hohe, ernste Frauengestalt verkörpert, die sich mit dem linken Arm auf das Rüstornament stützt, in der Rechten ein blankes Schwert hält. Zu ihren Füßen sieht man links in einer leidenschaftlichen Schwärze eine Gruppe berühmter Konventsmitglieder — darunter Danton, Robespierre, Desmoulins, Condorcet, Marat und Carnot vereinigt, während zur Linken eine Schar von Revolutionskämpfern, unter ihnen hoch zu Ross in Jünglingspracht General Hoche, hervordringt.

Petroleum in Turkestan. Wenngleich der Reichtum und die Ergiebigkeit der Kaptoquellen im Gebiet der Kaspi-See unerschöpflich scheinen, so suchen doch die großen Oelgesellschaften immer neue Fördergebiete ausfindig zu machen. So wird demnächst die schwedisch-russische Petroleumfirma Nobel ihre Tätigkeit auch auf das Innere von Turkestan ausdehnen. Doch diese Gegenden reich an Erdöl sind, ist schon lange bekannt. Der Stockholmer Professor Sjögren hat festgestellt, daß das dort aus dem Gebirge hervorsprudelnde sogenannte Bergöl von vorzüglicher Beschaffenheit ist. Es dürfte somit schon in kurzer Zeit im Innern Turkestans eine blühende Petroleumindustrie entstehen.

Werden in Auftrag gegeben. Wenn als Zahlung Materialien — Rohstoffe, Galbafabrikate — angenommen werden. Bares Geld kommt dann überhaupt nicht in die Kasse solcher Unternehmungen, sie müssen mit sehr kapitalgelegenen Bankverbindungen beglückt sein, wenn dabei trotzdem Geschäfte herauspringen sollen.

Die Maschinenfabrik Budau mußte sich vor einiger Zeit sogar damit begnügen — was überdies nicht allzu selten sein soll — für eine der Gewerkschaft Westru gelieferte Brillethanlage Obligationen dieses niederläufigen Braunkohlenunternehmens zu erhalten, und zwar im Betrage von weit über eine Million Mark. Die Gewerkschaft Westru geriet jetzt in Zahlungsschwierigkeiten, die Obligationen sind damit für die Maschinenfabrik Budau zu einem verhassten Verlust geworden. Die typische Rolle der wissenden Finanzmacht spielt bei dieser Sache wieder die Deutsche Bank. Seit September verkauft sie auf der Börse fortgesetzt ganze Posten Aktien der Maschinenfabrik Budau. Sie hatte kurz vorher erst die Werte dieses ihr nicht fremd gegenüberstehenden Unternehmens empfohlen, war auf der anderen Seite auch an der Sanierungsaktion der Gewerkschaft Westru lebhaft beteiligt. Sie war also orientiert, als sie ihre Werte der Budauer Maschinenfabrik, ohne der Öffentlichkeit von den inneren Gründen etwas mitzuteilen, planmäßig abließ. Heute, wo bekannt geworden ist, welche ungünstige Dividendenaussichten für die Aktien der Maschinenfabrik Budau bestehen, ist die Deutsche Bank vor jedem Verluste sicher.

Überdies hat die Maschinenfabrik Budau auch noch anderer Seite hin die Methode der modernen Maschinenbaugeschäfte schon einmal blühartig beleuchtet. Sie lieferte vor einigen Jahren für den Fürsten Hohenlohe zwei Brillethanlagen im Werte von 4,5 Millionen Mark. Mithin verlangte der Fürst Rückzahlung schon geleisteter 1,5 Millionen Mark und Zurücknahme der ganzen Anlage! Es war durchgeföhrt, daß mehrere ihm nahestehende Personen, die sich sehr für die Bestellung der Brillethanlagen gerade bei der Maschinenfabrik Budau ins Zeug gelegt hatten, von ihr für diesen kleinen Liebesdienst zusammen eine Million Mark bekommen hatten. Das Geschäft wurde dann tatsächlich rückgängig gemacht, trotzdem erklärt worden war, daß derlei Provisionen gerade im Maschinenbaugeschäfte nichts Abnormes an sich hätten.

Derlei Praktiken hält selbstverständlich kein noch so gut fundiertes Unternehmen aus.

Inzufriedene Aktionäre.

Eine Anzahl Aktionäre der Linke-Wagon-Aktiengesellschaft ist mit der in unserem letzten Wochenbericht besprochenen Interessengemeinschaft zwischen der Linke- und der Hoffmann-Gesellschaft nicht zufrieden. Sie fühlen sich gegenüber den Vorzugs-Aktionären benachteiligt. Noch ein anderer Grund zur Unzufriedenheit der Aktionäre ist vorhanden. Sie erlangten zu spät Kenntnis von den Dingen. Die Wissenden, die wohl vorwiegend in der Verwaltung zu suchen sein dürften, haben durch Aktienkauf ihren Reibohd bei dem Geschäft gemacht, denn es gibt doch diesmal zirka 160 Proz. Dividende und der Aktienbesitz bestimmt das Bezugsrecht auf die neuen Aktien der Nachgesellschaft. Schließlich erzeugt die Ausschüttung der Dividende überhaupt Mißstimmung, weil dabei die Verwaltung einen Riesenhappen schluckt. Den Aktionären würde eine Kapitalrückzahlung angenehmer sein. Jetzt bekommt zunächst die Direktion eine vertragsmäßige Tantieme, deren Höhe nicht bekannt ist. Die 3 Mitglieder des Aufsichtsrats beziehen im Falle der Verteilung einer über 4 Prozent hinausgehenden Dividende eine Tantieme in Höhe von 8 Proz. von dem Reingewinn, soweit er den 25. Teil des Aktienkapitals übersteigt. Berücksichtigt man lediglich die Dividende als Reingewinn, dann würden diesmal für den Aufsichtsrat schon zirka 825 000 M. als Tantieme herauspringen. Ein akzeptables Extrageschenk. Da die Herren sich dazu jedenfalls auch ein hübsches Pöstchen Aktien geföhrt haben werden, verschafft ihnen die zu dem Zwecke der Ersparnis von Arbeiterlöhnen und der Gewinnvermehrung inszenierte Transaktion einen anständigen Vermögenszuwachs. Die Verwaltung dürfte bei der Geschichte insgesamt ein paar Millionen schlucken. Dafür werden die Leute kräftig mit einstimmen in das Lied von den unerreichlich hohen sozialen Lasten und der Vergehrlichkeit der Arbeiter!

Kriegsfolgen. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die Bank von Philene mit Hauptgeschäften in Konstantinopel, Alexandrien, Smyrna, Saloniki und Athen hat nach Erklärung ihrer Direktion temporär die Zahlungen eingestellt. Das Aktienkapital, das ganz in festen Händen ist, beträgt 8 Millionen Franken. Dem Aufsichtsrat des Instituts gehören erste griechische Persönlichkeiten der Handels- und Kreditkreise an. Die Bank wurde durch die Infolvenz der Bank of Egypt sowie durch die hiesige schwierige Geldlage in Mitleidenschaft gezogen.

Aus der Frauenbewegung.

Ich heirate!

Wie oft hört man, wenn man unter den ledigen Arbeiterinnen für den Anschluß an die Berufsorganisation agitiert, die Entgegnung: „Ach, was soll ich denn im Verband. Ich heirate ja bald und dann gebe ich die Arbeit doch auf.“ Es ist den jungen Arbeiterinnen gewiß nicht zu verdenken, wenn sie sich der schönen Illusion hingeben, die Ehe sei eine Versorgungsanstalt, ein schützender Hafen, in dem sie ihr Lebensglück für immer bergen können. Ach, wenn dem nur so wäre! Leider aber reden die Tatsachen eine andere Sprache, und die nackte Wirklichkeit greift sehr oft mit fiedernder Faust rücksichtslos und unerbitlich in den lieblichen Mädchentraum, und reißt ihn auseinander. Nur allzuvieler der Jungvermählten mußten die bittere Erfahrung machen, daß auch die Frau mit beizugehen muß zum Lebensunterhalt, sollen nicht die Daseinsbedingungen auf die tiefste Stufe herabgedrückt werden. Und in Zeiten der Arbeitslosigkeit oder Krankheit des Mannes liegt in der Regel die ganze Last des Unterhalts auf den Schultern der Frau. Der Mann als „Ernährer“ der Familie kommt seit langem nur noch in bedingter Weise in Betracht.

„Dann brauche ich doch nicht zu heiraten, wenn ich nachher auch noch mitverdienen soll!“

Wie stolz das klingt! Viele haben es nachgesprochen, gedanklos, und nachher, als das unerbitlich-harte Maß an sie herantrotzt, von selbst schon wider und resolut zugegriffen und unbedröhten mitgeschickt, um den Wirtschaftsetat balanzieren zu können. Wenn man jung und sorgenlos ist, sieht die Sache eben anders aus als nachher, da Sorge und Pflicht mit Jenterschwere auf die Schultern drückt. In der Jugend schmerzt die Geißel des Kapitalismus gewöhnlich noch nicht derart, daß daraus von selbst die Erkenntnis reißt: Du mußt dich, mit Deinen Leidensgenossen und Genossinnen verbinden, nur dann leidst du eine Nacht und könnt etwas ausdrücken. Noch schimmert die Welt so rosig, noch hängt der Himmel voller Geigen — ach, wie bald wird der Lust ein End gemacht. Diese Erfahrung kann man nicht nur im gewerkschaftlichen Leben machen. Wer die politischen Veranstaltungen kennt, weiß, daß die überwiegende Mehrzahl der Teilnehmerinnen verheiratete Frauen sind. Für die Lesende trifft das gleiche zu.

Woran es liegt? Zum Teil daran, daß eben die weibliche Jugend sich schwerer für erste Fragen interessiert läßt. Erziehung, Tradition, Vorurteil usw. spielen hierbei eine herbevorragende Rolle. Nicht zum wenigsten aber auch die Gleichgültigkeit vieler „Bräutigams“, die, selbst politisch und gewerkschaftlich organisiert, daselbst für ihre zukünftige Lebensgefährtin nicht für nötig halten. Die Folge davon sind sehr oft Differenzen, die wegen der Beteiligung an der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit und wegen der Beiträge entstehen — alles Dinge, die die unaufgeklärte Frau für überflüssig und schädlich hält. Was in der Brautzeit leicht gefallen wäre, fällt nachher schwer. Es mühte doch mit dem Teufel zugehen, wenn es einem überzeugten Genossen und Gewerkschaftler nicht gelingen sollte, seine Braut von dem Werte und

der Notwendigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit zu überzeugen.

Sehr oft kommt die bittere Einsicht erst, wenn die Arbeiterin zum zweitenmal, als Ehefrau und Mutter, hinausgetrieben wird in den tobensten Existenzkampf. Dann bricht der Traum von dem sicheren Hafen jäh in Scherben. Und der grausame Hoß auf unsere heimische, von Gott gewollte Gesellschaftsordnung zeigt sich besonders in dem Umstande, daß je größer die Arbeiterin, je notwendiger die mütterliche Aufsicht ist, um so mehr die Mutter zur Misarbeit getrieben und der Häuslichkeit entzogen wird. Ja, bis hinein in die mittleren Schichten des Bürgertums greift dieses Uebel bereits. Die Frauenarbeit nimmt erschreckend zu. Je schlechter die Zeiten, je größer die Not, um so gewaltiger wächst die Flut der arbeitenden Frauen. 1907 waren in der Industrie 2 103 924, in Handel und Verkehr 931 373 weibliche Erwerbstätige.

Groß ist die Zahl der geschiedenen und verwitweten Frauen, auch eine drohende Mahnung, sich nicht sorglos auf die Eheversicherung zu verlassen. Die Tatsachen zeigen, daß hierauf kein sicherer Verlaß ist, die beste Gewähr für eine bessere Zukunft bildet einzig und allein der einmütige Zusammenschluß der arbeitenden Frauen in den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Wohl ist schon ein stattliche Schar Frauen organisiert; noch aber stehen Hunderttausende außerhalb der Organisationen, hilflos, ohne Rat und Stütze jeglicher Billfür ausgeliefert.

„Warum sind Sie nicht vorher zu mir gekommen und haben sich bei mir Rat und Auskunft geholt?“ fragte kürzlich anlässlich eines Streiks ein Arbeitgeber eine Arbeiterin, als er erfuhr, daß sie organisiert war. Wie der väterliche „Rat“ ausgefallen wäre, läßt sich leicht denken. Die Unternehmer betrachten die hilflose Frau als willkommene Ausbeutungsbasis, sie ist gewöhnlich billiger und williger als der Mann, sie duckt sich eher, wo jener mußt. Daher die Liebe! Aber als reife Frucht fallen die Ertragsenschaften niemanden in den Schoß. Jeder muß breit auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen will erlärmpft werden. Darum hinein in die Organisationen! Frauen, Mädchen, organisiert Euch, nur dann könnt Ihr eine wirkliche Verbesserung eurer Lage erhoffen.

Beselebende.

Nummernburg. Der Beselebende am Donnerstag findet diesmal bei Tempel, „Café Bellevue“, statt. Genosin Buchmann gibt den Bericht von der Frauenkonferenz in Jena.

Gerichts-Zeitung.

Ein Polizeiwachmeister als unglaubwürdiger Zeuge.

Am 1. Januar hatten der Polizei-Wachmeister Fleischmann und der Kriminalassistent Brahm Dienst vor dem Zirkus Busch. Von einer Zirkusbesucherin erfuhr sie, daß diese ihr Billet in einem Bierlokal gekauft hatte. Die beiden Beamten gingen mit der Dame in das Lokal, um den Billethändler festzustellen. Anscheinend lag nach polizeilicher Auffassung eine Uebertretung der Sonntagruhevorschriften seitens des Billethändlers vor. Die Dame erkannte den Verkäufer des Billets zuerst nicht. Als bald darauf die Beamten mit ihr zurückkehrten, bezeichnete sie den Billethändler Günther als denjenigen, welcher das Billet einem anderen gegeben hatte, von dem sie es kaufte. Hierauf wurde Günther vom Wachmeister Fleischmann sistiert. Dabei soll Günther Widerstand geleistet haben. Er hatte sich deshalb vor der 192. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte zu verantworten.

Vor Gericht wurde die Frage aufgeworfen, weshalb Fleischmann eigentlich die Sistierung vorgenommen hat, da, wie feststeht, ihm die Persönlichkeit Günthers bekannt war. Fleischmann berief sich auf eine Verfügung des Polizeipräsidenten vom 10. Dezember 1909, wonach Billethändler, welche bei einer Uebertretung betroffen werden, in jedem Falle zu sistieren und bis 9 1/2 Uhr abends auf der Wache festzuhalten sind, damit sie an dem betreffenden Abend nicht mehr handeln können.

Wie Günther vor Gericht angab, packte ihn Wachmeister Fleischmann im Lokal, schob ihn zur Tür hinaus, schimpfte: „Sie Spitzhube, Sie Halunke, wenn ich die Nacht dazu hätte, brächte ich Sie ins Zuchthaus!“ und zog vor der Tür des Lokals den Säbel, allerdings ohne zu schlagen. — Der als Zeuge vernommene Wachmeister Fleischmann erklärt alles, was der Angeklagte sagt, für ausgeschlossen. Er gibt an, er habe Günther nicht geföhnt, sondern ihn am Arm hinausgeführt. Draußen habe Günther Widerstand geleistet. Deshalb habe er, der Zeuge, an den Säbel gefaßt, ihn aber nur ein kleines Stück aus der Scheide gezogen. Daß er den Säbel ganz herausgezogen habe, erklärt der Zeuge mit großer Bestimmtheit für ausgeschlossen.

Nach Fleischmann traten mehrere Zivilzeugen auf, die gesehen haben, daß der Wachmeister durch einen Stoß ins Genick den Angeklagten Günther aus dem Lokal beförderte. Zwei Zeugen gaben mit großer Bestimmtheit an, daß Fleischmann vor dem Lokal den Säbel ganz herausgezogen hatte. Als später ein dritter Zeuge ebenso bestimmt ein nur teilweises Herausziehen des Säbels gesehen zu haben angab, stellte der vorstehende Amtsrichter diese Zeugen gegenüber und meinte, einer derselben müsse doch gelogen haben. Gegen diese Charakterisierung von Zeugenaussagen legte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn, entschieden Verwahrung ein und bemerkte, daß Widersprüche in den Aussagen von Beamten nicht so charakterisiert worden seien. Gegen Ende der Verhandlung befandete noch ein Schutzmann Hagens, daß Fleischmann den Säbel ganz herausgezogen hatte, während Fleischmann bei seiner Angabe blieb. — Jetzt sagte der Vorsitzende nicht, daß einer von diesen beiden gelogen haben müsse.

Nachdem Günther selbigenommen war, wurde er nach der Wache gebracht, wobei ihm Wachmeister Fleischmann am Arm festhielt. Kurz vor der Wache zog Fleischmann den Säbel und schlug Günther mehrmals über den Kopf. Zwei Säbelhiebe gibt Fleischmann selber zu. Ein anderer Zeuge sprach von drei bis vier Hieben. Fleischmann gibt an, er habe den Säbel zu seiner Verteidigung gebraucht, denn Günther habe sich losgerissen und sei angriffsweise gegen ihn vorgegangen. — Nach der Darstellung anderer Zeugen spielte sich dieser Vorgang so ab: In kurzer Entfernung hinter Fleischmann und Günther ging der Kriminalassistent Brahm im Gespräch mit der Billetkäuferin. Kurz vor der Wache rief Brahm dem Wachmeister Fleischmann zu, Günther habe das Billet nicht verkauft, er könne also losgelassen werden. Als Günther das hörte, drehte er sich um, und nun zog Fleischmann blank und hieb auf Günther ein.

Günther mußte, der Verfügung gemäß, längere Zeit auf der Wache bleiben. Inzwischen hatte seine Frau von dem Vorgefallenen Kenntnis erhalten. Sie eilte nach der Polizeiwache, um sich nach ihrem Manne zu erkundigen. Da soll sie der Wachmeister Fleischmann in buchstäblichem Sinne des Wortes hinausgeworfen haben. Um das zu beweisen, hatte der Verteidiger Frau Günther laden lassen, aber das Gericht vernahm diese Zeugin nicht. Es wurde jedoch durch andere Zeugenaussagen dargetan, daß Fleischmann zur Zeit des Vorganges sehr erregt war und auch andere Billethändler bedroht hatte.

Der Amtsanwalt meinte, die Schuld des Angeklagten sei erwiesen, er müsse deshalb mit einer Woche Gefängnis bestraft werden.

Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn beantragte Freisprechung, da der Angeklagte keinen Widerstand geleistet habe. Abgesehen davon,

daß die Verfügung, auf welche sich die Sistierung stützt, ungesetzlich sei, wäre die Sistierung schon deshalb unberechtigt gewesen, weil ja Günther das Billet gar nicht verkauft hatte. Von einer berechtigten Amtshandlung könne also keine Rede sein. Jedenfalls habe Günther, der ja die Verfügung des Polizeipräsidenten nicht kannte, annehmen müssen, das Vorgehen gegen ihn sei unberechtigt. Sollte der Angeklagte bei seiner Festnahme versucht haben, sich loszureißen, so sei er ja berechtigt, einer rechtswidrigen Freiheitsberaubung Widerstand entgegenzusetzen. Vor der Wache sei zweifellos Fleischmann der Angreifer gewesen, gegen dessen Schläge sich Günther mit vorgehaltenen Armen zu schützen suchte. Es fehle jede Möglichkeit, den Angeklagten wegen Widerstandes zu bestrafen.

Das Gericht hat sich — wie der Vorsitzende verkündete — nicht von der Schuld des Angeklagten überzeugen können und ihn deshalb freigesprochen. Es mag dahingestellt bleiben, ob sich Fleischmann in berechtigter Ausübung seines Amtes befand. Das Gericht hält nicht für erwiesen, daß der Angeklagte Widerstand geleistet hat. Der Zeuge Fleischmann hat sich bezüglich des ersten Säbelhiebens vor dem Lokal in Widerspruch gesetzt zu den Angaben des Schutzmanns Hagens und anderer Zeugen. Hiernach kann die Aussage Fleischmanns allein nicht genügen um den Angeklagten zu überführen. Da Fleischmann aber der einzige ist, welcher angibt, der Angeklagte habe Widerstand geleistet, so mußte Freisprechung erfolgen.

Eine Liebestragödie im Grunewald

bildete den Gegenstand einer Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Pesse die 2. Strafkammer des Landgerichts III beschätzte. Aus der Untersuchungshaft wurde der 21jährige Freizeugehilfe August Kaufmann vorgeführt.

Am frühen Morgen des 7. September d. J. erschien der jetzige Angeklagte bei dem Wächter des Kaiser-Wilhelm-Turmes im Grunewald und erklärte, er habe seinen Weibchen erschossen. Er telephonierte dann nach dem Krankenhaus Westend und bat um sofortige Sendung eines Krankenwagens. In der Zwischenzeit begaben sich mehrere Personen unter Führung des Angeklagten in den Wald, wo die 21jährige Sophie A., die Braut des Angeklagten, aus zwei Wunden an der Schläfe blutend aufgefunden wurde. Sie wurde mittels des inzwischen eingetroffenen Krankenwagens nach dem Krankenhaus geschafft, wo sich die Verletzungen als nur leicht herausstellten. Die Ermittlungen ergaben folgendes. Der Angeklagte war seit Mai ohne Stellung, verlor sich nach kurzer Bekanntschaft mit der um zwei Jahre älteren Sophie A., die als Dienstmädchen in Stellung war. Als die A. ihm dann eines Tages ein „süßes Geheimnis“ in das Ohr flüsterte, brach der wenig männliche und völlig unteife junge Mensch zusammen. Anstatt den Kampf ums Dasein aufzunehmen, um die von ihm geliebte zu heiraten, warf er gleich die Pistole ins Korn. Seine Rutilosigkeit wirkte auf die sonst lebenslustige A. derartig ein, daß auch sie ohne jedes Nachdenken sich schließlich bereit erklärte, aus dem Leben zu scheiden. Um diesen Entschluß auszuführen, steckte der Angeklagte eines schönen Tages eine kleine Pistole, wie sie sonst zum Spänschießen verwendet wird, und zwei Patronen zu sich. Das Pärchen fuhr dann nach dem Grunewald hinaus und mietete sich in Pichelsberge ein Auberboot, in welchem die Tat vollführt werden sollte. Um ganz sicher zu gehen, schludten beide ein von ihm zusammengebräutes „Gift“. Nachdem sie längere Zeit enganeinandergeschmiegt in dem Kahn gefessen und den Tod erwartet hatten, äußerte sich die Wirkung des Giftes bei ihnen in einer recht unerwarteten Weise. Der Angeklagte hatte nämlich zufällig ein in der Medizin als Brechmittel verwendetes Präparat erwischt, so daß beide ergrungen waren, dem Fluchgott ihren Tribut zu zahlen. Hierdurch noch nicht genügend erachtet, gingen die beiden Lebensmüden in den Wald, wo sie bis zum frühen Morgen lagerten. Auf ihr Verlangen schob der Angeklagte der A. dann eine Kugel in die Schläfe, die aber nur eine ganz ungeschädliche Verletzung hervorrief. Auf ihr weiteres Verlangen schob er dann auch noch die zweite, eigentlich für ihn selbst bestimmte Kugel auf die A. ab, die ebenfalls nur eine leichte Verletzung an der Schläfe verursachte. — Da es ein verführtes Verbrechen gegen den § 218

Tötung auf ausdrückliches und ernstliches Verlangen

nicht gibt, wurde gegen A. Anklage wegen Körperverletzung mittels gefährlicher Werkzeuge erhoben. — Vor Gericht beantragte Staatsanwalt Köster eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren, da der Angeklagte anstatt seines Einflusses als Mann aufzubieten und der A. die richtigen Gedanken auszureichen, sich nicht geföhnt habe, ein recht freibehaftes Spiel mit einem Menschenleben zu treiben. — Das Gericht hielt dem Angeklagten zugute, daß seine Tat keinerlei schädliche Folgen gehabt habe und erkannte auch mit Rücksicht auf seine Jugend nur auf 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat der Untersuchungshaft.

Ein Zuhälter.

Der längere Zeit mit beispielloser Rohheit das Gewerbe einer Art Slavenhändlers betriebene hatte, wurde gestern auf längere Zeit unschädlich gemacht. Wegen gefährlicher Körperverletzung und Zuhälterei hatte die 4. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Cauer gegen den 23jährigen „Arbeiter“ Paul Leffin zu verhandeln. — Der Angeklagte hatte vor längerer Zeit die Bekanntschaft der Arbeiterin Anna B. gemacht, die er allmählich derartig unter seinen Einfluß brachte, daß er sie zwang, auf der Straße Geld zu verdienen. Des Tags über sperrte er das Mädchen ein, während sie des Nachts von ihm verfolgt auf Männerfang ausgehen mußte. Wenn ihm das von der B. abgelieferte Geld nicht genügte, schlug er sie in der brutalsten Weise mit allen möglichen Gegenständen, die ihm gerade in die Hände fielen. — Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf die außerordentliche Rohheit des Angeklagten auf 3 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Außerdem wurde vom Gericht die Ueberweisung an das Arbeitshaus nach verbüßter Strafe über ihn verhängt.

Abgeschlagene Urheberschaftsmanie.

Frau Adele Schreiber hatte sich gestern vor der 8. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Liebenow auf eine eigenartige Anklage wegen unberechtigten Nachdrucks zu verantworten. In der Zeitschrift „Dabeim“, dem „Frauen-Erwerb“, hatte der Schuldirektor Dr. Hübel in Saalfeld einen Artikel „Ein Verur für die vermittelte Frau“ veröffentlicht, in dem er für eine Ausdehnung der Altersgrenze für den Besuch des Gewerkschullehrerinnenseminars eintrat, um verwitweten Frauen Gelegenheit zu geben, ihre reicheren Lebenserfahrungen als Lehrerinnen in der Fortbildungsschule zu verwerten. Frau Adele Schreiber hatte in der von ihr herausgegebenen Zeitungs-Korrespondenz „Frauen-Zeitung“ dieser Arbeit des Dr. H. einen sympathischen Artikel gewidmet und zur Kennzeichnung der empfehlenswerten Tendenz etwa 17 Zeilen aus jenem Artikel, die als wörtliche Ausführungen des Verfassers kennlich gemacht worden waren, ihrem Artikel eingefügt. Dadurch soll sie sich gegen das Urheberrecht vergangen haben. Dr. H. stellte Strafantrag, nachdem sein Anspruch auf Zahlung von 100 M. von Frau Schreiber abgelehnt worden war. Staatsanwalt Dr. Erich hielt eine Verletzung des Gesetzes betr. das Urheberrecht für nachgewiesen und beantragte 50 M. Geldstrafe. Die Angeklagte sowohl als auch die Rechtsanwältin Gronemann und Gränsbach wiesen dagegen darauf hin, daß es dem Dr. H. bei Abfassung seines Artikels nicht auf Gelderwerb, sondern vielmehr nur auf einen propagandistischen Artikel im Interesse des Frauenerwerbes angekommen sei. Die Angeklagte sei der Meinung gewesen, daß dem Dr. H. eine so empfehlende Kritik und damit eine weite Verbreitung des Inhalts seines Artikels äußerst erwünscht hätte sein müssen. Sollte die Provis des Dr. H. fluss werden, dann würde jede journalistische Tätigkeit lahmgelegt werden. — Der Gerichtshof erkannte im Anschluß an diese Ausführungen auf Freisprechung.

Die Anklage zeigt, wohin die Urheberrechtsmanie führt. Eine Anklage gegen den Schuldirektor wäre verständlicher gewesen, als die erhobene.

Ein weltfremdes Urteil.

Die Strafkammer in Plauen fällt gegen den Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes in Falkenstein, Böhmman, und gegen einen Textilarbeiter in Rodewisch ein für die Auffassung geleiteter Richter bezeichnendes Urteil.

In einer im vorigen Jahre in Rodewisch abgehaltenen Betriebsversammlung erklärte Böhmman, daß ihm glaubhaft versichert worden sei, daß die Firma Wolff u. Söhne als diejenige Firma bekannt ist, welche die niedrigsten Löhne in Rodewisch zahle. Der Mitangeklagte hatte ihm kurz vorher erzählt, daß er im Jahre 1908 bei dieser Firma gearbeitet habe und ihm da einmal ein Stundenlohn von 9¼ Pf. ins Lohnbuch eingetragen worden ist. Bei der Wiedergabe dieses war ihm der Irrtum unterlaufen, daß er von 8¼ anstatt 9¼ Pf. sprach. Und außerdem habe er die bei der Firma Wolff u. Söhne gezahlten Löhne als Hungerlöhne bezeichnet. Zwei in der Versammlung anwesende Werkmeister erstatteten hierüber der Firma Bericht. Diese erhob gegen Böhmman wegen einfacher und gegen den Textilarbeiter wegen verleumdender Beleidigung Anklage. Die Staatsanwaltschaft erhob gegen beide Anklage im öffentlichen Interesse. Das Schöffengericht in Auerbach hat im Juli u. Z. beide Angeklagte freigesprochen, ihnen auch den Schutz des § 193 zugebilligt. Hingegen legte aber die Staatsanwaltschaft Verurteilung ein. Ueber diese Verhandlung am Mittwoch die Plauener Strafkammer. Der Oberstaatsanwalt Dr. Huber vertrat die Anklage. Wie sehr ihm die moderne Arbeiterbewegung eine wildfremde Erscheinung geblieben ist, ergab sich u. a. auch aus seiner vollen Zorn ausgestoßenen und im Inhalt doch so naiven Frage: „Was für ein Recht hat der Angeklagte, sich um die Lohnverhältnisse bei der Firma Wolff u. Söhne zu kümmern, wenn die Arbeiter der Firma das gar nicht begehrt haben?“ Dabei hat Böhmman die Äußerung in einer Betriebsversammlung der Arbeiter dieser Firma getan. Er ist Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes, hat also die Pflicht, für die Verbesserung der Lohnverhältnisse der Arbeiter einzutreten und war in jener Versammlung auch Berichtserhalter. Der Oberstaatsanwalt beantragte strenge Bestrafung. Das Gericht hat seinem Verlangen nach: es erkannte gegen Böhmman auf 14 Tage Gefängnis und gegen den mitangeklagten Textilarbeiter auf 8 Tage Gefängnis. Der Schutz des § 193 wurde beiden verweigert. Böhmman, so hielt es in der Urteilsbegründung, habe durch das Wort „Hungerlöhne“ sich der Beleidigung schuldig gemacht, er habe leichtfertig die Ehre der Firma Wolff u. Söhne berührt. Dies ungemein harte Urteil, obwohl in der Gerichtsverhandlung die von Böhmman gemachten Äußerungen bis auf die eine Mitteilung des mitangeklagten Textilarbeiters als richtig zugegeben werden mußten. Von Klassenjustiz soll aber trotzdem nicht gesprochen werden.

Versammlungen.

Verband der Sattler und Portefeuliers. Am Mittwoch fand die Quartalsversammlung statt. Schulze erstattete den Geschäftsbericht. Die Tarifbewegung der Reiseartikelbranche ist glatt und in befriedigender Weise beendet worden. Schwierigkeiten ergaben sich nur bei der Durchführung des abgeschlossenen Tariffs in einer Anzahl Betriebe, die bis jetzt auch größtenteils behoben sind. Wo dies nicht zutrifft, handelt es sich nur um kleine Betriebe, die eine geringe Anzahl Gehilfen beschäftigen und die das Gesamtergebnis nicht beeinträchtigen können. Differenzen waren in verschiedenen Betrieben anderer Branchen eingetreten. Durch das Eingreifen der Organisation konnten dieselben mit Erfolg beigelegt werden. Durch die Tarifbewegung der Tapezierer wurde die Eisenmöbelbranche gleichfalls zu einer Lohnbewegung veranlaßt, da die gesteigerten Lebensbedingungen es erheischten und andererseits, damit die in Betracht kommenden Arbeiter den Tapezierern gegenüber nicht als Lohnrüder aufzutreten brauchten. **Weyher** erstattete den Kassendbericht: a) Ortsverwaltung: Einnahmen und Ausgaben balancieren mit 19 633,80 M. An Unterstützungen sind folgende Summen ausgezahlt worden: Streik 1216,80 M., Maßregelung 971,70 M., Reise 159,00 M., Arbeitslosen 4507 M., Kranken 3028,50 M. An die Hauptkasse wurden abgesandt: 4771,47 M. b) Lokalkasse: Einnahmen und Bestand: 63 201,27 M., Ausgaben: 4267,72 M. Bestand vom 30. 9. 1911: 58 913,55 M. Unter den Ausgaben befinden sich folgende Zuschüsse zu den Unterstützungen: Streik 200 M., Maßregelung 108,59 M., Arbeitslosen 2606,75 M., Kranken 660,25 M. c) Berliner Verwaltung: Einnahmen: 2724,69 M., Ausgaben: 2507,27 M., Bestand am 30. 9. 1911: 217,42 M. d) Lehrlings- und Jugendabteilung: Einnahmen und Ausgaben balancieren mit 155,10 M. Mitgliederbewegung der Jugendlichen: Mitgliederbestand am 1. Juli 1911: 143. Davon sind Lehrlinge: 123, Hilfsarbeiter: 20, Mitgliederbestand am 30. September 1911: 130, davon sind Lehrlinge: 112, Hilfsarbeiter: 18. Mitgliederbewegung der Erwachsenen: Mitgliederbestand am 1. Juli 1911: 8372, darunter 221 weibliche Mitglieder. Mitgliederbestand am 30. September 1911: 8399, darunter 242 weibliche Mitglieder. Benutzung des Arbeitsnachweises:

Eingeschriebene Arbeitslose: 663, davon 52 nicht organisiert; Juli 245, August 202, September 216. **Verlangte Arbeitskräfte:** 428, Juli 66, August 101, September 239. **Belegte Stellen:** 280; Juli 63, August 64, September 162. Die Konjunktur war in den letzten beiden Quartalen — wie Hauptmann in seinem Bericht hervorhob — sehr günstig, nur für die Damentaschenfabrikation trifft dies nicht zu. Nachdem noch einige Ausschluß- bzw. Aufnahmeanträge erledigt waren, hielt Dr. phil. Felix Kochert von der Humboldtakademie einen interessanten Vortrag über: „Die Geschichte der Ehe und Familie“, der mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Lehrer Roewes droht mit dem Staatsanwalt. Mit diesem Thema beschäftigte sich am Sonntag eine nach Wöllsteins Lustgarten in Adlershof einderufenen von 700 Personen besuchte öffentliche Versammlung. Den Lesern des „Vorwärts“ sind die Vorgänge, welche der Behandlung des Themas zu Grunde lagen, bereits aus der Nr. 247 dieses Blattes vom Tage vorher bekannt. Der Referent, Gemeindevorsteher Horstig, rollte den ganzen Fall Roewes, wie er im April 1910 seinen Anfang genommen und nunmehr wieder zu einem unliebsamen, die Eltern erbitternden Vorkommnis geführt hat, vor den Zuhörern auf. Seine Ausführungen wurden wiederholt von stürmischen Beifallsstürmen und scharfen Zwischenrufen unterbrochen. — In der Diskussion meldeten sich mehrere Väter zum Wort und führten ebenfalls lebhaft Klage. — Die Versammlung, welche auch von Anhängern der bürgerlichen Parteien stark besucht war, nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die heute, am Sonntag, den 22. Oktober, in Wöllsteins Lokal in großer Anzahl versammelten Eltern schulpflichtiger Kinder erheben gegen die vom Lehrer Roewes an dem Knaben Berndt verübte Schädigung allerhöchsten Protest und fordern sofortige Abhilfe. Die Anwesenden verwahren sich energisch dagegen, daß Herr Roewes versucht, in einem an den Vater des Knaben gerichteten Briefe die Kritik seines persönlichen Verhaltens als Hege gegen den gesamten Lehrerstand zu bezeichnen. Es steht vielmehr fest, daß die Anwesenden, soweit sie der Sozialdemokratie angehören, durch ihr Wirken in Reich, Staat und Gemeinde stets um die Hebung der geistigen und materiellen Interessen des gesamten Lehrerstandes bemüht waren und auch in Zukunft sein werden. Die Versammelten erkennen aber auch an, daß derartige Auswüchse, wie sie der Fall Roewes entwickelt, unausbleibliche Folgen des heutigen Schulsystems sind, sie geloben deshalb, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Sozialdemokratie auch die Herrschaft über das Gebiet der Schule erlangt. Sie allein vertritt die Anschauung, daß wahre Menschenbildung weder der Prügelstrafe, noch sonst einer anderen Bestrafung bedarf.“

Mit-Gliedende. In der Generalversammlung sollte der Bericht vom Parteitag gegeben werden; der Zentralvorstand hatte jedoch seinen Referenten gefunden, weil den Genossen die Parteitagprotokolle zur Verfügung standen. Die Genossen wollen gegen diese Wahlnahme Protest erheben. Betont wurde, daß ein Referent, welcher den Parteitag besucht hat, in Kürze die Genossen besser informieren könne, als dies durch das Lesen des Protokolls der Fall sei. Aufgenommen wurden zwei Genossen. Den Kassendbericht erstattete Genosse Karl König. Einer Gesamteinnahme im ersten Quartal von 242,60 M. steht eine Gesamtausgabe von 219,56 M. gegenüber. Der minimale Verkauf der Raimarken wurde von den Genossen bemängelt und die Bezirksführer beauftragt, Umfrage bei den Genossen zu halten, wer gearbeitet und keine Raimarken gekauft hat. Den Gemeindevorsteherbericht gab Genosse Max Winkelmann. Unter anderem gab Redner bekannt, daß auf Antrag unserer Genossen die Gemeinde den bedürftigen Ortsbewohnern zur Anschaffung von Kartoffeln 1000 M. als Darlehen zur Verfügung gestellt hat. Beschlossen wurde, einen Lichtbildvortrag über die deutsche Revolution 1848/49 mit nachfolgendem Tanz stattfinden zu lassen. In der Versammlung legten die Genossen Kietner und Klein das Amt als Bezirksführer nieder. An deren Stelle wurden die Genossen Gustav Schulz und Dürr gewählt.

Petershagen bei Fredersdorf. In einer von zirka 300 Personen besuchten Versammlung referierte am Sonntag im Lokal „Zum alten Deffauer“ Genosse Udo über Feuerung und die bevorstehende Reichstagswahl. Die Anwesenden, darunter viele Frauen, lauschten mit großer Aufmerksamkeit den Ausführungen des Referenten, welcher in seinem anderthalbstündigen Vortrag in sehr trefflicher Art die Sünden des schwarzblauen Bloß kennzeichnete. Der Referent ermahnte am Schluß seines beifällig aufgenommenen Vortrags die Anwesenden, bei der nächsten Wahl Mann für Mann ihre Stimme nur dem Kandidaten der Sozialdemokratie zu geben.

Genosse Höfelbarth-Petershagen forderte am Schluß die Versammelten auf, sich, soweit dies noch nicht der Fall ist, zu organisieren und „Wortwärts“ zu werden. Am Anfang sowie am Schluß der Versammlung brachten Mitglieder des Arbeitergefangenenvereins „Solidarität“ einige stimmungsvolle Lieder zu Gehör.

Reichsede. Zum ersten Male fand an unserem Orte eine öffentliche Versammlung am Sonntag statt. Sie mußte, da kein Saal und freistehend, auf dem Grundstück des Gastwirts Voigt unter freiem Himmel abgehalten werden. Genosse Stadthagen sprach über „Feuerung, Kriegsbege und Reichstagswahlen“ vor etwa 300 Zuhörern recht wirkungsvoll. In der

Diskussion erwartete man als Gegner den Rechtsanwalt Brederod, den Sohn eines in der hiesigen Gegend ansässigen Besitzers. Die Versammlungsbefucher waren recht enttäuscht, als nicht Brederod, sondern ein Schriftsteller Fedor aus Berlin das Wort nahm, um allerhand konfusos Zeug zum Besten zu geben. Die niederziehende Wirkung seiner Darlegungen auf die in nicht unwesentlicher Anzahl erschienenen Anhänger des Bundes der Landwirte und des patriotischen Vereins war so stark, daß das „Hoch das Vaterland!“, mit dem er schloß, ohne irgend ein Echo blieb. Sofort nach der Rede verduftete der konservative Gegner mit einem kleinen Häuflein Begleiter. Die Versammlung schloß nach einem anfeuernden Appell des Vorsitzenden zu ernstlicher Agitations- und Organisationsarbeit mit einem brausenenden Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Eine Reihe der Sozialdemokratie bislang fernstehender meldete sich zur Aufnahme in den sozialdemokratischen Wahlverein.

Eingegangene Druckschriften.

Die lebendig Toten. Aus dem Russischen von K. L. 1,50 M. S. Caspari, Berlin W. 35.
Reichskredit! und weicher Stimmgittel bei Reichstagswahlen. Verlag H. B. Hüffel, Frankfurt a. M.-Süd. 60 Pf.
Neue Musik. Zeitung, 83. Jahrg. Heft 1. Quart. 6 Hefte. 2 M. C. Grüniger, Stuttgart.
Stimmpflege und Tonbehandlung nach Wagbagnan. Von Dr. D. Schulz. 15 S. D. Kammann, Leipzig.
Kleine weiße Sklaven. Von Henriette Krenndl, Volkshilfskassierin a. D. Vita, Deutsches Verlagshaus, Berlin-Süd. 2,50 M., geb. 3,50 M.
Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung. Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun. Heft 2 und 3. J. Springer, Berlin W. 9.
Nacht und unsern Kindern leben. Ein Buch für Eltern und Erzieher. Von Otto Ernst. 2,50 M., geb. 3,50 M. L. Stadtmann Verlag, Leipzig.
Judas. Roman von Lulu von Strauß und Lorenz. 6 M. — **Oedipus.** Bilder aus den Kreisen der Familie Alet. Von Franz Rabl. C. H. F. H. Schödel u. Co., Berlin W., Unterstr. 16.
Das Schlafzimmer. Poetisches Flugblatt von G. Lautensack. — **Macchirus.** Lyrisches Flugblatt von H. H. Reber. 30 Pf. — **Kilberud.** Von Leon Deibel. 30 Pf. — **Felix und Galathea.** Von Franz Deibel. 30 Pf. — **H. H. Reber, Bismarcksdorf, Kaiserplatz 16.**
Vom freudigen Schaffen. Eine Anthologie aus unseren Tagen. Herausgegeben von Julius H. Wenzel. Geb. 1,80 M. — **Das Buch Adelheid.** Von Horst Schöttler. 3 M., in Originalband 4 M. L. Stadtmann Verlag, Leipzig.
Auf dem engen Steg. Schauspiel von G. Rathel. 143 S. Druck von D. Brandstätter, Leipzig.
Das tolle Salzburger-Buch. Heitere Lektüre und Vortragsgläde von Professor Wallace Salzer. Verlag Anton J. Benjamins, Hamburg XI. 3 M., geb. 4 M.
Die Andere. Roman von M. Grad. 457 S. J. B. Grunow, Leipzig.
Des Königs Erziehung. Eine halb spahische Geschichte von B. Hegeler. 200 S. Holbein, Stuttgart.
Das große Weltpanorama. Band XI. 7,50 M. — **Symanns Alpen-Kalender 1912.** 2 M. W. Symann in Berlin und Stuttgart.
Auf die Schanzen. Lichter und Lektionen von Th. Kappstein. 223 S. Reuß u. Pollack, Berlin, Potsdamer Str. 118a.
Sonnenblicke. Verse von R. Petersen. 107 S. Geb. 2 M. Kurt u. Co., Hamburg.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im Lokal Nr. 69, vorn des Treppens — **Adlershof** — wochentäglich von 4 bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Vereinstagen bestimmten Antrage ist ein Buch und eine Zahl als Merkmal beizufügen. Vielfache Antworten werden nicht erlitten. Anträge, denen keine Kennzeichnung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.
W. S. 21. Die Redaktionsstelle erhält so große Mitteilungen, daß sich eine Einigung ev. Bezahlung empfiehlt. — **W. M. 40.** 1. 1,45 Mark. 2. 35 Pf. 3. Ja, sofern nicht ein Verzicht vorliegt. — **Trimborn, Nürnberg.** Es war auf Grund des § 23, Abs. 2 Reichsdrehgeleitzfreiprechung möglich. — **R. 263.** Erinnere Sie schriftlich an Erziehung. — **C. W. 19.** Bekämpfe an das Volksempfinden. — **W. M. 8.** Der Vortier ist reinigungsbedürftig. — **F. S. 9.** 1. Ja, sofern eine Zwangsversteigerung vor dem 3. Januar vorliegt. 2. Nein. — **Hildegard 100.** Nein. — **C. R. 12.** Wenn sich nachweisen läßt, daß der Wert kein Verprechen nicht erfüllt hat, sind Sie nicht zahlungspflichtig. — **C. S. 88.** 1. Berlin-Mitte, Neue Friedrichstr. 12/15. 2. Bis einschl. Kalenderjahr 1912. — **W. W. 56.** Dem Gerichtsvollzieher, sofern er einen Schuldtitel besitzt. — **R. G.** Sie sind nicht zahlungspflichtig. Reklamieren Sie. — **Strittende Kernmacher.** Streitfragen entscheiden wir nicht. — **W. S. R. 55.** Sie sind zahlungspflichtig. — **R. 80.** Führen Sie Beschwerde beim Landrat. — **H. Nizdorf.** Erheben Sie Erinnerung bei der Gerichtsstelle, sobald der Stempel für die zweite Vollmacht in Betracht kommt. Für den einmaligen Stempel sind Sie als Zweitschuldner haftbar. — **W. S. 100.** Das ist statthaft. —

Marktpreise von Berlin am 23. Oktober 1911, nach Ermittlung des königlichen Vollgelpräsidiums. Marktblattenspreise (Kleinsthandel), 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 35,00—50,00. Speisebohnen weiße, 35,00—50,00. Linsen 40,00—50,00. Kartoffeln 7,00—14,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,70. Schweinefleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,50—2,40. Sammelfleisch 1,30—2,00. Butter 2,40—3,40. 60 Stück Eier 3,80—6,40. 1 Kilogramm Rindfleisch 1,20—2,40. Kalb 1,20—2,80. Kanber 1,40—3,60. Fische 1,20 bis 2,50. Barfische 0,80—2,00. Schleihe 1,40—3,00. Welse 0,80—1,60. 60 Stück Straß 2,40—24,00.

Auffallend billige Angebote

Besonders günstige Kaufgelegenheit!

Blaue Cheviot-Anzüge für 2-8 Jahre durchweg	2 90 M.	Jackett-Anzüge neueste Stoffe u. Fass. f. 9-14 Jahre, durchweg	9 u. 7 50 M.
Stoffanzüge sehr haltbar, verschiedene Muster und Fassons, 2-8 Jahre durchweg	4 50 M.	Loden-Joppen warm gefüttert, für 4 bis 9 Jahre durchweg	3 50 M.
Manchester-Anzüge 1. viel Farb. Blusenfass 2-8 Jahre . . . durchweg	3 50 M.	Loden-Joppen in vielen Farben, warm gefüttert, 10-14 Jahre, durchweg	4 50 M.
I ^a Manch.-Anzüge unverw. gut Verarb. 2-8 Jahre . . . durchweg	6 50 M.	Knaben-Pyjack Aermel mit Abschehen, für 2-8 Jahre durchweg	4 25 M.
Kammgarn-Anzüge 1. blau, braun, oliv. Schöne Fass. 2-8 Jahre, durchweg	6 50 M.	Knaben-Hosen blau und gemustert, 2-8 Jahre, durchweg	1 50 u. 60 Pf.
Sport-Anzüge in vielen Mustern und Fassons, sehr haltbar, 2-8 Jahre . . . durchweg	6 50 M.	Schüler-Hosen in vielen Mustern 9-14 Jahre, durchweg	2 00 M. u. 1 50 M.
Sport-Anzüge reiche Ausmusterung, für 10 Jahre (jede größere Nummer 50 Pf. mehr)	9 50 M.	Knaben-Mancheft.-Hosen 2-8 Jahre durchweg	2 35 M.

Schüler-Mützen viele Formen von 60 Pf. an

Große Posten Muster-Anzüge, Pyjacks, Ulster, Paletots Prima Stoffe, aparte Fassons, teilweise unter Herstellungspreis

Loden-Pelerinen für Knaben und Mädchen, imp. Stoffe, grau, oliv und braun von M. 4 50 an



BaerSohn

Kleider-Werke, Deutschlands größte Fabrik dieser Art
Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Große Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstraße 10

Unserm alten Parteigenossen
Franz Busch
 und seiner lieben Gattin zu
 ihrem 25jährigen Jubiläum
 die herzlichste Gratulation.
 Die Genossen der VIII. Gruppe,
 Charlottenburg.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
 Gärlicher Viertel,
 (Bezirk 225 I).
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Ratscher
Hermann Meißner
 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 26. Oktober, nach-
 mittags 3 Uhr, auf dem neuen
 Jakob- Kirchhof in Rixdorf,
 Hermannstraße, statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nach-
 richt, daß unser Kollege, der
 Volkshauswart
Hermann Knauz
 vom Transport-Comtoir Anhalter
 Bahnhof
 am 23. Oktober im Alter von
 42 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 26. d. Mts.,
 nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle des Christl. Ge-
 meinde-Kirchhofes, Nietenrader
 Chaussee aus statt.
 71/17

Den Mitgliedern fernst zur
 Nachricht, daß unser Kollege, der
 Bodenarbeiter
Karl Schulz
 am 23. Oktober im Alter von
 31 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 26. d. Mts.,
 nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle des Rixdorfer
 Gemeinde-Kirchhofes in Rixdorf,
 aus statt.
 71/17

Berner fand unser Mitglied, der
 Hausdiener
August Bargel
 am 8. Oktober im Alter von
 23 Jahren.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 26. d. Mts.,
 nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des Zentral-Friedhofes in
 Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Bezirksverwaltung.

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herz-
 licher Teilnahme bei der Beerdi-
 gung unseres lieben, unvergess-
 lichen Vaters, des Mitglieds
Paul Eichel
 sagen wir allen Verwandten,
 Freunden und Bekannten, ins-
 besondere der Firma Raschall, den
 Landenkolonisten und dem deut-
 schen Handwerkerbund unseren innig-
 sten Dank.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen und Kolleginnen
 zur Nachricht, daß unser Mitglied,
 die Arbeiterin
Frida Zibilla
 am 21. Oktober an Lungenleiden
 gestorben ist. 125/10
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 25. Oktober, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des Neuen Jakob-Kirchhofes
 in Rixdorf, Hermannstraße, aus
 statt.
 Rege Beteiligung erwartet
 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme bei der Beerdigung meines
 lieben Vaters, des Vaters
Gottlieb Imm
 sage ich allen Verwandten und Be-
 kannten, insbesondere dem Gesan-
 gerverein der Arbeiter und dem Bau-
 verein, meinen herzlichsten Dank.
Wwe. Henriette Imm.
 Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlaganstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Danksagung.
 Für die herzliche Teilnahme bei der
 Beerdigung meines lieben Vaters
 und unserer Eltern sagen wir allen
 Verwandten, Bekannten, dem Verein
 der Berliner Buchdrucker und Schrift-
 gelehrten und dem Personal der Buch-
 druckerei G. Bernstein unseren herz-
 lichsten Dank.
 Witwe Bugdrowitz
 nebst Söhnen.

Danksagung.
 Für die zahlreiche Beteiligung und
 schönen Straußenden bei der Beerdi-
 gung meiner lieben Frau und unserer
 Tochter
Helene Sucker geb. Günther
 sagen allen unsern herzlichsten Dank,
 hauptsächlich Herrn Walder Kanafe
 für die kostbaren Worte, dem Gesan-
 gerverein Vorberitzung und den Kollegen
 der Firma Raschall. 12445
 Richard Sucker.
 Max Günther und Frau.

Verleih-Institut:
 Friedrichstr. 115/1, a. Erbg.
 Tor. Fleg. Grad, Gehröd
 1.50, Dose 1.00, Wette 50 Pf.
Beinleiden.
 Dr. med. Fackelmanns Spezialinstitut
 Zimmerstr. 75. 9-12, 3-6.
 Mittwoch u. Sonntags 9-12.

Westmanns Trauermagazin
 Extra-Abteilung
 I. Gesch.: Berlin W., Mohren-
 Straße 37a (2. Haus von der
 Jerusalem Straße).
 II. Gesch.: Berlin NO., Große
 Frankfurt Str. 115 (2. Haus
 von der Andrastraße).
 Sehr gr. Ausw. fert. Kleider,
 Hüte, Handschuhe, Schleier
 etc. v. einfachsten bis zum
 hocheleganten Genre z. äußerst
 niedrigen Preisen.
 Sonder-Abteilung:
 Haubenfertigung in
 10 bis 12 Stunden.

Haben Sie Stoff?
 Ich fertige davon Anzüge od. Paletot
 nach Mass, schick, schnell. Zusatzen
 von 25 Mark an. Moritz Laband,
 Neue Promenade, II. (Stadth. Bldg.)

Reparaturen. Spez.: Un-
 erlässlich saubere Reparatur
 für Schüler. Tonverbesser-
 ung, auf Wunsch auch solche,
 die dem alt-italienischen Tone
 ähnelnd ähnlich ist. Weizen-
 tüche, Portelle und eventuelle
 Ratengablung für Vormärts-
 Abonnement. Ungewöhnlich
 schnelle Reparaturen.
Smil Toussaint.
 Werkstätte für Kunstgeigenbau
 in Berlin C., Joachimstr. 11a.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro:
 Hof I. Amt 3, 1239. Charlottstr. 3. Hof III. Amt 3, 1967.
 Donnerstag, den 26. Oktober 1911, abends 8 Uhr:
Branchen-Versammlung
 der Elektromonteur und Hilfsmonteur Berlins
 und Umgegend
 im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.
 Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Branche. 125/1
 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
 Kollegen! Da viel Wissenswertes in dieser Versammlung bekann-
 gegeben wird, ist es notwendig, daß ein jeder von Euch erscheint. Ferner
 weisen wir darauf hin, daß in diesem Winter ein Unterrichtskursus statt-
 finden wird. Näheres in der Versammlung. Die Ortsverwaltung.

Ohne jede Anzahlung
 verkaufe
 ich **Pianos**
 erstklassiges Fabrikat
 (5mal prämiert Staats-
 medaille) in allen Holz-
 und Stilarten von
 wunderbarer Tonfülle.
 (Flügelton) gegen kleinstmögliche Teilzahlung,
 ohne jeden Preisaufschlag. 139/10
 Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1
 Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
 Auch Sonntags geöffnet.

**Servus sagt der Spreathener,
 Servus pußt doch velle schöner.**



Bester Schuhpuß!
 Ueberall zu haben in Dosen a 10 und 20 Pf.
 Fabrik: Luboczynski & Co., Berlin-Nichtenberg.

Westmann
 Mohrenstrasse 37a (nahe Jerusalem Str.),
 Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andra-
 strasse).
Gewaltige Auswahl z. billigsten Preisen.

Plüsch-Mäntel Modelle in grosser Auswahl 36, 48, 60, 75, 120, 150, 200 M. Modelle sonst: 70 bis 350 M. Für ältere Damen: Mohlrplüsch 48 M. (10 Jahre Garantie).	Flausch-Mäntel Modelle 12, 16, 20, 25, 33, 42, 50, 75 M. Modelle sonst: 25 bis 145 M.
Pelz-Konfektion Pelzhaar, Nerz, Hermelin, Or- burger Jackette und Stolen, nur echte Felle, 30% unt. Originalpreisen	Kostüme Modelle 18, 25, 33, 45, 54, 66, 82, 100 M. Modelle sonst: 35 bis 190 M.
Zurückgesetzt! 1 Ständ Plüschkonfekt. 20 sonst bis 115 . . . für M. 9 1/2 2 Ständ Winter sonst bis 52 . . . für M. 9 1/2	Gesellsch.-Kleid. ganz besonders billig. Zurückgesetzt! 4% - 8% 2 Ständ Kostüme . . . sonst bis 95, jetzt M. 18 2 Ständ Röcke 55, jetzt M. 7 1/2 1 Ständ Gesellschafts-Kleider . . . 100, jetzt M. 56 1 Ständ Blusen 18, jetzt M. 5 1/2

Selowsky - Cigaretten
 als erstklassig anerkannt!



Deutscher Buchbinder-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
 Donnerstag, den 26. Oktober, abends 6 Uhr, in den Wustierfelden,
 Kaiser-Wilhelm-Str. 18 m: 26/19
Branchen-Versammlung
 aller in den
Geschäftsbücher-Betrieben beschäftigten
Arbeiter und Arbeiterinnen.
 Tagesordnung:
 1. Bericht über die Tarifbewegung. 2. Wahl von drei Beisitzern und
 drei Stellvertretern zum Geschäftsbücher-Ausschuss. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
 Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Maler usw.
 Filiale Berlin. - Melchiorstraße 28.
 Donnerstag, den 26. Oktober 1911, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 im Gewerkschaftshause, Engelauer 15.
 Tagesordnung:
 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1911. 2. Bericht von der
 Generalversammlung. 3. Verschiedenes. 130/3
 Mitgliedabuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Dachdecker
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Donnerstag, den 26. Oktober, abends 8 Uhr:
Versammlung der Dachdeckerhilfsarbeiter
 im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 5.
 Vollständiges Erscheinen erwartet [53/5] Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Charlottenburg.
 Heute Mittwoch, 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshause,
 Köpenicker Str. 3 (linker Saal):
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Kassensbericht. 2. Bericht über die Tätigkeit unserer Gewerbegerichts-
 beisitzer. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 91/4
 Pünktliches Erscheinen eines jeden Kollegen ist erforderlich.
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Sektion Berlin I.
 Bureau: Engelauer 14/15 II, Zimmer 33. Fernspr.: Amt IV 2383 u. 4747
 Arbeitsnachweis: Alte Leipziger Straße 1. - Fernsprecher: Amt I, 2632.
 Packer, Hausdiener, Kutscher usw. aus der Glas-,
 Porzellan-, Beleuchtungs-, Galanterie-, Kurz- u. Spiel-
 waren-, Lederwaren-, Uhren-, Chirurgische, Emaille-,
 Alabaster-, Sprechmaschinen-, Blechballagen- und
 Export-Branche!
 Mittwoch, den 1. November, abends 8 Uhr, im Lokal „Mitterfäle“,
 Ritterstr. 75:

Außerordentliche Branchenversammlung.
 Tagesordnung:
 1. Stellungnahme zu der Tagesordnung der örtlichen General-
 versammlung. 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
 71/16 Erscheint alle! - Keiner darf fehlen!
 Die Branchenleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Verwaltung Berlin.
Theater-Vorstellung
 Sonntag, den 29. Oktober, abends 7 Uhr, in „Moerens Fest-
 sälen“, Köpenicker Str. 29a. Zur Aufführung gelangt: „Der Graf
 von Luxemburg“. Eintritt 50 Pf.

Freitag, den 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Becker,
 Weberstraße 17:
Kombinierte Versammlung
 der Kontrollkommissionen mit der Ortsverwaltung.
Stellmacher.
 Donnerstag, den 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenhale
 Hof, Rosenhale Str. 11/12:
Branchen-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Bericht vom dritten Quartal. 2. Bericht von der Generalversamm-
 lung. 3. Branchenangelegenheiten.

Bezirk Schöneberg.
 Donnerstag, den 26. Oktober, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Lokal
 Neue Kathausfälle, Schöneberg, Martin-Luther-Str. 60:
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Edward Bernkeim über
 „Deutsch-englische Wirtschaftskämpfe“. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 91/5

Buchhandlung Vorwärts
 Lindenstraße 69 (Laden).
Die Sozialdemokratie
 im Urteile ihrer Gegner.
 Von
Dr. August Erdmann.
 Preis gebd. 2 Mark.
 Das Buch bringt eine Aufammenstellung von Urteilen, die
 von gegnerischer Seite über die Sozialdemokratie gefällt worden
 sind und zwar Urteile führender Art. Ein ausführliches Re-
 gister erleichtert das Nachschlagen. 247/3

Der Radikalismus in Liquidation.

Aus Paris wird uns geschrieben:

Der alte Pelletan wird für den Senat kandidieren. Das heißt so viel, wie daß er sich aus dem politischen Kampf zurückzieht. Er will sich lieber zu den Greisen des Parlamentarismus sehen, als unter seinen Eunuchen bleiben, und sucht die Stille, nachdem er wiederholt die Erfahrung hat machen müssen, daß die bürgerliche Demokratie auch mit dem heftigsten Türzuschlagen nicht wieder zu erwecken ist.

Der radikale Parteitag hat die fortschreitende Unterjochung der bürgerlichen Politik durch den Finanzkapitalismus deutlich gemacht. Die jakobinische Tugendmeierei hat keinen Boden mehr, nun gilt es, an Profiten mitzugehen und das Institut des Profits selbst vor seinen Feinden zu schützen. In Caillaux ist die Großfinanz zur unmittelbaren Herrschaft über die auswärtige und innere Politik gekommen. Der Radikalismus aber, der die kleinbürgerliche Opposition gegen das Kapitalmagnatentum in seiner Tradition hatte, streckt die Waffen vor ihr. Die Leute von der großkapitalistischen „Demokratischen Vereinigung“, dem ausgezeigten Girondismus, sprechen über den Verlauf der Tagung von Nîmes ihre besondere Zufriedenheit aus. Denn wenn die Radikalen auch Caillaux' Kriegserklärung an die Sozialisten nicht formell unterschrieben haben, vielmehr nur die „Vaterlandslosen“ ausdrücklich ähnen, so ist doch ihr Anschluß an den großen bürgerlichen Klod unzweifelhaft. Und dafür, daß die Kampfpolitik gegen die gemäßigten Bourgeoisparteien ein Ende genommen hat, spricht die Abschwächung auch der alten demokratischen Programmforderungen zu nichtsfahenden Allgemeinheiten. Der junge und sehr begabte Bürgermeister von Lyon, Herrist, zweifellos eine Zukunftgröße der bürgerlichen Republik, hat in seiner programmatischen Schlussrede die elegantesten Eiertänze aufgeführt. Natürlich hat man die ehrwürdigen Ladenhüter: Verweltlichungspolitik, Sozialreform usw. nicht aus der Bude hinausgeworfen, aber man

hütet sich wohl, sich in der Schulfrage auf das staatliche Schulmonopol zu binden, das bei den Kapitalisten immer stärkere Abneigung weckt, je mehr sich bei den Lehrern gewerkschaftliche und sozialistische Regungen zeigen. Dafür ist der Kongreß in der Frage der Wahlreform den gemäßigten Republikanern insofern entgegengekommen, als er seine Zustimmung zu einem Listenkontinuum mit Minoritätenvertretung aussprach, was freilich praktisch auf die Bereitschaft hinausläuft, die Wahlreform gemeinsam einzuscharren.

Wenn so der Kongreß der Regierungspolitik seinen Segen gegeben hat, so ist weiter zu bedenken, daß die Bezirkspolitiker, die da die Partei repräsentieren, noch viel ungeduldiger sind als die Parlamentarier, die zu den Parteitag überhaupt nur noch wenig zahlreich erschienen und in der Kammer die durch mancherlei Interessen gebundene politische Klientel des großkapitalistischen Alingels bilden. Man hat das im vorigen Jahre gesehen, wo der radikale Kongreß ausdrücklich das Ministerium Briand als reaktionär geächtet hatte, die große Mehrheit der radikalen Deputierten aber monatelang zu seinen schlimmsten reaktionären Handstreichen die Mauer machte. Darum war es auch lächerlich, daß die deutsche bürgerliche Presse mit der Erklärung des Kongresses über die Kongo-Kompensationen so viel Wesens gemacht hat. Man braucht nur die, übrigens sehr instruktive Artikelserie, die das offizielle Organ der Partei, der „Radical“, über die Kompensationsfrage veröffentlicht, zu lesen, um zu merken, wie wenig sich die radikalen Deputierten an den braven patriotischen Müllschwur der Provinzhonoratioren halten werden, wenn die regierenden Finanziers es für vorteilhaft halten, den marokkanischen Handel auch um den Preis von Konzessionen, gegen die sich der Kleinbürgerliche Chauvinistische Sentimentalismus sträubt, fertig zu bringen. Diese Ohnmacht des Kleinbürgerlichen Nationalismus, der in den Reihen der radikalen Wähler fester verankert war, als man in der ideologischen Konfusion der Dreifachse erkennen konnte, ist sicher, vom Standpunkt des internationalen Friedensinteresses gesehen, kein Unglück. Nur daß die imperialistische Stimmungsmache des Finanzkapitals, wenn dieses einmal seine Rechnung nicht in einem einbernehmlichen Schacher zu finden glaubt, ungleich gefährlicher werden kann, als die Robomontaden der waderen Konnegier, denen doch, dem Scheinwerk des bürgerlichen Parlamentarismus zum Trotz, der Zugang zu den wirklichen Machtmitteln des modernen bürgerlichen Staats fehlt.

Eingegangene Druckschriften.

Zur Reform des preussischen Einkommen- und Ergänzungsteuergesetzes. Von D. Schäfer. 1,80 M. Berlin SW. 48, Leonhard Simon Nachf. Das Frauenhaus von Breslau. Von R. D. Strobl. Bln, Deutsches Verlagshaus, Berlin-Gr. 3.-M. Verkäuferinnen, Gedanken und Vorschläge eines Praktikers. Von B. Cohn. 1 M. Dr. B. Rothschild, Leipzig.

Witterungsübersicht vom 24. Oktober 1911.

Table with columns for Stations, Barometer, Wind, Clouds, Rain, and Temperature. Includes data for stations like Zempende, Hamburg, Berlin, Frankfurt, and Wien.

Wetterprognose für Mittwoch, den 25. Oktober 1911.

Mild, jedoch vorherrschend wolkig mit leichten Regenfällen und lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with columns for Wasserstand, am 23.10., and seit am 22.10. Lists various locations like Remel, Regal, Reichel, etc.

*) + bedeutet Hoch, - Fall, - *) Unterdeitel.

HERMANN TIETZ

ALEXANDERPLATZ

LEIPZIGER STRASSE

FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche — soweit Vorrat

Glas, Porzellan, Steingut, Wirtsch.-Artikel

Wirtschafts-Artikel

- Waschwannen aus starkem Zink 6 75 9 25 11 00
Waschzuber aus starkem Zink 6 75 9 50 11 00
Waschtöpfe verzinkt, mit Sieb und Deckel 1 90 2 45 2 75
Wäschemangeln 1 75 1 85 1 85
Wringmaschinen 10 50 11 50 12 50
Gardinenspanner 10 50
Plättbretter 1 75 2 48
Wäschetrockner 5 Stübe 90 Pf.
Wäscheleinen Alab 1 75 2 25 2 75
Eimer verzinkt 60, 70, 95 Pf. 1 20
Brothüchsen 1/2 Emaille, Gold 4 3 00 3 75
Fleckenapotheke 95 Pf. 1 45
Leitungsschoner Kaschmuster 1 10
Zeitungshalter für die ganze Woche 1 85 2 50 4 25
Wärmflasche 90 Pf. 1 00 1 75
Leibwärmer 95 Pf. 1 25
Püreepressen 75, 85 Pf.
Fischkocher verzinkt 3 25 3 75 4 75 5 50
Schnellbrater oval 2 50 2 75 3 75 4 75
Schnellbrater rund 2 50 3 25 3 75 4 25
Passiermaschinen mit 8 verschiedenen Einlagen 2 95
Dauerbrandofen 8 50 10 50 13 00 16 50
Petroleum-Heizöfen 8 00 12 00 17 00
Radiatoren Gasofen 9 00 12 00 16 00
Heizröhren 85 Pf. 1 80
Asthest Gas-Schnellheizer 1 85
Kohlenkasten lackiert 1 35 1 65 1 95
Kohleneimer 95 Pf. 1 10 1 25

Einmaliges Angebot!

32000 Kelche u. a.

- Römer alle Sorten 18 Pf.
Portwein- u. Likörgläser 12 Pf.
Kelche (Bowl, Rotwein, Weisswein, Sek) 15 Pf.
Sämtliche glatten Kelche 10 Pf. Stück

Schleifglas

- Teller 20, 22 Pf.
Käseglocke 50 Pf.
Sturzflasche 65 Pf.
Kompottschalen 35, 45, 70, 90 Pf. 1 15
Zuckerschale 45, 55 Pf.
Sturzflasche mit Aetzkannte 50 Pf.
Tee- und Bierbecher mit Kante 8 Stück 10 Pf.
Bierbecher Viktoria geschliffen mit Goldrand 25 Pf., glatt mit Goldrand 15 Pf.

3 Waggon Pressglas „Diamant“

Steinschliff-Imitation

Preise bedeutend herabgesetzt

- Kompottschal. rund 8, 12, 16, 28 Pf.
Käseglocke mit Teller 42 Pf.
Zuckerschale 12, 15 Pf.
Vase mit Gold 33, 68 Pf.
Fruchtschale 75 Pf.
Konfektschale 75 Pf.
Kompottschal. eckig 8, 12, 16, 28 Pf.
Butterglocke 30 Pf.
Ruchenteller 28, 48 Pf.
Sturzflasche ohne Gold 28 mit Gold 35 Pf.
Tablett 28, 38 Pf.
Zuckerteller 5 Pf.

Wirtschafts-Artikel

- Kohlenschaufeln 12, 18, 22, 25 Pf.
Aufwaschtische 30 00
Presskohlschränke 5 00 9 00
Obsthorden 8 75 11 50
Servierbretter Eiche 1 60 2 00 2 25
Stiefelschnürbücke 95 Pf.
Leitern 2 25 2 85 3 00
Wandkaffeemühlen verchromtes Dekors 2 85 3 50
Wandkaffeemühlen mit ausschließbarem Bohrenbehälter, in Qual 4 75
Kaffeemühlen 90 Pf. 1 10
Fleischhackmaschine verzinkt oder emailliert 1 85 2 50 3 25
Fleischhackmaschine verzinkt mit 4 verschiedenen Scheibeln 3 25 4 28
Schmortöpfe ohne Ring 45, 55, 65, 80, 95 Pf.
Gaskochtüpfe 85 Pf. 1 00 1 25 1 50 1 85
Kasserollen ohne Ring 35, 40, 50, 65, 75 Pf.
Wasserkessel für Gas 1 25 1 45 1 60
Waschbecken Porzellanform 95 Pf.
Waschgarnitur 6 teilig, weiss u. crème 6 25
Mülleimer mit Schrift 90 Pf. 1 98
Eimer dekoriert, ca. 28 cm 90 Pf.
Wannen oval 1 35 1 60 2 00 2 50
Reibemaschinen für Brot und Gemüse 90 Pf. 1 10
Messerputzmaschinen 3 00 m. Brett 5 25
Wirtschaftswage 10 kg wiegend 95 Pf. 1 75 2 25
Gaskocher 1 Wärme- u. 1 Kochstelle 3 50 2 Wärme- u. 2 Kochstellen 8 50
Waschtische Pultform, fein lackiert 14 50 17 50

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. H. Gahlich, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
 W. G. Schmidt, Kirchhofstr. 14.
 O. H. Gahlich, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Köpenickerstr. 53. H. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 190.
 NO. 2. Nacht, Baumgartenstr. 12. N. Neul, Salmstr. 42.
 N. W. Baumann, Rheinberger Str. 67. N. Trapp, Stettiner Str. 10.
 Karl Wars, Grefenbühner Str. 27. J. Gahlich, Kogarenstr. 49.
 G. Vogel, Lorenzstr. 37. H. Tich, Invalidenstr. 124.
 S. Demand, Hildebrandstr. 24.
 NW. Karl Anders, Schadowstr. 8. Lawrenz, Gohlfeldstr. 29.
 SW. G. Werner, Guelkenstr. 72. Dachs, Dögelberger Str. 27.
 S. St. Prin, Weingartenstr. 31. J. Gutschmidt, Köpenicker Damm 8.
 SO. Paul Böhm, Lankstr. 14/15. P. Gorch, Engelstr. 15.
 Adlershof, Karl Schwarzkopf, Hoffmannstr. 9.
 Baumgartenweg, G. Hornig, Marienbaderstr. 13. L.
 Borsigwalde, Paul Kienast, Hainstr. 10.
 Charlottenburg, Gustav Schanberg, Eidenheimer Str. 1.
 Friedrichshagen, Ernst Werthmann, Köpenicker Str. 18.
 Grünau, Franz Klein, Friedenstr. 10.
 Johannisthal, Pfeife, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
 Karlshorst, Richard Kaiser, Köpenicker Str. 9. II.
 Köpenick, Emil Wähler, Kiebitzstr. 6. Laden.
 Lichtenberg, Otto Zent, Gartenbergstr. 1.
 Nieder-Schöneweide, Gehrt, Seiler Str. 6.
 Nowawes, Wilhelm Japke, Friedenstr. 7.
 Ober-Schöneweide, Alfred Baber, Wilhelmminnenhofstr. 17. II.
 Pankow, Otto Rihmann, Mühlenstr. 30.
 Reinickendorf, P. Gursch, Grolowstr. 56. Laden.
 Rixdorf, M. Heinrich, Redarstr. 2. Courad, Hermannstr. 50.
 C. Rohr, Sieglitzstr. 28/29.
 Rummelsburg, A. Rosenkrantz, Alt-Borsigagen 56.
 Schöneberg, Wilhelm Gämler, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
 Spandau, Köppen, Seelitzstr. 64.
 Steglitz, G. Berner, Mühlenstr. 5.
 Tempelhof, Franz, Berliner Str. 76. Laden.
 Treptow, Robert Gramenz, Riefelstr. 412. Laden.
 Weißensee, Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schiller, König-Schauspielhaus.
 Wilmersdorf, Paul Schubert, Wilhelmstraße 26, Hofparterre

H. Esders & Dyckhoff

an der Petrikirche Gertraudenstraße 8/9 an der Petrikirche

Herren- und Knabenkleidung

Besonderes Angebot!

Fertige Jünglings- und Knabenulster und Anzüge.

Achtung!
Säle frei!
 Englischer Garten, Alexanderstraße 27 a: Sonntag, 19. Novbr. Ruhig, 22. Novbr. Sonnabend, 2. u. 3. Sonnabend, 9. Dezember. 1., 2., 3. Weihnachtsfeier, mit und ohne Theaterbühne, zu vergeben, Min 7, 10 628.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 4!, dicht am Moritzplatz.
 10-2 5-7. Sonntags 10-12 2-4!

Flausch-
 Stoffe, angenehmen Puttes, f. Herren- und Damen-Unter, Nr. 4, 50, 5, 50 M. Tuchlager Koch & Seeland, G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21. bis-a-bis d. Petrikirche.
 Erfahrener Künstler erzieht noch doppelt sovieler Reife sehr erfolgreich.
Violinunterricht.
 Einzelunterricht per Stunde 1,25, 1/2 Stunde 1 M., 2 Schüler zusammen per Stunde 1,50. Köbers unter Postlocherstr. 457, Briefpostamt Berlin.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 25. Oktober 1911:
 Anfang 3 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Kathan der Weise.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Berliner. Ein Falliment.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
R. Oberhaus. Rabama Butterfl. R. Schauspielhaus. Verheißene. Deutsche. Ein Sommernachts Traum.
Süderland. Spezialitäten.
Virtus Busch. Gala-Vorstellung.
Virtus Schumann. Gala-Vorstellung.
 Anfang 8 Uhr.
Urania. Taudenstraße 48/49. Geheimnisse der belebten Natur. Reines. Jannus erstes Bild.
Neues A. Oberhaus. Der Herrgottskinder von Kimmernau. Kammerstücke. Der verurteilte Vogel.
Schling. Glaube und Heimat.
Berliner. Sumpfstudenten.
Neues Schauspielhaus. M. Heideberg.
Residenz. Ein Walzer von Chopin.
Neues Operetten. Die moderne Eva.
Königgrätzer Straße. Hundstage. Komische Oper. Die deutsche Salanna. Volkstheater. Der Großfürst.
Schiller. O. Der Bund der Jugend. Schiller & Charlottenburg. Es lebe das Leben.
Friedr. Wild. Schauspielhaus. Die Hochzeit von Valen.
Neues Volkstheater. In Behandlung.
Neues. Verloren.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Wesien. Die Dame in Rot.
Trianon. Mein Baby.
Zhalia. Polnische Wirtschaft.
Rosen. Die Nacht der Liebe.
Rose. Das Glück des Lebens.
Gahlich. Der selige Hollschinsky.
Zwintergarten. Spezialitäten.
Wald. Spezialitäten.
Wagner. Spezialitäten.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Neuschwan. Stettiner Sänger.
Straßfeld. Schmerzhafte Behandlung. Das Kind der Firma.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Hollid Caprice. Kobi Krach. Nr. 14. Walhalla. Teufel, das hat eingeschlagen!
Boigt. Das Käthchen von Heilbronn.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Belle-Aliance. Der Sittenapostel.
Intime. Schön Gelächter. — Lebensabenteuer.

Berliner Theater.
 8 Uhr:
Sumpfstudenten.
 Theater in der Königgrätzer Straße
 8 Uhr:
Hundstage.
Residenz-Theater.
 Direktion Richard Alexander.
 Anfang 8 Uhr.
Ein Walzer von Chopin.
 Schwan in 3 Akt v. Récami u. Barbé.
 Für die deutsche Bühne bearbeitet von Volten-Baeders.
 Morgen und folgende Tage:
 Ein Walzer von Chopin.
Friedrich-Wilhelmstadt.
Schauspielhaus.
 Abends 8 Uhr:
Die Hochzeit von Valen.
Quien-Theater.
 Heute und folgende Tage:
Die Macht der Liebe.
Belle-Aliance-Theater
 Konikt! Abends 8 1/2 Uhr:
Der Sittenapostel.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Abends 8 Uhr:
Das Glück des Lebens.
 Morgen: Kean oder: Genie und Leidenschaft.

Metropol-Theater.
Die Nacht von Berlin!
 Große Jahresrevue in 7 Bildern von Gul. Freund. Musik von B. Holländer.
 An Szene geleitet vom Dir. A. Schulz.
 Abends 8 Uhr. Hausen gestaltet.

APOLLO Theater
 Abends 8 Uhr:
Rechte Woche der Weltstadt.
 Attraktionen.
 10 Uhr:
 Ein Abend in einem amerikanischen

Tingel Tangel.
 New Yorker Vantom. Co.
Roads Theater.
 Direktion: Robert Dill.
 Berlin N., Braunsstraße 16.
 Mit bedeutend verstärktem Personal:
Die Räuber.
 Ein Trauerspiel in 5 Akten von St. v. Schiller.
 Anf. d. Konzerts 7 1/2, d. Vorst. 8 1/2, II. Ehren- und Bezaugarten 9 1/2!

Königstadt-Kasino.
 Colmarstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Die Weder (Bombenerfolg).
In Spezialitäten in
 Anf. 8 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr.
 Sonnt. nachm. 1/4 4 Uhr: Familien- vorstellung, Theater und Spezialitäten. — Entree 20 Pf.

Boigt-Theater.
 Gelandbeimen Badstraße 68.
 Mittwoch, den 25. Oktober 1911:
Das Käthchen von Heilbronn
 Großes historisches Ritterstückspiel in 5 Akten von Heinrich v. Kleist.
 Kassenöffn. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

SPORT PALAST
 Potsdamer Str. 72
Winzerfest!
 Allabendlich: **Winzerträume.**
 Original-Revue mit Gesang und Tanz.
 Die Eiskünstler in ihren unübertroffenen Leistungen. 2 Kapellen. Schlittschuh- unterricht.

CLOU
BERLINER KONZERTHAUS
 Mauerstraße 82 X Zimmerstraße 90/91.
Gr. Doppel-Konzert.
 Musik. des Garde-Füs.-Regts. Oberm. Dippel.
 Musik. d. 2. G.-Drag.-Reg. Oberm. Peschke.
 Anfang 8 Uhr.
 An allen Wochentagen nachm.: **Gr. Promenaden-Konzert** bei freiem Eintritt. — Heute Musik. d. Kaiser-Franz-Regts. Musikm. Becker.

Brauerei Friedrichshain
 Am Königstor.
 Heute: **Walzer-Abend**
Johann Strauß aus Wien.
 Morgen: **Konzert und Solotanz**
 Johann Strauß und Straußsche Walzer, gefolgt v. Solotänzerin.
 Entree 50. reserv. 75 Pf.



Eskimos.
 Samojeden, Lappen mit Rentierherden.
 Hagenbecksche 20 Polarbären in
Ausstellung Nordland
 Kurfürstendamm 151
 nahe Bahnhof Charlottenburg und Halensee.
 Vorstellungen: Wochentags 4 1/2, 6 1/2 und 9 Uhr.
 Letzte Hauptvorführung abends 9 Uhr.
 Eintrittspreise:
 Ausstellungshalle 50 Pf. Vorführungshalle 30 Pf.
 Vorverkauf bei A. Wertheim und Invalidendank.

Trianon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Mein Baby.

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sänger
 Gastspiel
Robert Steidl.
 Anf. wochent. 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.

Neue Welt
 Arnold Scholz. Hasenheide 108/14.
Mittwoch, 25. Oktober,
 abends 8 1/2 Uhr:
Polnische Wirtschaft.
 Entree 50 Pf.
 Kassenöffnung 7 Uhr.

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr:
 die japan. Mimodramatikerin mit ihrer Truppe i. ihr. Mimodramen.
Mama Sato,
Ali Ben Hamad-Truppe,
 15 eingeb. Springer a. Agadir.
Georg Kaiser in ihren **Putzi Cassani** Parodien und das **gr. Oktober-Progr.**
 14 Spezialitäten.

Volks-Theater.
 Rixdorf, Hermannstr. 20.
 Sonntag, 29./10.: Der tolle Rittermeister. Wirkliches Drama in 3 Akten von Dr. C. Silgebauer.
 Montag, 30./10.: Jugend. Drama in 3 Akten von Max Halbe.

Casino-Theater
 Reichenberger Str. 37. Täglich 8 Uhr
 Allabendlich der neue **Berliner Pöffen-Schlager**
Der selige Hollschinsky.
 Sonnt. 9 1/2 Uhr: Ein Weib a. d. Volke.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater
 8 Uhr:
Geheimnisse der belebten Natur.

Herrnfeld Theater
 Noch nie dagewesener Lach-Erfolg.
Das Kind der Firma
 mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung
 Anfang 8 Uhr. Vorst. 11-2 Uhr.
Voranzeige! Um jedem zuzubringen, bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß am Sonnabend, d. 28. Oktober unsere Vorstellung wie täglich präzis 8 Uhr abends beginnt mit dem unveränderten Spielplan: Schmerzhafte Behandlung. Das Kind der Firma. — Beginn d. Nachtvorstellung: 12 Uhr nachts.

Castans Panoptikum.
Corso-Varieté.
 Friedrichstr. 165.
 Weitere Künstler-Abende.
12 Attraktionen 12
 U. a.:
 Das urkom. Zwerginnen-Duett.
 Entree 50 Pf.

PASSAGE :: ANOPTIKUM
 Die wilden Lebew! **Heul-Derwische**
 aus Ceylon
 mit ihren fanatisch. Produktionen. Merino, der lebende Amboß. AGA, die schwebende Jungfrau.
 Alles ohne Extra-Entree.

Konzert- und Festsäle
Albert Moerner
 Kopenstr. 29.
 Mittwoch, den 25. Oktober:
Brase-Konzert
 Alexander-Garde-Fremabderreg. Nr. 1
 Im kleinen Saal: **BALL.**
 Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Germania - Prachtsäle
 N. Chausseest. 110. Carl Richter.
 Jeden Mittwoch:
Paul Mantheys
Iustige Sänger.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
 Nachdem Freitag.
 — Vorzugsarten gelten. —
 Morgen Donnerstag:
Gr. Militär-Streichkonzert.
 Anstehend: Familienkonzert ohne Nachzahlung.

Zirkus Busch
 Heute abend 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
 Prolongiert.
D. beid. Affenmenschen
 „Max und Moritz“
 Fr. Anna Stennis, Schulreiterin. Quadrille internationale.
Gebr. Marlanis, Clowns.
Bärenringkampf.
 Dresseur M. Gatter. 9 1/2 Uhr: Origin.-Ausstattungsstück des **Zirkus Busch** in 5 Bildern.

Zirkus B A. Schumann
 Heute abend 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
 Fr. Dora Schumann, Freiheitsdressuren. The 4 flying boys. 3 Geschwister Canales. Neue interessante Sportspiele geritten v. 8 Herren. Außerdem die übrigen Kunststücke.
 9 1/2 Uhr: Die große Peerie
1000 Jahre
 auf dem **Meeresgrunde**
 in 5 Bildern nach Motiven aus 1001 Nacht.

Folies Caprice.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Zum **No. 14.**
 55. Male: **Stobi Krach.**

Admiralspalast
 Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena
 Mittags von 12 Uhr bis 2 Uhr **Korso bei Musik.**
 Nachmittags:
Militärkonzert und Produktionen v. Solotänzerin.
 Abends zum **221. Male:**
Das grandiose Eishallent Montreal.
 Die kleine Charlotte mit ihrer Novität: **Der Lichtertanz** und die übr. erstklass. Kunstproduktionen. Restaurant 1. Rangens. Bis 6 Uhr. nach 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.

Berliner Uk-Trio
 Rixdorf-Berlin. Lahnstr. 74. I. I.
 Für den Inhalt der Intere abernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Partei-Angelegenheiten.

Schmergendorf. Zu der heute abend 8 Uhr stattfindenden Flugblattverbreitung...

Röpenitz. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Stadttheater (Meiner Saal): 2. Vortragsabend des Bildungsvereins...

Niedererschmühle. Am Mittwoch, den 25. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung des Wahlvereins...

Berliner Nachrichten.

Im ältesten Berlin

räumt die Spähkade jetzt gewaltig auf, namentlich in der Stralauer Straße, deren Geschichte bis in die Zeit der Entstehung Berlins zurückreicht...

Verlegung von Straßenbahnlinien wegen des Baues der Untergrundbahn. Die Straßenbahn ist genötigt, wegen Baues der Untergrundbahn ihre Kreuzung Kleiststraße-Lutherstraße zu verlegen...

Wanderung der Briefpost nach Amerika. Die Beförderung der Briefpost nach den Vereinigten Staaten von Amerika erfährt eine Wanderung...

Unterrichtsstunden für stotternde Kinder. Mit Anfang des Winterhalbjahres hat die Schuldeputation an den folgenden Gemeindeschulen besondere Unterrichtsstunden für stotternde Kinder...

Zu schwere Lebensgefahr gerieten in der vergangenen Nacht durch eine Gasvergiftung zwei junge Mädchen aus Gerdelen bei Wogdenburg...

Gaudystraße einen Arzt. Dieser brachte die Besinnungslosen wieder zu Bewußtsein. Sie konnten in seiner Behandlung in der Wohnung bleiben...

Ueber die Todesfahrt eines Trainsoldaten wird berichtet: Im Hofe des Probiantamts in der Köpenicker Straße 16/17 hielt Montagnachmittag ein mit zwei Pferden bespannter Wagen des Garde-Train-Bataillons...

Zu diesem Unglück erfahren wir, daß der Verunglückte ein Rekrut war. Rekruten dürfen aber nach der Dienstvorschrift zu derartigen Diensten keine Verwendung finden...

Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern abend in der Weißbuckstraße. Dort werden eine Anzahl Häuser abgeputzt. Unachtsamerweise blieb ein Tau hängen, an dem sich die Kinder vergnügten...

Ein gewerkschaftlicher Arbeiter wurde am letzten Sonntag in der St. Ägidienstraße in der Grunderstraße ertappt und verhaftet. Ein Fuhrherr, der auf dem Grundstück wohnt, beobachtete seit einiger Zeit zwei Männer, die sich jedesmal nach dem Gottesdienst wieder in die Kapelle des St. Ägidienhauses begaben...

Der häßliche Gefangenenerwarter. Der hiesigen Kriminalpolizei gestellt hat sich der Gefangenenerwarter Rudolf Kaat aus Grog, der seit vergangener Sonnabend mit dem Grogzer Banier Samuel Schwarz flüchtig war...

Eine traurige Kiste hat das Verschwinden der 22 Jahre alten Arbeiterin Anna Schade aus der Jägerstr. 57 zu Nordost gefunden. Das Mädchen, das seit ungefähr 14 Tagen vermißt wurde, verkehrte seit fünf Monaten mit einem 20-jährigen Hausdiener...

Kindesraub? Vorgefunden mittags ersahen das Dienstmädchen Olga Eichbaum auf der Wache des 7. Polizeiviertels und teilte mit, daß das 26 Jahre alte Dienstmädchen Pauline Szelinska in der Nacht zum 20. cr. in der herrschaftlichen Wohnung in der Eichendorffstraße ein Kind weiblichen Geschlechts geboren habe...

Ein Betriebsunfall ereignete sich, wie uns nachträglich berichtet wird, vor einigen Tagen in der Werkzeugabteilung der Firma Vorjig in Tegel. Dort geriet ein Revolverdräher mit der rechten Hand in den Automaten, wodurch demselben die Hand vollständig zerhackt wurde...

Ein „schwerer“ Diebstahl ist in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten verübt worden. Nach dem Diebstahl eines Abwehrwagens ist jetzt entdeckt worden, daß auch eine Kiste mit Jubelhörnern entwendet worden ist...

Ein Lehrer im Tegeler See ertrunken. Ein trauriges Nachspiel hatte die Einweihungsfeier der neuen Humboldt-Oberrealschule in Tegel, die am Montag stattfand. Als in der letzten Nacht der Vorkurslehrer Krause von seiner Feier nach seiner Wohnung in der Brunstr. 7 zurückkehren wollte, irrte er bei der herrschenden Dunkelheit von dem richtigen Wege ab und bemühte eine Straße, die am Tegeler See entlang führt...

Beim Verlassen eines fahrenden Straßenbahnwagens lebensgefährlich verunglückt ist am gestrigen Montagmittag gegen 1 Uhr ein Arbeiter Heinrich Schulze. Er hatte am Montagpflug einen Motormagen der Linie 86 benützt und sprang vor dem Hause Badstraße 9 von dem in der Anfahrt zur Haltestelle befindlichen Waggon ab...

Eine neue Verkehrsregelung macht der Polizeipräsident durch folgende Mitteilung bekannt: Die Verkehrsregelung in den engen Teilen der Friedrich- und Charlottenstraße, die nun seit dreieinhalb Jahren besteht und sich bewährt hat, brachte es mit sich, daß die vom Süden kommenden Wagen, deren Ziel auf der Südseite der Straße unter den Linden zwischen der Kleinen Mauerstraße und der Charlottenstraße liegt, einen ziemlich bedeutenden Umweg machen mußten...

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Genosse Däumig hat sein Mandat niedergelegt, weil er vom Magistrat als Beamter des Arbeitsnachweises angestellt worden ist. Vor Eintritt in die Tagesordnung ersuchte Stadtd. Kurnicht darum, daß die Akten einer vor einem Jahrzehnt gegen ihn angehängten Klage ausgelegt werden möchten...

Genosse Wämler betonte hierzu, daß die Höhe des Einkommens zu den Steuerungsverhältnissen in gar keinem Vergleich stünde und die Provisionsbezahlung, die teilweise nur noch im Handel vorkomme, ausbleiben müßte. Es sei der Stadt unwürdig, derartige Zustände aufkommen zu lassen...

Das Gesetz vom 11. März 1850, betreffend die Polizeiverwaltung, möge dahin abgeändert werden, daß allen Gemeinden der Polizei ohne Unterchied die selbständige Verwaltung der Dentspionage zugestanden wird...

Einzelantrag gelangte folgender von der sozialdemokratischen Fraktion gestellte Antrag zur Beratung: Der Magistrat wird ersucht, schleunigst ein Ortsstatut zu erlassen, in dem die Öffentlichkeit der Wahlhandlung bei den Stadtverordnetenwahlen angeordnet und ferner zum Ausdruck gebracht wird, daß niemand aus dem Wahllokal hinausgewiesen werden darf...

Nachdem Genosse Käfer den Antrag eingehend begründet und die Stadtd. Meyer und Schneider gegen die Annahme desselben gesprochen hätten, wurde der Antrag gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt.

Ferner hatte die sozialdemokratische Fraktion beantragt: Der Magistrat wird ersucht: Um dem Arbeiter-Turnverein zu seinen Übungen eine Turnhalle zu überweisen, ist es erforderlich, daß bereits fertiggestellte Projekt auf dem hinteren Teil des Spielplatzes am Tempelhofer Weg zur Ausführung zu bringen. Die erforderlichen Mittel werden dem Ueberschußfonds entnommen.

Nach Begründung des Antrages durch den Genossen Obst gab Stadtd. Starke seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die sozialdemokratische Fraktion gerade jetzt beratige Anträge stelle. Im übrigen trage die Regierung die Hauptschuld, wenn den Arbeiter-Turnvereinen die Hallen entzogen würden...

Ein dritter Antrag der Fraktion ersucht den Magistrat, die unentgeltliche Einführung der Lehr- und Vermittel in den Gemeindeschulen schleunigst in die Wege zu leiten. Um dies zu ermöglichen, soll eine Umfrage bei größeren Firmen die Schulbedarfsartikel umsehen, veranstaltet werden, um die Engrospreise der einzelnen Schulartikel festzustellen.

Genosse Bernstein wies gleich darauf hin, daß dies kein neuer Antrag sei. Das Gesetz zwingt die Eltern, ihre Kinder in die Schule zu schicken, es muß daher auch dafür gesorgt werden, daß alle Kinder die gleichen Lehrmittel erhalten.

Die Stadtv. Depner (lib.) und Jabel (lib.) wandten sich, wie immer, gegen diesen Antrag.

Genosse Rüter nagelte die kurzfristige Politik der Liberalen gebührend fest und kennzeichnete zugleich die ungleiche und ungerechte Handhabung, die jetzt bei der Bewährung der Lehrmittel von der Stadt ausgeht werde.

Mit Ausnahme der Hausbesitzergruppe wurde dem Antrage zugestimmt.

Im Stadtpark soll eine monumentale Brunnenfäule aufgestellt werden. Nach der Skizze ist die Säule so gedacht, daß Unterbau, Springbrunnen und Säule aus Muschelfossil gefertigt, die Figur des Hirtens, der auf der Säule steht, in Kupfer getrieben und vergolbet werden soll. Die Gesamtkosten betragen 28 274 M. Da nur 10 274 M. hierfür vorhanden sind, soll die Restsumme nachbewilligt werden.

Kraay (lib. Frakt.) befürwortete aus künstlerischen Gründen die Herstellung, während Genosse Bernstein meinte, daß die ganze Säule einen komischen Eindruck erweckt. Die Vorlage wird einem Ausschusse überwiesen.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte noch folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht. Der Magistrat wird ersucht:

„Der Stadtverordnetenversammlung unverzüglich eine Vorlage zu unterbreiten, wonach den Angelegten und Arbeitern vom 1. Oktober d. J. bis zum 31. März 1912 pro Tag eine Zulage von einer Mark gewährt wird.“

Genosse Bernstein betonte, daß die Bedürfnisfrage kaum gelöst werden könne, da die Teuerung eine außergewöhnliche sei. Die Mehrkosten an Lebensmitteln seien um 50 Proz. gestiegen. Zudem werde der kommende Winter die Lage der Arbeiter noch trostloser gestalten. Die Regierung habe ihre Verpflichtung auf die Gemeinnden abgewälzt. Oberbürgermeister Dominicus ver sprach, daß die dafür eingesetzte Deputation am 31. Oktober zusammen trete. Diefelbe werde diesen Punkt als ersten behandeln. Jabel (lib. Frakt.) befürwortete, den Antrag der Deputation zu überweisen. Da dem Redner die Sache peinlich zu sein schien, so wandte sich derselbe den Ausschussmitgliedern der städtischen Arbeiter zu und jammerte, daß die bösen Mitglieder des sozialdemokratischen Gemeindevorstandes mit den braven „Hirtchen“ im Ausschuss nicht gemeinsam arbeiten wollten. Schneider (konservativ) meinte, eine Teuerung existiere nicht, sondern nur eine Verteuerung, die durch die Zwischenhändler hervorgerufen sei. Der Fleischhandel liegt in den Händen von 32 Berliner Händlern, die die ganze Teuerung verschuldeten. — Genosse Volkenbühner wies darauf hin, daß die Arbeiter durch Konsumvereine den Zwischenhandel ausschalten könnten. Wenn jedoch Konsumvereine gegründet würden, dann kämen die Parteiliebe des Herrn Schneider, die Konservativen, und verteuerten die Vereine mit der Motivierung, daß durch dieselben der Mittelstand ruiniert werde. Im Reichstag habe der Reichstanzler erklärt, daß die Kommunen mehr eingreifen sollten. Jede Verteuerung der notwendigen Lebensmittel bedeute für die Arbeiter, die an Löhne gebunden seien, eine Lohnreduktion. Gottschalk (lib. Frakt.) erkennt die Notlage an und meinte, daß unbedingt geholfen werden müsse. Nachdem die Genossen Bernstein, Rüter und Gämmler noch zur Sache gesprochen und gegen die unrichtigen Ausführungen des liberalen Stadtv. Jabel protestiert hatten, wurde beschlossen, die Angelegenheit einem Ausschuss zu überweisen, der noch in dieser Woche zusammentritt. Der öffentlichen folgte eine geheime Sitzung.

Lichtenberg.

Stadtverordneten-Erfolgswahlen.

Am Sonntag, den 19. November, von 12—7 Uhr nachmittags finden in der dritten Wählerklasse die Stadtverordneten-Erfolgswahlen statt.

Es stehen folgende Bezirke zur Wahl:

4. Bezirk. Wahllokal: Paul Reumann, Wägelstr. 21. Umfassend die Straßen: Simonstraße, Jungstraße, Wägelstraße, Oberstr. 8—23, Scharnweberstr. 9—20 und 47—57, Trauerstraße und Reichstraße.

5. Bezirk. Wahllokal: Karl Spilg, Frankfurter Allee 193. Umfassend die Straßen: Frankfurter Allee 177—199, Kronprinzengstr. 1—12 und 47—54, Scharnweberstr. 1—8.

10. Bezirk. Wahllokal: Friedrich Schäfer, Frankfurter Chaussee 110. Umfassend die Straßen: Oberstraße, Gomonstraße, Frankfurter Chaussee 25 bis 87, Oberweg, Plarstr. 1—26 und 44—79, Ringen-Allee, Rosenfelderstraße, Standenstraße, Verbindungsweg, Verlängerte Festungstraße, 25. Oktoberstr. 85—89.

12. Bezirk. Wahllokal: Heinrich Schulte, Eitelstraße 70/71. Umfassend die Straßen: Auguststraße und -Platz, Eitelstr. 21—80, Emanuelstraße, Friedenstr. 15—68a, Giselstraße, Leopoldstraße, Zierstraße 70—71, Ludwigstraße, Bogimillanstraße, Dübahnstraße, Kupferstraße, Wilhelmstr. 7—77a.

15. Bezirk. Wahllokal: Restaurant Katscher, Möllendorferstr. 5/6. Umfassend die Straßen: Bornigstraße, Doststraße, Frankfurter Chaussee 123—156, Möllendorferstraße, Normannenstraße, Rathausstraße, Aufsestraße und Straße 2 und 3.

Die Wahlen zur zweiten Wählerklasse finden am Montag, den 20. November, in der Zeit von 2—6 Uhr nachmittags in folgenden Bezirken statt:

2. Bezirk. Wahllokal: Restaurant „Zum schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 8. Umfassend die Straßen: Doststraße, Gertstraße, Frankfurter Allee 193—199, Frankfurter Chaussee 1—11, Gürtelstraße, Liebenweg, Riene Straße, Kronprinzengstraße, Maritiusstraße, Scharnweberstr. 1—8 und 58—64, Verbindungsweg, Verl. Festungstraße, Gartenbergstraße, Belsstr. 1—8, Bismarckweg mit Gasanstalt, Wägelstraße.

3. Bezirk. Wahllokal: Restaurant „Wartburg“, Kuh. Zuchtstr., Frankfurter Chaussee 61a. Umfassend die Straßen: Wädelstraße, Auguststraße und -Platz, Wädelstraße, Bürgermeisterstraße, Gomonstraße, Eitelstraße, Emanuelstraße, Frankfurter Chaussee 89—118, Freystraße und -Platz, Friedstraße, Friedstraße, Bernstraße, Wädelstraße, Gubensstraße, Krenenstraße, Gumbertstraße, Hagenstraße, Heimgasse, Gubensstraße, Krenenstraße, Schindlerstraße, Leopoldstraße, Ludwigstraße, Wädelstr. 70/71, Magdalenenstraße, Margaretenstraße, Bogimillanstraße, Dübahnstraße, Ringen-Allee, Rosenfelderstraße, Bülgerstraße, Kupferstraße, Siegfriedstraße, Standenstraße, Sophienstraße, Trifflweg, Volkerstraße, Wädelstraße und -Platz, Wilhelmstraße, Botanische.

4. Bezirk. Wahllokal: Restaurant „Katscher“, Möllendorferstr. 5/6. Umfassend die Straßen: Bornigstraße, Buggenwegstraße, Doststraße, Oberstraße, Erziehungsbau, Frankfurter Chaussee 12—28 und 118—156, Eitelstraße, Herzbrunnstraße mit Bienenanbau, Heben-Schönhauser Straße, Heben-Schönhauser Weg, Landsberger Chaussee, Möllendorferstraße, Müllerstraße, Normannenstraße, Rathausstraße, Rittergüterstraße, Rotherstraße, Aufsestraße, Schellstraße, Straße 2 und 3, Weidenauer Weg, Wörbenstraße, Wollgangstraße.

Da diesmal die Wahl für die dritte Wählerklasse an einem Sonntag stattfindet, muß die Wahlbeteiligung eine besonders hohe sein. Es kann jeder Wähler sein Wahlrecht ausüben, ohne wie das sonst der Fall war, Einbuße an seinem Arbeitsverdienst zu erleiden. Daher erwächst für jeden Arbeiter, dem daran liegt, daß die Vertreter der Sozialdemokratie mit möglichst hoher Stimmenzahl in das Stadtparlament gewählt werden, die Pflicht, in eine umfassende Wahlagitatio n einzutreten. Den bürgerlichen Vertretern, die bisher ihre wichtigste Aufgabe in der Wahrung ihrer eigenen und der Interessen der Grundbesitzer erblickten, muß am Wahltag durch die Wahl sozialdemokratischer Kandidaten die Quittung für ihr gemeinsames Verhalten gegeben werden.

Es erwächst und aber auch die Pflicht, in der zweiten Wählerklasse die bisher nur als alleiniger Besitz der durch das kommunale Geldwahlrecht Begünstigten galt, eine rege Agitation zu entfalten, um auch hier Erfolge zu erringen.

Wenn jeder Arbeiter die kurze Zeit, die uns noch von der Wahl trennt, zur Propaganda für die sozialdemokratischen Kandidaten ausnützt, so kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Steglitz.

Einen interessanten Verlauf nahm die am Montag von der Demokratischen Vereinigung nach dem Albrechtshofe einberufene Volks-

verantwortlicher Redaktor Richard Barth, Berlin. Für den

versammlung. Da dieses größte Lokal von Steglitz der sozialdemokratischen Arbeiterschaft für Versammlungen verweigert wird, so bemühte sie die Versammlung, um ihrem Protest gegen das Verhalten der Lokalbesitzer zum Ausdruck zu bringen. Von den 1500 Versammlungsbesuchern gehörten fast dreiviertel der Sozialdemokratie an, die als Ausdruck ihres Protestes auf den Gemüß jeglicher Getränke und Speisen verzichteten. Vom Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins wurde der Leiter der Versammlung, Herr Oberst Gähde, ersucht, der Versammlung nachfolgenden Antrag vor Eingang in die Tagesordnung zur Entscheidung vorzulegen.

„Die heute von der Demokratischen Vereinigung einberufene und von zahlreichen Männern und Frauen besuchte öffentliche Versammlung protestiert gegen die Weigerung der Besitzer des Albrechtshofes, ihre Lokalitäten der organisierten Arbeiterschaft zu öffentlichen Versammlungen zur Verfügung zu stellen, wodurch es der Arbeiterschaft in Steglitz unmöglich gemacht wird, zur Beratung politischer Angelegenheiten in größeren Massen zusammenzukommen.“

Die Versammelten erblickten darin eine unerhöhte Vereinfachung der ohnehin schon arg beschränkten Rechte und Freiheiten des arbeitenden Volkes.

Als ein Zeichen ihres Protestes beschließen die Versammelten auf den Konsum jeglicher Getränke und Speisen in der heutigen Versammlung zu verzichten und auch im übrigen, außer zu politischen Aktionen, den Albrechtshof so lange zu meiden, bis die Besitzer, wie allen übrigen Parteien auch der sozialdemokratischen Arbeiterschaft den Albrechtshof zu Versammlungen zur Verfügung stellen.“

Da das Bureau der Versammlung sich weigerte, diese über den Antrag entscheiden zu lassen, so verständigte man sich dahin, daß der Antrag vom Vorsitzenden verlesen und seine Befolgung empfohlen werden sollte. Stürmischer Beifall folgte der Verlesung des Antrages und den kräftigen Worten seiner Empfehlung durch den Vorsitzenden. So sehr auch die Kellerer sich abmühten, hier los zu werden, wurden an fast allen Tischen ihre Anfragen mit eisiger Ablehnung beantwortet. Öffentlich trägt diese mühselhafteste Disziplin der Versammelten dazu bei, die Besitzer des Albrechtshofes bald zu besserer Einsicht zu bringen. Wie diese Einleitung der Versammlung, so war auch der übrige Verlauf, der sich bis nach 12 Uhr hinzog, sehr anregend. Dem Referate des Herrn von Gerlach über „Des Volkes Not“ folgte eine lebhafteste Diskussion. Von den Genossen Ried und Krumm wurde die Kritik des Herrn von Gerlach an der gegenwärtigen Forderung durch eine Kritik ihrer eigentlichen Ursachen und dem schäbigen Verhalten der Steglitzer Gemeindevertretung gegenüber sozialdemokratischen Teuerungsanträgen wertvoll ergänzt und zum Beitritt zur Sozialdemokratie aufgefordert.

Schwargendorf.

Eine öffentliche gutbesuchte Gemeindevorstanderversammlung beschäftigte sich am Montag im Schäferhause mit der am Donnerstag, den 26. Oktober, stattfindenden Gemeindevahl. Genosse Groger-Rigdorf referierte über die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Gemeinde. In dem mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag geißelte Groger das Verhalten des von den Bürgerlichen aufgestellten Kandidaten, welcher als früherer Stadtverordneter sozialdemokratischen Tendenzen bündigte, es jetzt aber nicht als unter seiner Würde hält, sich unter der Regie des Herrn Dr. Franke, des Verwesers des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, von den bürgerlichen Parteien reaktionärer Schattierungen als Kandidat zur Gemeindevorstellung stellen zu lassen. Ein solcher Mann, der es fertig bringe, in kurzer Zeit eine derartige Schwärzung nach „rechts“ zu machen, sei auch nicht im entferntesten des Vertrauens würdig, um auch nur eine einzige Stimme der werktätigen Wähler der 3. Wählerklasse zu erhalten. Es müsse daher ein jeder, dem es Ernst sei mit der Reformierung unserer reaktionären Gemeindevorstellung, bei der am Donnerstag stattfindenden Gemeindevorstellung seine Stimme dem Kandidaten der Sozialdemokratie geben, denn nur so sei es möglich, den Sieg des selben in dem so überaus schweren Wahlkampf sicherzustellen. Hierauf wurde der von unseren Genossen vorgeschlagene Kandidat, der Buchdrucker Genosse Ernst Cullmann, von der Versammlung einstimmig bestätigt. Die Wahl selbst findet am Donnerstag, den 26. Oktober, nachmittags von 4 bis 8 Uhr, im hiesigen Rathhause statt. Wenn es irgend möglich ist, komme schon um 1/4 Uhr, damit wir bei der Wahl der Wähler zum amtlichen Wahlbureau recht zahlreich zur Stelle sind.

Karlshorst.

Tragdi eines jungen Ehepaars. In der Heiligenberger Straße 14 wurde gestern der 23jährige Kaufmann Weeber mit seiner um acht Jahre jüngeren Frau tot aufgefunden. Das Ehepaar lag im Bett und hatte sich anscheinend im gegenseitigen Einverständnis vergiftet. Da die Leiden schon in Verwesung übergegangen waren, so muß die Tat schon Ende voriger Woche geschehen sein. Ueber die Gründe des Doppelselbstmordes ist noch nichts bekannt geworden. Das Ehepaar war erst seit acht Tagen verheiratet. Der Mann hatte in einem Berliner kaufmännischen Bureau eine Stellung inne. Die Frau stammt aus Spandau. Die Leichen wurden von der Polizei beiseite genommen und verbleiben einstweilen in der Wohnung, bis eine Gerichtskommission den Leichbestand aufgenommen hat.

Röpenitz.

Der Sechsfachverkauf findet nach den bisher bekannt gewordenen Mitteilungen der eingewählten Kommission zur Linderung der Lebensmittelpreise am Donnerstag, den 20. d. M., von vormittags 9 Uhr ab im Spritzenhause an der Dammbrücke statt.

Gleichzeitig werden auch dort Kochrezepte für Zubereitung der Sechsfache zu haben sein.

Ober-Schöne-weide.

Die Erhebung des Fremdenzuschuldes in der Gemeinde mit 30 M. jährlich für solche Schulkinder, welche aus irgendeinem Grunde nicht orphansfähig werden oder deren Eltern Ausländer sind, ist eine große Ungerechtigkeit. Es ist gar nicht einzusehen, warum solche Eltern, die doch ebenfalls wie jeder andere Steuern entrichten, besonders belastet werden. Wenn auch die Einschränkung besteht, daß ein Einkommen unter 2000 M. von der Zahlung befreit, so sind doch Fälle vorhanden, in denen bei geringer Ueberschreitung dieser Summe gleich für mehrere Kinder das Schulgeld fällig wird.

Da nun infolge der zwangsweisen Verteilung die Frage eine recht brennende geworden ist, werden unsere Vertreter in der Gemeindevorstellung nicht verschlen, die Aufhebung des Schulgeldes zu beantragen.

Adlershof.

Die Gemeindevorstellung am Donnerstag, den 26. d. Mts., abends 6 1/2 Uhr wird sich u. a. mit der Wahl von Gewerbegerichtsvorständen, Marktplatzangelegenheiten und Schaffung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt sowie mit einem Brief der Firma Wolf-Ritter u. Jacobi beschäftigen; der Brief ist an unsere Genossen gerichtet; die Firma fordert darin, die von uns geübte Kritik an den Verhältnissen der Arbeiter ihres Betriebes solle bedingungslos zurückgenommen werden, weil sie unzutreffend seien.

Rosen.

Die Stadtverordnetenwahl in der dritten Abteilung findet am 8. November von vormittags 10 bis nachmittags 2 Uhr statt. Alle Bemühungen des sozialdemokratischen Wahlvereins sowie des Gewerkschaftskartells, den Wahltermin in eine für die Arbeiterschaft günstigere Zeit zu verlegen, waren erfolglos. Es liegt allem Anschein nach System darin, die Arbeiterschaft von der Wahl fernzuhalten und die Sozialdemokratie somit einflußlos auf die Geschicke der Kommune zu erhalten. Die Konzeptionsarbeiten in der Stadterneuerung wissen, daß die Arbeiterschaft bei dieser ungünstigen

Interessenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Wahlzeit nur unter erheblicher Einbuße an ihrem Arbeitsverdienst ihr Wahlrecht ausüben kann. Aber gerade diese Spekulation, auf so schäbige Weise die werktätige Bevölkerung an der Ausübung ihres Wahlrechts zu hindern, muß von letzterer durchkreuzt werden, indem sie nun erst recht zahlreich zum Wahllokal schreitet. Die sozialdemokratischen Kandidaten zu den Ergänzungswahlen sind die Genossen Trebbin und Karl Lemke, und zu den Erfolgswahlen die Genossen Saupe und Fischerich. Jeder Arbeiter agitiere bis zum Wahltag unermüdet für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten.

Trebbin (Kreis Teltow).

Aus der Stadtverordnetenwahl. Zunächst wurden 800 M. zur Errichtung einer Eichstange bewilligt. Die Errichtung eines neuen Feuerwehrtdepots sowie die Anschaffung von mehr Feuer- alarmgeräten und einem Mannschaftswagen sowie eines Schlauchwagens wurden abgelehnt. Der Antrag des Gewerkschaftskartells, die Bedekte im neuen Schulhaus zu verlängern, sowie den Preis für Mannenbäder von 50 Pf. auf 30 Pf. und der Draufbäder von 25 Pf. auf 15 Pf. herabzusetzen, unter der Bedingung, daß das Kartell die Garantie übernimmt, 1000 Karten zum Preise von 30 Pf. bzw. 15 Pf. umzusetzen, wurde dem Magistrat überwiesen. Gleichfalls dem Magistrat überwiesen wurde auch der Antrag des Genossen Schöner, welcher die Holzauktion abwechselnd in allen Lokalen abzuhalten, befürwortet. Nun ging es zur Lesung des Verwaltungsberichts. Unter dem Titel „Allgemeines“ befand sich der von uns schon kritisierte Sach. Der Stadtverordnetenvorsteher, Herr Köppen, fragte hierbei den Bürgermeister, wer denn solche horrenden Preise für Ländereien gefordert habe. Genosse Richter brachte nochmals die für uns in Betracht kommenden Stellen zum Vortrag. Es kam dann zur Sprache, daß der Kirchenrat für den Morgen Land, an der Bahn gelegen, 2400 M. gefordert habe. — Wie für die Entwicklung der Stadt gefordert wird, besagt ein Ausspruch des früheren Polizeipräsidenten, jetzigen Stadtkämmerers Herrn Hagen: Lieber zwei Rentiers als eine Fabrik. Der Bürgermeister erklärte, daß er niemand habe zu nahe treten wollen. In der Bürgerver- sammlung sei er als parteilich hingestellt worden. Er bedauere es lebhaft, daß der Bericht solchen Unwillen in der Bürgerschaft hervorgerufen habe. Er habe nur den Gründen nachspüren wollen, welche zum Rückgang der Bevölkerung geführt habe. Es sei ihm bitter leid geworden, daß er einen derartigen Bericht geschrieben habe. Für die Zukunft werde er sich damit begnügen, nur die trostlosen Aftengahlen aneinanderzureihen. In bezug auf den Fall Schurig betonte der Bürgermeister, daß er es einem Unternehmer nicht überlassen könne, wenn er dort seine Unternehmungen erichte, wo er genügend brauchbare, willfähige und billige Arbeitskräfte erhalten könne. In der nächsten Sitzung soll die Fortsetzung des Verwaltungsberichts erfolgen.

Notwend.

Die Gemeindevorstellung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung zunächst mit dem von der Regierung aufgestellten Rebaun- gungsplan für die sogenannte „Große Sandstraße“, d. i. das Ge- lände östlich der Eisenbahn, etwa von der Poststraße bis zum Schäferhause. Der Plan, der den verschiedenen Wünschen der Gemeinde entsprechend geändert worden ist, sieht außer schönen breiten Straßen (bis zu 7 Meter Straßenbreite) auch drei größere Plätze vor. Eine Kurzung des G. B. Reiff, am Realschul- gymnasium einen größeren Platz zu reservieren, wurde vom Bürger- meister dahin beantwortet, daß das nicht notwendig sei, da die gegenüberliegende Spitze nicht bebaut werden dürfe und somit der Wind auf das Gymnasium nicht behindert werde. Die Vertretung erklärte sich mit dem vorgelegten Plan einverstanden. — Die Polizei- verordnung für den Wochenmarktverkehr ist von der Marktkom- mission einer Durchsicht unterzogen worden und soll nun noch Vor- nahme einiger Änderungen neu erlassen werden. Das Markstand- geld wurde einheitlich auf 10 Pf. pro Quadratmeter festgesetzt. — Der Punkt „Beteiligung an den Kosten der Neupflasterung der Rotherstraße“ löste eine lebhafteste Debatte aus. Der Bürgermeister betonte, daß die Straße dem Kreis gehöre, der somit auch für deren Instandhaltung zu sorgen habe. Auf vielfach geäußerte Klagen über den schlechten Zustand der Straße habe sich der Kreis zu einer Neupflasterung entschlossen und für diesen Zweck 50 000 M. in den Etat gestellt. Dieser Plan sei jedoch auf starken Widerspruch der Anwohner gestoßen, die ein wandresches Steinpflaster verlangten. Der Kreis habe schließlich diesen Wünschen nachgegeben und ein künstliches Steinmaterial gewählt, wodurch sich die ursprünglich an- gesetzte Summe um etwa 30 000 M. erhöhe. Der Rest der Rebaun- aufwendung soll nun von den beteiligten Gemeinden Klein-Gliedern und Rosawas aufgebracht werden. Während nun erstere bereits einen Betrag von 75 000 M. beigesteuert habe, sei es Sache der Ver- tretung, über den auf unsere Gemeinde entfallenden Beitrag, der etwa 21 970 M. betrage, zu beschließen. Obwohl die Gemeinde rechtlich zur Zahlung des verlangten Betrages nicht gezwungen werden könne, so sei doch mit Rücksicht auf das der Gemeinde seitens des Kreises bisher bewiesene und auch in Zukunft zu erwartende Entgegenkommen eine Abfindung nicht zu empfehlen. In der Diskussion sprachen sich die G. B. Rinder, Reiff und Quappe mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Gemeinde gegen die Bewilligung der geforderten Summe aus. Sie vertraten den Standpunkt, daß bei nochmaliger Verhandlung der Kreis seine Forderung er- mäßigen würde. Dem widersprachen G. B. Rathen und der Bürger- meister. Genosse Reumann erklärte sich im Namen seiner Fraktion- kollegen für die Bewilligung, weil die Gemeinde, die von den An- wohnern Steuern erhebe, auch die Verpflichtung habe, für einen geordneten Zustand der Straße Sorge zu tragen. Im übrigen hände die Sozialdemokratie auf dem Standpunkt: entweder ab- lehnen oder bewilligen. Diese Erklärung gab dem G. B. Reiff Ver- anlassung zu einem gebornen Angriff auf die Sozialdemo- kraten. Etwas anderes habe der Herr von den Vertretern der dritten Klasse nicht erwartet, da dieselben ja selbst den Standpunkt Alles oder Nichts einnahmen. Außerdem bemängelte er das Zu- sammengehen der dritten mit der ersten Klasse. Genosse Reu- mann wies dem Redner nach, daß die Sozialdemokraten sich bei ihrer Stellungnahme stets dem Wollte der Gemeinde untergeordnet haben. Was das Zusammengehen mit den Vertretern der ersten Klasse anbelangt, bemerkte unser Redner treffend, die Sozialdemo- kratie habe sich die Unterstützung für ihr Anträge immer daher geholt, wo sie Verständnis dafür finde. Schließlich wurden die Kosten mit allen gegen drei Stimmen bewilligt. — Da nach Mit- teilung der Eisenbahnbauleitung die Aussicht besteht, daß günstigem Winter die Unterführungen im Zuge der Wilton, und der Eisen- bahnhöhe bis zum Herbst nächsten Jahres fertigstellen zu können, beschloß die Vertretung auf Vorschlag des Bürgermeisters, schon jetzt die zur Pflasterung von Teilen der Eisenbahnstraße, Schulstraße und Priesterstraße (bis zur Bäckerstraße) benötigten Kupfergeschlo- ße zu bestellen. Zu der in der letzten Sitzung zurückgezogenen Vorlage betr. Ankauf des Grundstücks Lindenstr. 62 betont der Bürgermeister, daß das ehemals Jordanische Grundstück vom Ober- landesrat angekauft sei. Das an das Rathausgrundstück direkt an- grenzende Gelände wäre für einen späteren Rathausbau unent- behrlich und es sei dessen Ankauf daher dringend geboten, um so mehr, als der geforderte Preis, 50 000 M. für 1000 Quadratmeter, nicht zu hoch gegriffen sei. Da der Oberlandesrat das Grundstück für die Errichtung eines Feierabendhauses in Aussicht genommen und sich darüber in seiner nächsten Monatsversammlung endgültig entscheiden will, müsse die Gemeinde rasch zugreifen. Gegen die Vorlage erklärte sich Schöffe Damm. Nachdem sich jedoch die Herren Reiff und Ostl sowie im Namen der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Pfeffer für die Vorlage ausgesprochen, wurde der Ankauf des Grundstücks gegen eine Stimme beschlossen. — Auf Vorschlag des Bürgermeisters erklärte sich die Vertretung mit der Uebernahme der Kosten für die Absonderung von fränkischen Ausspürgerbüchsen, an Übertragbaren Krankheiten leidenden Personen durch die Ge- meinde einverstanden. — Zum Schluß wurden einige Erfolgswahlen von Armenvorstehern und -Pflegern vorgenommen.

Quadruderei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW.